



Brüssel, den 13.3.2020
COM(2020) 112 final

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
EUROPÄISCHEN RAT, DEN RAT, DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK, DIE
EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK UND DIE EURO-GRUPPE**

Die koordinierte wirtschaftliche Reaktion auf die COVID-19-Pandemie

1. EINLEITUNG

Durch COVID-19, allgemein als „Coronavirus“ bezeichnet, ist eine gravierende gesundheitliche Notlage für Bürgerinnen und Bürger, Gesellschaften und Volkswirtschaften entstanden. Die Pandemie hat sich von China aus verbreitet und mittlerweile zu Infektionen in allen Mitgliedstaaten geführt. Zwar ist Italien am stärksten betroffen, doch steigt die Zahl der Fälle in sämtlichen Mitgliedstaaten, und die Lage verändert sich sehr schnell. Die Pandemie stellt für die einzelnen Menschen und die Gesellschaften eine schwere Belastung dar und setzt die Gesundheitssysteme unter erheblichen Druck. Wir müssen gemeinsam reagieren, um die Ansteckung zu verlangsamen, um unsere Gesundheitssysteme widerstandsfähiger zu machen, sodass den Menschen in Not geholfen werden kann, und um Fortschritte in Forschung und Entwicklung zu erzielen.

Neben diesen gravierenden sozialen Auswirkungen und der menschlichen Dimension ist die Coronavirus-Pandemie auch ein großer wirtschaftlicher Schock für die EU, der eine entschlossene und koordinierte wirtschaftliche Reaktion erfordert. Die Ausbreitung des Virus verursacht Störungen der globalen Lieferketten, Volatilität an den Finanzmärkten, Schocks bei der Verbrauchernachfrage und negative Auswirkungen in wichtigen Branchen wie Reiseverkehr und Tourismus. Die Kurse an den europäischen Aktienmärkte sind im Vergleich zu Mitte Februar um rund 30 % gefallen – ihr stärkster Rückgang innerhalb eines Monats seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008 – und die Unsicherheit über die Entwicklung des Ausbruchs in den kommenden Wochen und Monaten ist nach wie vor hoch.

Nur durch Solidarität und europaweite koordinierte Lösungen werden wir in der Lage sein, diese gesundheitliche Notlage zu bewältigen. Wir brauchen Solidarität zwischen Ländern, Regionen, Städten sowie Bürgerinnen und Bürgern, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, Patienten zu helfen und den negativen wirtschaftlichen Folgen entgegenzuwirken. Daher sind eine Reihe von grundlegenden Maßnahmen und eine einheitliche und klare gemeinsame Vorgehensweise erforderlich. **Die enge Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren ist dabei von entscheidender Bedeutung.**

Die Kommission wird alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente in vollem Umfang nutzen, um dieser Krise zu trotzen. Neben ihren Koordinierungsanstrengungen, ihren Bemühungen, Orientierungshilfen bereitzustellen, und ihren Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus wird die Kommission auch tätig, um die sozioökonomischen Folgen der Pandemie zu bewältigen und abzumildern. Dabei geht es um die Integrität des Binnenmarkts und ganz allgemein um die Erhaltung der Wertschöpfungsketten in den Bereichen Produktion und Vertrieb, damit die notwendige Versorgung unserer Gesundheitssysteme gewährleistet ist. Es geht darum, die Menschen zu unterstützen, um dafür zu sorgen, dass sich die Pandemie nicht unverhältnismäßig stark auf Einkommen und Arbeitsplätze auswirkt. Es geht darum, Unternehmen – insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) – zu unterstützen. Außerdem geht es darum, die Liquidität unseres Finanzsektors sicherzustellen und einer drohenden Rezession durch Maßnahmen auf allen Ebenen entgegenzuwirken. Schließlich geht es darum, einen Rahmen zu gewährleisten, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, in koordinierter Weise entschlossen zu handeln. Das letztendliche Ziel besteht darin, auf eine rasche Erholung von diesem wirtschaftlichen Schock hinzuarbeiten.

In dieser Mitteilung ist dargelegt, welche Sofortmaßnahmen die Kommission ergreifen wird, um die wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 abzumildern. Mit den heute angekündigten Maßnahmen wird den drängendsten Herausforderungen begegnet, doch muss uns bewusst sein, dass sich die Lage täglich verändert. Die Kommission wird eng mit dem

Europäischen Parlament, dem Rat, der Europäischen Investitionsbank (EIB) und den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um die Maßnahmen rasch umzusetzen, und ist bereit, bei Bedarf alle weiteren Initiativen zu ergreifen. Darüber hinaus unterstützt die Kommission eine internationale Reaktion zur Bewältigung der globalen sozioökonomischen Auswirkungen der Pandemie durch den multilateralen Rahmen, wobei den Partnerländern mit anfälligen Gesundheitssystemen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

2. SOZIOÖKONOMISCHE AUSWIRKUNGEN

Die COVID-19-Pandemie ist ein großer Schock für die globale und die europäische Wirtschaft. Bereits jetzt sind erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen auf Europa festzustellen, zumindest für die erste Hälfte dieses Jahres und möglicherweise für länger, wenn die Eindämmungsmaßnahmen nicht wirksam sind.¹ Das reale BIP-Wachstum im Jahr 2020 könnte aufgrund der COVID-19-Pandemie deutlich unter Null fallen oder sogar stark ins Minus drehen, und eine koordinierte wirtschaftliche Reaktion der EU-Organe und der Mitgliedstaaten ist von entscheidender Bedeutung, um die wirtschaftlichen Auswirkungen abzumildern.

Der Schock für die Wirtschaft hat mehrere Dimensionen:

- der Schock aufgrund des im ersten Quartal 2020 in China anfänglich zu beobachtenden Konjunkturreinbruchs,
- der Versorgungsschock für die europäische und die globale Wirtschaft infolge der Unterbrechung der Lieferketten und der Arbeitsausfälle,
- der Nachfrageschock in der europäischen und globalen Wirtschaft, der durch die geringere Verbrauchernachfrage und die sich negativ auf die Investitionsplanung auswirkende Unsicherheit verursacht wird,
- und die Auswirkungen von Liquiditätsengpässen auf die Unternehmen.

Der Schock wird vorübergehend sein, aber wir müssen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass er so kurz und begrenzt wie möglich ist und unseren Volkswirtschaften keinen dauerhaften Schaden zufügt. Für die Zukunft wird das Ausmaß der negativen Aussichten von mehreren Parametern abhängen, beispielsweise der mangelnden Versorgung mit kritischen Materialien, der Wirksamkeit der Eindämmungsmaßnahmen, den Ausfallzeiten im verarbeitenden Gewerbe in der EU, den verlorenen Arbeitstagen in Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen sowie den Nachfrageeffekten (z. B. Mobilitätsbeschränkungen, Reisetörungen).

Die Mitgliedstaaten müssen wachsam sein und alle auf Unionsebene und auf nationaler Ebene zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, um zu verhindern, dass die derzeitige Krise zu einem Verlust kritischer Anlagen und Technologien führt. Dazu gehören Instrumente wie nationale Sicherheitsüberprüfungen und andere sicherheitsbezogene Instrumente. Die Kommission wird die Mitgliedstaaten im Vorfeld der Anwendung der Verordnung über die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen entsprechend informieren.

Da sich COVID-19 ausbreitet und große Teile der Bevölkerung weltweit und in den Mitgliedstaaten betrifft, sind die wirtschaftlichen Auswirkungen beträchtlich und nehmen von Tag zu Tag zu. Die Auswirkungen sind in der gesamten Wirtschaft spürbar, insbesondere in Situationen, in denen eine Abriegelung notwendig ist, um die Ausbreitung der Pandemie zu verhindern. Maßnahmen zur Eindämmung des Virus auf lokaler und nationaler Ebene könnten sich sowohl auf das Angebot als auch auf die Nachfrage auswirken. So ist

¹ Siehe Anhang 1.

insbesondere die rückläufige Nachfrage eine Folge der Maßnahmen zur Eindämmung des Virus, die die Regierungen umsetzen müssen und die sich auf das Privat-, Berufs- und Sozialleben auswirken. Am stärksten betroffen sind zum aktuellen Zeitpunkt das Gesundheitswesen, der Tourismus und der Verkehr, insbesondere die Luftverkehrsbranche.

Die COVID-19-Pandemie hat Auswirkungen auf die globalen Finanzmärkte. Ende Februar gaben die weltweiten Aktienmärkte und die Märkte für andere risikoreiche Vermögenswerte infolge einer Flucht in sichere Anlagen stark nach. Gleichzeitig stiegen die Preise für sichere Anlageformen infolge der wachsenden Nachfrage an: Die Renditen für US-Staatsanleihen (die „sichere Finanzanlage letzter Instanz“) gingen drastisch zurück. Die Aktienkurse in allen Branchen fielen weltweit. Die Aufschläge auf Staatsanleihen stärker gefährdeter Mitgliedstaaten stiegen. Die Renditen von nicht als „Investment Grade“ eingestuften Unternehmensanleihen kletterten nach oben.

Angesichts der makroökonomischen und finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sollten die wirtschaftspolitischen Maßnahmen entschlossen und in koordinierter Weise ergriffen werden, damit die folgenden Ziele erreicht werden:

- Beitrag zur Rettung von Menschenleben. Sicherstellung der notwendigen Versorgungsausgaben und Investitionen zur Eindämmung und Behandlung der Pandemie.
- Gewährleistung, dass Arbeitnehmer in Europa (einschließlich Selbstständiger) vor Einkommensverlusten geschützt werden und dass die am stärksten betroffenen Unternehmen (insbesondere KMU) und Branchen über die notwendige Unterstützung und finanzielle Liquidität verfügen.
- Abmilderung der Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft mit allen verfügbaren EU-Instrumenten und einem flexiblen EU-Rahmen für Maßnahmen der Mitgliedstaaten, der in vollem Umfang genutzt wird.

3. GEWÄHRLEISTUNG DER SOLIDARITÄT IM BINNENMARKT

3.1. LIEFERUNG MEDIZINISCHER AUSRÜSTUNG

Der Binnenmarkt ist ein Kernelement der Europäischen Union. In Krisenzeiten ist er das Solidaritätsinstrument, das gewährleistet, dass wesentliche Güter, die zur Eindämmung von Gesundheitsrisiken benötigt werden, alle Bedürftigen erreichen können. Indem sichergestellt wird, dass diese Güter in der gesamten EU verfügbar sind, trägt der Binnenmarkt zum Schutz unserer Gesundheit bei. Einseitige nationale Beschränkungen des freien Verkehrs wesentlicher Versorgungsgüter für die Gesundheitssysteme schaffen erhebliche Hindernisse und beeinträchtigen massiv die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, den COVID-19-Ausbruch zu bewältigen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass nationale Maßnahmen, die das vorrangige Ziel des Gesundheitsschutzes verfolgen, im Geiste der europäischen Solidarität und Zusammenarbeit getroffen werden. Einige Mitgliedstaaten haben bereits nationale Maßnahmen betreffend die Ausfuhr persönlicher Schutzausrüstungen wie Schutzbrillen, Gesichtsmasken, Handschuhe, OP-Schutzkleidung oder Arzneimittel erlassen oder bereiten diese vor. Diese Maßnahmen könnten verhindern, dass solche wesentlichen Güter diejenigen erreichen, die sie am dringendsten benötigen, insbesondere Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Einsatzteams vor Ort und Patienten in den betroffenen Gebieten in ganz Europa. Sie erzeugen Dominoeffekte: Andere Mitgliedstaaten ergreifen ihrerseits

Maßnahmen, um die Auswirkungen der von anderen Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen abzumildern.

In kurzer Zeit haben sich die Beschränkungen auf eine wachsende Produktpalette ausgeweitet, angefangen bei persönlichen Schutzausrüstungen und zuletzt bis hin zu Arzneimitteln. Ausfuhrbeschränkungen ignorieren integrierte Lieferketten. Sie bewirken Engpässe bei der Erzeugung wesentlicher Versorgungsgüter, indem sie Vorleistungen in bestimmten Mitgliedstaaten blockieren. Sie stören die Logistik- und Vertriebsketten, die sich auf Zentrallager stützen, und fördern Maßnahmen zur Bevorratung in der Lieferkette. Letztendlich führen sie damit zur Wiedereinführung von Binnengrenzen in einem Moment, in dem Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten dringender ist denn je.

Mit Anhang 2 werden den Mitgliedstaaten Leitlinien an die Hand gegeben, in denen erläutert wird, wie geeignete Kontrollmechanismen einzurichten sind, um die Versorgungssicherheit in Europa zu gewährleisten². Der Vertrag gestattet es den Mitgliedstaaten, unter bestimmten eng gefassten Voraussetzungen von den Binnenmarktvorschriften abzuweichen. Sämtliche restriktiven nationalen Maßnahmen, die nach Artikel 36 AEUV zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Menschen getroffen werden, müssen gerechtfertigt sein, d. h. sie müssen für solche Ziele geeignet, notwendig und angemessen sein, indem sie eine angemessene Versorgung betreffender Personen sicherstellen und gleichzeitig jegliche Entstehung oder Verschärfung von Engpässen bei als wesentlich erachteten Waren wie persönlichen Schutzausrüstungen, Medizinprodukten oder Arzneimitteln verhindern. Jede geplante nationale Maßnahme, mit der der Zugang zu medizinischen Ausrüstungen und Schutzausrüstungen beschränkt wird, ist der Kommission zu notifizieren; diese unterrichtet dann die anderen Mitgliedstaaten.

Die der Kommission bislang notifizierte Maßnahmen wurden im Hinblick darauf bewertet, ob sie sicherstellen, dass wesentliche Güter dort ankommen, wo sie am meisten gebraucht werden. Die Kommission behandelt solche Maßnahmen prioritär und unterstützt die Mitgliedstaaten dabei, die betreffenden Maßnahmen zu korrigieren. Versäumt es ein Mitgliedstaat, seine Maßnahmen hinreichend anzupassen, so wird die Kommission rechtliche Schritte einleiten.

Einige nationale Maßnahmen sehen vor, dass wesentliche Güter nicht in Drittländer exportiert werden, was letztendlich darauf abzielt, das Funktionieren der Gesundheitsversorgungssysteme in der EU aufrechtzuerhalten. Sollten Ausfuhren in Drittländer die Fähigkeit der EU gefährden, auf den Ausbruch von COVID-19 entsprechend zu reagieren, kann die Kommission tätig werden und ein Genehmigungssystem für die Ausfuhr bestimmter Produkte einrichten.

Die Kommission ergreift alle notwendigen Schritte, um eine angemessene Versorgung mit Schutzausrüstungen in ganz Europa sicherzustellen. Angesichts der globalen Engpässe hat die Kommission mit 26 Mitgliedstaaten ein beschleunigtes gemeinsames Beschaffungsverfahren eingeleitet. Als weiteres Sicherheitsnetz dient die Maßnahme, die die Kommission im Rahmen des Unionsverfahrens für den Katastrophenschutz der EU (rescEU) annehmen wird und die vorsieht, dass einschlägige Ausrüstungen für die Union erworben werden. Sofern die Mitgliedstaaten zustimmen, könnten Anfang April die ersten Käufe getätigt werden. Darüber hinaus legt die Kommission eine Empfehlung zu den Verfahren der Konformitätsbewertung und Marktüberwachung im Kontext von COVID-19 vor. Dadurch wird insbesondere ermöglicht, die Versorgung mit bestimmten Ausrüstungsgegenständen wie Einweg-Gesichtsmasken zu erhöhen.

² Siehe Anhang 2.

Um die Produktion, Bevorratung, Verfügbarkeit und rationale Verwendung von medizinischer Schutzausrüstung und Arzneimitteln in der EU zu gewährleisten, muss gemeinsam gehandelt werden, und zwar auf offene und transparente Weise. Die Kommission hat sich an die Zulieferer gewandt, um den Umfang von Fehlmengen bewerten zu können, und hat diese ersucht, unverzüglich die Produktion zu steigern. Zusammen mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Arzneimittel-Agentur hat die Kommission außerdem eine hochrangige Lenkungsgruppe eingesetzt, die mögliche Engpässe bei Arzneimitteln aufgrund von COVID-19 überwachen soll. Darüber hinaus beobachtet sie die Situation im Rahmen der Koordinierungsgruppe Medizinprodukte, auch hinsichtlich der Verfügbarkeit und Leistungsfähigkeit verschiedener Diagnostika und der Zusammenarbeit bei unterschiedlichen nationalen Ansätze für Diagnostiktests.

3.2. VERKEHR

Der Ausbruch von COVID-19 hat zudem wesentliche Auswirkungen auf unsere Verkehrssysteme. Die europäischen Lieferketten sind eng miteinander verbunden. Diese Verbindungen werden durch ein umfassendes Netz von Güterverkehrsdiensten aufrechterhalten. Werden die Warenflüsse unterbrochen, so hat dies ernste wirtschaftliche Folgen.

COVID-19 hat den internationalen und europäischen Luftverkehrssektor bereits jetzt hart getroffen. Die Situation verschlechtert sich von Tag zu Tag. In den kommenden Wochen wird mit einem weiteren Rückgang des Luftverkehrs gerechnet. Um die Auswirkungen des Ausbruchs von COVID-19 abzufedern, schlägt die Kommission gezielte Rechtsvorschriften vor, mit denen die im EU-Recht festgelegten Verpflichtungen der Luftfahrtbranche zur Nutzung ihrer Zeitslots an den Flughäfen vorübergehend gelockert werden. Sobald diese befristete Maßnahme in Kraft tritt, wird den Fluggesellschaften ermöglicht, ihre Kapazitäten vor dem Hintergrund der infolge von COVID-19 zurückgegangenen Nachfrage anzupassen.

Die landgestützten Lieferketten sind stark von der Einführung von Einreiseverboten an Landgrenzen oder Einschränkungen für Fahrer, in bestimmte Länder einzureisen, betroffen. Dies hat Auswirkungen auf sämtliche Waren, insbesondere jedoch auf kritisches Versorgungsmaterial und verderbliche Waren, und da es sich bei den weitaus meisten Unternehmen in dem Sektor um KMU handelt, sind die Auswirkungen unmittelbar und schwerwiegend.

Die Kommission lotet – ungeachtet des Verkehrsträgers – gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Möglichkeiten aus, um die wirtschaftliche Kontinuität sicherzustellen, den Warenfluss und die Lieferketten aufrechtzuerhalten, die Durchführung unerlässlicher Reisen zu gewährleisten und für das Funktionieren des Binnenmarkts und die Verkehrssicherheit zu sorgen.

3.3. TOURISMUS

Der Tourismussektor in der EU steht unter beispiellosem Druck. Die Branche ist mit einem wesentlichen Rückgang internationaler Besucher konfrontiert (massive Stornierungen und Einbrüche bei den Buchungen, z. B. von Besuchern aus Amerika, China, Japan und Südkorea). Auch der Rückgang bei Reisen innerhalb der EU und bei Inlandsreisen, der auf die zunehmende Reisezurückhaltung der EU-Bürgerinnen und -Bürger und die nationalen und/oder regionalen präventiven Sicherheitsmaßnahmen zurückzuführen ist, setzen der Tourismusindustrie zu. KMU in diesem Sektor sind besonders von der rückläufigen Entwicklung im Tourismus und bei Geschäftsreisen betroffen. Der Einbruch, der bei Reisen innerhalb der EU und Inlandsreisen (87 % der Touristen) seit Ende Februar zu verzeichnen ist, verschärft die Lage. Mit mehr als 220 abgesagten oder verschobenen Veranstaltungen in

Europa im ersten Quartal 2020 hat sich COVID-19 besonders negativ auf die Messe- und Kongressbranche ausgewirkt. Auch andere verwandte Bereiche wie Lebensmittel- und Getränkediensleistungen sowie Bildungs- und Kulturaktivitäten geraten durch den Ausbruch von COVID-19 und die Bemühungen, die Ausbreitung einzudämmen, zunehmend unter Druck.

Die Kommission koordiniert mit den Mitgliedstaaten, internationalen Behörden und wichtigen Berufsverbänden in der EU eine Überwachung der Situation sowie Unterstützungsmaßnahmen.

4. MOBILISIERUNG DES EU-HAUSHALTS UND DER EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANKGRUPPE

4.1. LIQUIDITÄTSMABNAHMEN: UNTERSTÜTZUNG FÜR UNTERNEHMEN, SEKTOREN UND REGIONEN

Um schwer beeinträchtigte KMU unverzüglich entlasten zu können, werden die **im Rahmen des EU-Haushalts bestehenden Instrumente mobilisiert**, damit die auf nationaler Ebene ergriffenen Maßnahmen ergänzt werden und betroffenen KMU leichter Liquidität bereitgestellt wird.

In den kommenden Wochen wird aus dem EU-Haushalt eine Garantie für den Europäischen Investitionsfonds (EIF) in Höhe von 1 Mrd. EUR bereitgestellt, um die Finanzierung von Betriebsmitteln im Umfang von rund 8 Mrd. EUR zu unterstützen und mindestens 100 000 europäischen KMU und kleinen Midcap-Unternehmen zu helfen.³

Die Unterstützung wird über die bestehenden Instrumente der EIF-Programme erfolgen, mit denen Investitionen gefördert werden. Die Kreditvergabe wird nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften neu auf Betriebsmittelkredite mit einer Laufzeit von mindestens 12 Monaten ausgerichtet. Insbesondere werden die Darlehensgarantien im Rahmen von COSME – dem EU-Programm für die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen – zusammen mit den InnovFin-KMU-Garantien im Rahmen des Programms Horizont 2020 erhöht, damit die Banken Kleinstunternehmen, KMU und kleinen Midcap-Unternehmen Zugang zu Brückenfinanzierungen gewähren. Diese Instrumente werden in den kommenden Wochen durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) mit 750 Mio. EUR aufgestockt. Im Rahmen einer zusätzlichen zweckgebundenen Maßnahme werden dem EIF weitere EFISI-Mittel in Höhe von 250 Mio. EUR zufließen, die für die rasche Unterstützung von KMU in Abstimmung mit den nationalen Förderbanken und -institutionen der EU verwendet werden sollen.

Mit Hilfe dieser Instrumente wird betroffenen Unternehmen außerdem Kreditaufschub gewährt, sodass sie ihre Darlehen später zurückzahlen können und sich ihre Finanzbelastung verringert. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die bestehenden Finanzinstrumente im Rahmen der Strukturfonds in vollem Umfang zu nutzen, um den

³ Die aus den folgenden Quellen stammenden Mittel werden wie folgt eingesetzt:

- 500 Mio. EUR der EU-Garantie für den EFISI werden Darlehensgarantien im Rahmen von COSME zugewiesen – verfügbar in den kommenden Wochen;
- 100 Mio. EUR der EU-Garantie für den EFISI werden KMU-Garantien im Rahmen von InnovFin zugewiesen – verfügbar in den kommenden Wochen;
- 250 Mio. EUR sind bereits im Rahmen des EFISI-Finanzierungsfensters „Infrastruktur und Innovation“ verfügbar und werden umgeschichtet, um – soweit möglich in Abstimmung mit den nationalen Förderbanken und -institutionen der EU – Instrumente für KMU zu unterstützen;
- 150 Mio. EUR werden im Rahmen des KMU-Finanzierungsfensters des EFISI von Instrumenten, mit denen längerfristige spezifische Maßnahmen unterstützt werden, auf kurzfristigere Maßnahmen mit schnellerer Wirkung umgeschichtet.

Finanzierungsbedarf zu decken, und die Inanspruchnahme der Strukturfonds zu maximieren, gegebenenfalls durch neue Finanzinstrumente. Die Kommission ist bereit, die Mitgliedstaaten hierbei zu unterstützen.

Die Kommission wird weiterhin eng mit der EIB-Gruppe und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zusammenarbeiten und diese dazu anhalten, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um solchen Sektoren, Produkten und Instrumenten Vorrang einzuräumen, die den betroffenen Unternehmen die effizienteste und wirkungsvollste Unterstützung bieten, und sie wird diese Institutionen ersuchen, sich auch mit anderen Partnern eng abzustimmen, um auf die sich verändernde Lage reagieren zu können.

AUFRECHTERHALTUNG DES LIQUIDITÄTSFLUSSES IN DIE WIRTSCHAFT – BANKENSEKTOR

Dem Bankensektor kommt eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der Auswirkungen des Ausbruchs der COVID-19 zu: er muss den Kreditfluss an die Wirtschaft aufrechterhalten. Wenn es bei der Kreditvergabe durch die Geldinstitute zu starken Einschränkungen kommt, wird sich die Wirtschaftstätigkeit drastisch verlangsamen, da die Unternehmen Schwierigkeiten hätten, ihre Lieferanten und Beschäftigten zu bezahlen. Die Eigenkapitalquoten der Banken haben sich in den letzten Jahren erheblich verbessert, sie sind weniger verschuldet, und ihre Abhängigkeit von zuweilen volatilen kurzfristigen Finanzierungen ist zurückgegangen.

Die Banken müssen für ihre Darlehensstätigkeit über ausreichende Liquidität verfügen. Die Kommission nimmt die am 12. März 2020 angekündigten geldpolitischen Beschlüsse der EZB zur Kenntnis.

Die Banken müssen in der Lage sein, diese zusätzliche Liquidität zu nutzen, um Unternehmen und privaten Haushalten gegebenenfalls neue Kredite zur Verfügung zu stellen. Die Kommission nimmt die Erklärungen des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) zu Maßnahmen zur Abmilderung der Auswirkungen von COVID-19 auf den Bankensektor der EU zur Kenntnis, die am 12. März angenommen wurden, und fordert die zuständigen Behörden auf, koordiniert vorzugehen und genauer darzulegen, wie die durch den EU-Rahmen gebotene Flexibilität am besten genutzt werden kann.

Der EU-Rahmen ermöglicht es den nationalen Regierungen, Banken gegebenenfalls durch staatliche Garantien zu unterstützen, wenn diese selbst unter Liquiditätsengpässen leiden. Zwar gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass dies derzeit der Fall ist, doch könnte sich eine solche Situation für einige Banken ergeben, wenn sich die Krise erheblich verschärfen sollte. Unter diesen Umständen wären diese Banken nicht in der Lage, ihre Fähigkeit zur Kreditvergabe an die Wirtschaft aufrechtzuerhalten.

Beihilfen, die die Mitgliedstaaten Banken nach Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV als Ausgleich für direkte, durch den Ausbruch von COVID-19 entstandene Schäden gewähren (siehe weiter oben), zielen nicht darauf ab, die Existenzfähigkeit, Liquidität oder Solvenz eines Instituts oder Unternehmens zu erhalten oder wiederherzustellen. Folglich wären solche Beihilfen nicht als außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln einzustufen.

4.2. ABMILDERUNG DER AUSWIRKUNGEN AUF DIE BESCHÄFTIGUNG

Es sind spezifische Maßnahmen erforderlich, um die Auswirkungen auf die Beschäftigung für Einzelpersonen und die am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige zu mildern, wenn die Produktion unterbrochen wird oder der Absatz sinkt. Die Arbeitnehmer müssen nach Möglichkeit vor Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbußen geschützt werden, damit der Ausbruch nicht auch sie zu Opfern macht. Kurzarbeitsregelungen haben sich in einer Reihe von Mitgliedstaaten als effektiv erwiesen, da sie eine vorübergehende Arbeitszeitverkürzung ermöglichen und gleichzeitig die Einkommen der Arbeitnehmer stützen. Regelungen dieser Art gibt es derzeit in 17 Mitgliedstaaten. Es könnte sinnvoll sein, diese Regelungen auf die gesamte EU auszudehnen. Darüber hinaus können eine vorübergehende Verlängerung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Änderungen bei der Arbeitslosenunterstützung dazu beitragen, die Einkommen der Haushalte zu stützen. Auch die Förderung der Telearbeit könnte die Auswirkungen dämpfen.

Die EU ist bereit, die Mitgliedstaaten nach Möglichkeit dabei zu unterstützen, die Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzumildern. Sie unterstützt sie bereits bei der Prävention und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, beispielsweise durch die EU-Strukturfonds, einschließlich des Europäischen Sozialfonds, und durch die nachstehend näher beschriebene neue Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise.

Zudem wird die Kommission die Arbeit an ihrem Legislativvorschlag für eine europäische Arbeitslosenrückversicherung beschleunigen. Diese Initiative zielt darauf ab, die Erwerbstätigen zu unterstützen und diejenigen zu schützen, die im Falle großer Schocks ihren Arbeitsplatz verlieren. Ferner soll sie die nationalen öffentlichen Finanzen entlasten. Damit wird sie die soziale Dimension Europas stärken und seinen Zusammenhalt festigen. Die Arbeitslosenrückversicherung würde insbesondere nationale Maßnahmen wie beispielsweise Kurzarbeitsregelungen unterstützen, die Arbeitsplätze und Knowhow erhalten sollen, und/oder den Arbeitsplatzwechsel erleichtern.

4.3. DIE INVESTITIONSINITIATIVE ZUR BEWÄLTIGUNG DER CORONAKRISE

Mit der heute vorgeschlagenen Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise (CRII) schlägt die Kommission vor, im Rahmen der Kohäsionspolitik 37 Mrd. EUR für Maßnahmen gegen COVID-19 bereitzustellen und diese Mittel im Jahr 2020 im Rahmen von Ausnahme- und beschleunigten Verfahren vollständig auszuschöpfen.

Zu diesem Zweck schlägt die Kommission vor, ihre Verpflichtung zur Rückforderung nicht in Anspruch genommener Mittel aus Vorfinanzierungen im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds, die sich derzeit auf den Konten der Mitgliedstaaten befinden, in diesem Jahr auszusetzen. Die einschlägigen Beträge belaufen sich auf rund 8 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt, die die Mitgliedstaaten zur Ergänzung der Strukturfondsmittel von EU-weit 29 Mrd. EUR verwenden können. Dadurch wird sich das Investitionsvolumen im Jahr 2020 effektiv erhöhen.

Darüber hinaus sollten bis zu 28 Mrd. EUR bisher nicht zugewiesener Strukturfondsmittel aus den bestehenden nationalen Finanzrahmen, einschließlich der nationalen Beiträge, für die Bekämpfung der Krise in vollem Umfang einsetzbar sein, damit die Mitgliedstaaten die erforderlichen Mittel für Finanzierungen zur Verfügung haben.

Die Kommission wird auf höchster Ebene eine Taskforce einsetzen, die mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten wird, um sicherzustellen, dass auf dieser Grundlage innerhalb von Wochen Maßnahmen ergriffen werden können.

Ein Schlüsselement des Vorschlags besteht darin, dass alle potenziellen Ausgaben für die Bekämpfung von COVID-19 ab dem 1. Februar 2020 für eine Finanzierung aus den Strukturfonds infrage kommen. Auf diese Weise können die Mitgliedstaaten die Mittel so schnell wie möglich zur Bekämpfung des Ausbruchs einsetzen. Ferner schlägt die Kommission vor, die Umschichtung erheblicher Beträge innerhalb der Programme zu vereinfachen. Diese Maßnahmen sollten es allen Mitgliedstaaten ermöglichen, in den kommenden Wochen die Prioritäten neu festzulegen und die Unterstützung dorthin zu lenken, wo sie am dringendsten benötigt wird, insbesondere:

- in die Unterstützung des Gesundheitssystems, z. B. durch die Finanzierung von Gesundheitsausrüstung und Medikamenten, Test- und Behandlungsmöglichkeiten, Prävention, elektronische Gesundheitsdienste, die Bereitstellung von Schutzausrüstung und medizinischem Gerät, die Anpassung der Arbeitsumgebung im Gesundheitswesen und die Gesundheitsversorgung gefährdeter Gruppen;
- in die Bereitstellung von Liquidität für Unternehmen, um kurzfristige finanzielle Schocks im Zusammenhang mit der Coronakrise abzufedern, z. B. durch Bereitstellung von Betriebskapital für KMU zur Bewältigung krisenbedingter Verluste, unter besonderer Berücksichtigung besonders stark betroffener Wirtschaftszweige;
- in die befristete Unterstützung nationaler Kurzarbeitsregelungen, die in Kombination mit Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen dazu beitragen können, die Folgen des Schocks abzufedern.

Sollten Programmänderungen für notwendig erachtet werden, wird die Kommission eng mit den nationalen und regionalen Behörden zusammenarbeiten, um die entsprechenden Verfahren unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Coronakrise auf die Verwaltungskapazität der Mitgliedstaaten zu straffen und zu beschleunigen.

Damit die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise maximale Wirkung entfalten kann, müssen die Mitgliedstaaten für eine zügige Umsetzung dieser Maßnahmen und eine rasche Befassung der gesetzgebenden Organe sorgen. Angesichts der beispiellosen Umstände fordert die Kommission den Rat und das Europäische Parlament auf, diesen Vorschlag der Kommission rasch zu billigen.

Parallel dazu wird die Kommission sich unverzüglich mit den am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten in Verbindung setzen, um mit der Vorbereitung der Umsetzung der Initiative zu beginnen. Die Kommission wird die Mitgliedstaaten auch dabei unterstützen, die bereits bestehende Flexibilität innerhalb der EU-Programme optimal zu nutzen. Die Mitgliedstaaten werden ersucht, zu diesem Zweck einen hohen Vertreter auf Ministerebene und einen leitenden Beamten als Koordinatoren zu benennen.

Darüber hinaus schlägt die Kommission im Rahmen dieser Initiative vor, den Anwendungsbereich des **Solidaritätsfonds der Europäischen Union** auszuweiten und auch Krisen auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit einzubeziehen. 2020 stehen bis zu 800 Mio. EUR zur Verfügung.

Der **Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung** könnte auch in Anspruch genommen werden, um entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige zu unterstützen. 2020 stehen bis zu 179 Mio. EUR zur Verfügung.

5. . STAATLICHE BEIHILFEN

Angesichts des begrenzten Umfangs des EU-Haushalts sind vor allem die nationalen Haushalte der Mitgliedstaaten gefordert, in der Coronakrise Mittel zur Verfügung zu stellen. Die EU-Beihilfavorschriften ermöglichen es den Mitgliedstaaten, rasch und wirksam Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen, insbesondere KMU, zu unterstützen, die aufgrund des Ausbruchs des Corona-Virus mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten konfrontiert sind. Gleichzeitig stellen diese Vorschriften wirksam sicher, dass staatliche Beihilfen tatsächlich die bedürftigen Unternehmen erreichen und schädliche Subventionswettläufe vermieden werden, bei denen finanziell besser gestellte Mitgliedstaaten ihre Nachbarn zum Nachteil des Zusammenhalts innerhalb der EU übertreffen können.

Die Mitgliedstaaten können im Einklang mit den geltenden Beihilfavorschriften umfangreiche Unterstützungsmaßnahmen auflegen⁴:

- Erstens können die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen, die für alle Unternehmen gelten, wie z. B. Lohnsubventionen und die Aussetzung von Körperschaft- und Mehrwertsteuerzahlungen oder Sozialbeiträgen. Diese Maßnahmen lindern die finanzielle Belastung der Unternehmen direkt und effizient. Sie fallen nicht unter das Beihilfeverbot und können von den Mitgliedstaaten sofort und ohne Einschaltung der Kommission eingeführt werden.
- Zweitens können die Mitgliedstaaten direkte Finanzhilfen an die Verbraucher vergeben, z. B. für stornierte Dienstleistungen oder Tickets, die von den betreffenden Betreibern nicht erstattet werden. Auch diese Maßnahmen fallen nicht unter das Beihilfeverbot und können von den Mitgliedstaaten sofort und ohne Einschaltung der Kommission eingeführt werden.
- Drittens geben die Beihilfavorschriften auf der Grundlage von Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommission akute Liquiditätsbedarfe zu decken und Unternehmen, die infolge des COVID-19-Ausbruchs vor dem Konkurs stehen, zu unterstützen.
- Viertens können die Mitgliedstaaten nach Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommission Unternehmen für Verluste entschädigen, die ihnen durch außergewöhnliche Ereignisse, wie etwa die Coronakrise, entstanden sind. Dazu gehören Maßnahmen zur Entschädigung von Unternehmen in besonders betroffenen Sektoren (z. B. Verkehr, Tourismus und Gastgewerbe), sowie Maßnahmen zur Entschädigung der Ausrichter von stornierten Veranstaltungen für Schäden, die ihnen durch den Ausbruch entstanden sind.
- Fünftens ist ergänzend eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen möglich, etwa im Rahmen der De-minimis-Verordnung⁵ und der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung⁶, die von den Mitgliedstaaten ebenfalls sofort und ohne Einschaltung der Kommission getroffen werden können.

⁴ Einzelheiten zu den verschiedenen Arten von Instrumenten enthält Anhang 3.

⁵ Nach der De-minimis-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen) stellen Zuschüsse von bis zu 200 000 EUR über einen Zeitraum von drei Jahren keine staatlichen Beihilfen dar. Im Straßengüterverkehr beträgt der Schwellenwert 100 000 EUR über einen Zeitraum von drei Jahren. Für Landwirtschaft und Fischerei liegt der Schwellenwert bei 25 000 EUR bzw. 30 000 EUR.

⁶ Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014.

In Italien haben die Folgen des COVID-19-Ausbruchs inzwischen eine derartige Gestalt und Größenordnung angenommen, dass Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b AEUV zur Anwendung kommen kann. Dies ermöglicht der Kommission die Genehmigung zusätzlicher nationaler Beihilfen zur Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats, die nach Auffassung der Kommission in Italien gegeben ist. Bei dieser Feststellung hat die Kommission eine Reihe von Indikatoren berücksichtigt, darunter auch – aber nicht nur – die erwartete Schrumpfung des BIP, die rigorosen Maßnahmen der öffentlichen Hand, insbesondere auch das Verbot von Veranstaltungen, die Schließung von Schulen, die Verkehrsbeschränkungen, die angespannte Lage des öffentlichen Gesundheitssystems sowie die von anderen Ländern auferlegten Flugstornierungen und Reisebeschränkungen.

Bei der Bewertung, ob Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b bei anderen Mitgliedstaaten zur Anwendung kommen kann, wird die Kommission im Hinblick auf die Folgen des COVID-19-Ausbruchs für die betreffende Volkswirtschaft einen ähnlichen Ansatz verfolgen. Die Situation ist akut und ändert sich fortlaufend. Die Kommission beobachtet die Lage in der gesamten EU unablässig in engem Kontakt mit den Mitgliedstaaten. Schließlich arbeitet die Kommission einen gesonderten Rechtsrahmen nach Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b AEUV aus, der bei Bedarf erlassen wird. So wurde bereits in einer früheren Ausnahmesituation während der Finanzkrise von 2008 verfahren, als die Kommission 2009 einen Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmen⁷ erließ.

Die Kommission hat alle erforderlichen Verfahrenserleichterungen vorgesehen, um Beihilfemaßnahmen rasch genehmigen zu können. Einschlägige Beschlüsse werden, wenn nötig, innerhalb von Tagen nach Eingang einer vollständigen Beihilfeanmeldung getroffen. Die Kommission hat eine spezielle Mailbox und eine spezielle Telefonnummer eingerichtet, um den Mitgliedstaaten bei etwaigen Fragen weiterzuhelfen. Um den Mitgliedstaaten ein rasches Handeln noch weiter zu erleichtern, ist die Kommission bereit, auf früheren Beihilfeentscheidungen basierende Vorlagen zur Verfügung zu stellen, die aufzeigen, welche Möglichkeiten die derzeitigen EU-Beihilfevorschriften zur Unterstützung von Unternehmen bieten.

6. VOLLE AUSSCHÖPFUNG DER FLEXIBILITÄT DES EU-FISKALRAHMENS

Im Einklang mit den in Abschnitt 5 dargelegten Grundsätzen sollten gezielte fiskalpolitische Unterstützungsmaßnahmen gegen die unmittelbaren sozioökonomischen Negativfolgen des Virusausbruchs getroffen werden. Dies beinhaltet die Unterstützung von Unternehmen in bestimmten Sektoren und Regionen, die mit Produktions- oder Absatzverwerfungen konfrontiert sind und deswegen Liquiditätsengpässe erleiden, insbesondere KMU. Denkbar wären z. B.:

- steuerliche Maßnahmen für Unternehmen in betroffenen Regionen und Sektoren (z. B. Stundung von Körperschaftsteuern, Sozialbeiträgen und MwSt; Vorschüsse für staatliche Zahlungen und Zahlungsrückstände; Steuernachlässe; direkte Finanzhilfen);
- Garantien für Banken zur Unterstützung von Unternehmen mit Betriebskapital und Ausfuhrbürgschaften, gegebenenfalls ergänzt durch Aufsichtsmaßnahmen.

Diese fiskalpolitischen Maßnahmen sind ebenso wie die Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Einkommensverlusten dringend erforderlich, um

⁷ Vorübergehender Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen zur Erleichterung des Zugangs zu Finanzierungsmitteln in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise (ABl. C 16 vom 22.1.2009, S. 1).

die Konjunktur zu stützen, und sollten getroffen werden, um den Abschwung abzumildern. Eine gut abgestimmte fiskalpolitische Antwort sollte darauf abzielen, den Auswirkungen eines Vertrauensverlusts und der damit verbundenen Nachfrageeffekte entgegenzuwirken. Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können unsere Maßnahmen maximal greifen und nachwirken.

Die Kommission wird dem Rat vorschlagen, die im EU-Fiskalrahmen schon heute vorgesehene Flexibilität voll auszuschöpfen, um den Mitgliedstaaten bei der Bewältigung des COVID-19-Ausbruchs und seiner Folgen zu helfen.

- Bei der Bewertung der Einhaltung der EU-Fiskalregeln wird die Kommission dem Rat vorschlagen, die budgetären Auswirkungen der einmaligen haushaltspolitischen Maßnahmen, die zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 ergriffen werden, unberücksichtigt zu lassen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt lässt gezielte außergewöhnliche Ausgaben zu. Dringend erforderliche Unterstützungsmaßnahmen, etwa um i) die Pandemie einzudämmen und zu behandeln, ii) Liquiditätshilfen für Unternehmen und Sektoren zu gewährleisten und iii) Arbeitsplätze und Einkommen der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen, können als einmalige Haushaltsausgaben eingestuft werden.
- Nach Auffassung der Kommission ist die vorgesehene Flexibilität für „außergewöhnliche Ereignisse, die sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaates entziehen,“ auf die derzeitige Situation anwendbar. Bei einem außergewöhnlichen Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaats entzieht und erhebliche Auswirkungen auf die Lage der öffentlichen Finanzen hat, kann dem Mitgliedstaat laut Stabilitäts- und Wachstumspakt gestattet werden, vorübergehend vom erforderlichen Anpassungspfad zur Erreichung seines Haushaltsziels abzuweichen. Folglich können im Rahmen dieser Klausel auch außergewöhnliche Ausgaben zur Eindämmung des COVID-19-Ausbruchs gestattet werden. So kann die Klausel insbesondere auf Gesundheitsausgaben und gezielte Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen und Arbeitnehmer angewandt werden, sofern die Ausgaben befristet sind und mit dem Ausbruch zusammenhängen. Diesem Ansatz wird die Kommission folgen, wenn sie dem Rat Vorschläge und Empfehlungen unterbreitet.
- Die Kommission wird dem Rat vorschlagen, dass die Unionsorgane die von den Mitgliedstaaten geforderten haushaltspolitischen Anstrengungen im Einklang mit den EU-Fiskalregeln anpassen. So könnte im Falle eines Negativwachstums oder eines drastischen Konjunkturrückgangs den länderspezifischen Gegebenheiten Rechnung getragen werden.
- Die Kommission steht bereit, dem Rat vorzuschlagen, dass die Unionsorgane die allgemeine Ausnahmeklausel aktivieren, um eine breiter angelegte fiskalpolitische Unterstützung zu ermöglichen. Mit dieser Klausel würde – in Zusammenarbeit mit dem Rat – die vom Rat empfohlene Haushaltsanpassung bei einem schweren Konjunkturabschwung im Euro-Währungsgebiet oder der EU insgesamt ausgesetzt.

7. SCHLUSSFOLGERUNG

Um die sozioökonomischen Auswirkungen des COVID-19-Ausbruchs abzufedern, ist es erforderlich, dass alle Entscheidungsträger der EU zeitnah und in koordinierter Weise

beherzte Maßnahmen ergreifen. Die zügige Umsetzung der in dieser Mitteilung skizzierten Maßnahmen ist dabei von zentraler Bedeutung. Die Kommission wird die Entwicklung der Lage genau beobachten. Sie steht bereit, alle weiteren erforderlichen Initiativen zu ergreifen.

Die angekündigten Maßnahmen stellen auf die heutige Lage ab.

Wir müssen uns bewusst sein, dass sich die Lage täglich ändert. Eine weitere Eintrübung des Konjunkturausblicks ist nicht auszuschließen.

Die Union hat sich seit der letzten Finanzkrise schlagkräftige Instrumente an die Hand gegeben, um die Mitgliedstaaten zu unterstützen und die Stabilität der Finanzmärkte sicherzustellen. Wir haben aus den vergangenen Jahren gelernt und werden unter Nutzung aller verfügbaren Instrumente handeln. Die Union sollte alles Erforderliche tun, um die Auswirkungen von COVID-19 und der damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen für unsere Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Volkswirtschaften so gering wie möglich zu halten. Im Rahmen unserer koordinierten und beherzten Antwort wird es über die in dieser Mitteilung angekündigten Schritte hinausreichende nationale Maßnahmen geben, die von gemeinsamem Handeln und einer optimalen Nutzung des EU-Instrumentenkastens im Geiste der Solidarität geprägt sein werden.



Koordinierte europäische Reaktion auf das Coronavirus Fragen und Antworten

Brüssel, 13. März 2020

Die Solidarität im Binnenmarkt sicherstellen

Was unternimmt die Kommission, um in ganz Europa eine angemessene Versorgung mit Schutzausrüstungen und Arzneimitteln sicherzustellen?

Die Kommission trifft alle erforderlichen Vorkehrungen, damit eine angemessene Versorgung mit Schutzausrüstungen in ganz Europa sichergestellt ist. Angesichts der derzeitigen globalen Engpässe hat die Kommission zusammen mit 26 Mitgliedstaaten ein beschleunigtes gemeinsames Beschaffungsverfahren eingeleitet. Als zusätzliche Absicherung verabschiedet die Kommission eine Ausweitung des geltenden Durchführungsrechtsakts für das EU-Katastrophenschutzverfahren (rescEU), damit die Union solche Ausrüstungen erwerben kann. Die Genehmigung der Mitgliedstaaten vorausgesetzt, könnte der Ankauf Anfang April anlaufen. Darüber hinaus legt die Kommission eine Kommissionsempfehlung zu den Konformitätsbewertungs- und Marktüberwachungsverfahren im Zusammenhang mit COVID-19 vor. Dies wird es insbesondere ermöglichen, die Katastrophenschutzbehörden mit größeren Mengen bestimmter Arten persönlicher Schutzausrüstungen (PSA), etwa Einweg-Gesichtsmasken, zu versorgen, auch wenn diese nicht mit der CE-Kennzeichnung versehen sind, ohne damit unsere Gesundheits- und Sicherheitsstandards aufs Spiel zu setzen.

Die Kommission steht in Kontakt mit den Mitgliedstaaten und der Industrie, um sich zuverlässig über den Nachschub von Schutzausrüstungen informieren zu lassen. Sie lässt sich wöchentlich über die Lagerbestände von PSA, die verfügbaren Produktionskapazitäten in den einzelnen Gebieten und die voraussichtliche Nachfrage informieren.

Die Kommission erörtert auch Alternativlösungen mit der Industrie, wie etwa die Umstellung von Textilunternehmen auf die Herstellung von Schutzausrüstungen.

Wie stellt die Kommission sicher, dass der Binnenmarkt nicht durch nationale restriktive Maßnahmen betreffend persönliche Schutzausrüstungen gestört wird?

Innerhalb kurzer Zeit wurden immer mehr Beschränkungen für eine immer breitere Produktpalette eingeführt, zunächst bei persönlichen Schutzausrüstungen und in jüngerer Zeit sogar bei Arzneimitteln. Ausführbeschränkungen lassen integrierte Lieferketten außer Acht. Sie schaffen Engpässe bei der Erzeugung wesentlicher Versorgungsgüter, indem sie Vorleistungen in bestimmten Mitgliedstaaten blockieren. Sie unterbrechen die Logistik- und Vertriebsketten, die auf Zentrallager angewiesen sind. Sie führen zu vermehrter Lagerhaltung in der Lieferkette. Schließlich werden dadurch wieder Binnengrenzen eingeführt, und zwar in einer Zeit, in der die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten am dringendsten benötigt wird, und es wird der wirksame Schutz der Gesundheit und des Lebens aller beeinträchtigt.

Die Kommission prüft diese Maßnahmen so rasch wie möglich und erörtert mit den Mitgliedstaaten, welche Änderungen erforderlich sind, damit das Schutzmaterial zu denjenigen gelangt, die es benötigen. Ferner veröffentlicht sie Leitlinien für die Mitgliedstaaten über die Einführung angemessener Kontrollmechanismen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit in ganz Europa: „Commission Guidance on EU rules and common objectives regarding measures on export adopted in the context of the Covid-19 crisis“ (Leitlinien der Kommission zu EU-Vorschriften und gemeinsamen Zielen für Ausfuhrmaßnahmen im Rahmen der COVID-19-Krise).

Jede geplante nationale Maßnahme, die den Zugang zu medizinischer und Schutzausrüstung beschränkt, muss mit der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten abgesprochen werden. Die Maßnahmen, die der Kommission bisher mitgeteilt wurden, wurden daraufhin geprüft, ob die wesentlichen Güter diejenigen erreichen, die sie am dringendsten benötigen. Die Kommission behandelt diese Fälle vorrangig und unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Korrektur solcher Maßnahmen. Einige Mitgliedstaaten, die am schnellsten reagiert hatten, haben nun bereits ihr Einverständnis mit der Aufforderung der Kommission signalisiert, ihre Maßnahmen so zu ändern, dass lebenswichtige Ausrüstungen EU-weit jenen Personen zur Verfügung stehen, die sie am dringendsten benötigen, wie Gesundheitspersonal, Einsatzteams und Patienten. Die Kommission geht allen noch ungeklärten Fällen nach. Sollten die Mitgliedstaaten ihre Vorschriften nicht ausreichend anpassen, wird

die Kommission rechtliche Schritte einleiten.

Wie stellt die Kommission sicher, dass Italien bei der Versorgung mit persönlichen Schutzausrüstungen unterstützt wird?

Die Kommission ist sich der kritischen Lage in Italien voll und ganz bewusst. Die rapide Ausbreitung des Virus hat zur Folge, dass die nötige medizinische Schutzausrüstung nicht in ausreichender Menge zur Verfügung steht. Die Lage wird durch die Tatsache noch verschärft, dass mehrere Mitgliedstaaten nationale Maßnahmen, wie Ausfuhrverbote, erlassen wollen bzw. erlassen haben, sodass die ohnehin schon belastete Lieferkette gravierend gestört wird. Die Kommission beharrt daher darauf, dass die Mitgliedstaaten davon absehen, solche ungezielten nationalen Maßnahmen zu erlassen bzw. umzusetzen, und sie fordert sie dazu auf, sich der Umsetzung eines wirksamen EU-weiten Ansatzes anzuschließen, der auf der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten beruht.

Welche EU-Vorschriften gelten derzeit für Flughafenzitnischen und warum sollten sie vorübergehend angepasst werden?

Nach den geltenden europäischen Vorschriften müssen Luftfahrtunternehmen, die sich dieselben Zeitnischen für das folgende Jahr sichern wollen, mindestens 80 % der ihnen in der laufenden Flugplanperiode zugewiesenen Zeitnischen nutzen – die sogenannte „Use-it-or-lose-it“-Regel.

Aufgrund des außergewöhnlichen Einbrechens der Passagiernachfrage, der in den kommenden Wochen anhalten dürfte, wird die Nutzung von Zeitnischen für die Flugplanperioden Winter 2019-2020 und Sommer 2020 den in den EU-Vorschriften festgelegten Schwellenwert von 80 % nicht erreichen können. Falls keine Maßnahmen getroffen werden, um diese Regelung unter den gegenwärtigen Umständen auszusetzen, werden die Luftfahrtunternehmen wahrscheinlich weiterhin „Geisterflüge“ durchführen, um ihre Rechte zu schützen. Dies würde die finanziellen Verluste verschärfen und der Umwelt unnötig schaden.

Um den Fluggesellschaften die Anpassung ihrer Kapazitäten an die durch den Virusausbruch einbrechende Nachfrage zu ermöglichen, die finanzielle Solidität der Luftfahrtunternehmen zu erhalten und die Umwelt zu schützen, hat die Kommission vorgeschlagen, diese Zeitnischenregelung vorübergehend auszusetzen.

Für welchen Zeitraum gilt die Ausnahmeregelung?

Die Ausnahmeregelung gilt für den Zeitraum 1. März 2020 bis 30. Juni 2020 und kann erforderlichenfalls verlängert werden.

Wurden solche Maßnahmen bereits in der Vergangenheit eingeführt?

Ähnliche Maßnahmen wurden in der Vergangenheit ergriffen, unter anderem im Jahr 2001 nach den tragischen Anschlägen des 11. September und im Jahr 2003 während des SARS-Ausbruchs.

Inwieweit sind andere Verkehrssektoren betroffen?

Die Versorgungsketten über Land wurden durch die Einführung von Verboten an den Landgrenzen oder durch Beschränkungen für Fahrer beeinträchtigt. Ein ununterbrochener und ungestörter Seeverkehr ist von zentraler strategischer Bedeutung für die Warenströme in die und aus der gesamten EU: 75 % der Waren gelangen auf dem Seeweg in die EU und 30 % des EU-Binnenhandels wird per Schiff abgewickelt. Dies ist insbesondere für Inselmitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung, die zur Sicherung ihrer Versorgung ausschließlich auf die Schifffahrtswege angewiesen sind.

Aus diesem Grund koordiniert die Kommission die Maßnahmen mit den Mitgliedstaaten, um einen kontinuierlichen Warenstrom und das Funktionieren des Binnenmarktes zu gewährleisten. Am 18. März findet eine Videokonferenz mit allen Verkehrsministern statt, auf der neben anderen dringenden verkehrsbezogenen Fragen im Zusammenhang mit der COVID-19-Epidemie auch diese Aspekte erörtert werden sollen.

Was unternimmt die Kommission, um den Tourismus zu unterstützen?

Um das Problem zu beobachten und die Folgen und Risiken zu bewerten, steht die Kommission in ständigem Kontakt mit den für Tourismus zuständigen Ministerien der Mitgliedstaaten, den internationalen Fachorganisationen (Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen und Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und der Branche in der EU.

Darüber hinaus richtet die Kommission in Zusammenarbeit mit der Europäischen Tourismuskommission ein Ad-hoc-Netz europäischer Branchenverbände der Tourismus- und Reisewirtschaft ein, das dem Informationsaustausch und der Folgenabschätzung in Echtzeit dient, um so das europäische Coronavirus-Reaktionsteam zu unterstützen.

Konkret legte die Kommission unter anderem der Branche und den Mitgliedstaaten eine rechtliche Analyse der Anwendung der Pauschalreise-Richtlinie vor.

Am 10. März kündigte die Kommission [Liquiditätshilfen an, um besonders stark getroffene KMU zu entlasten](#). KMU im Tourismusbereich sollten von diesen Maßnahmen profitieren, insbesondere in Mitgliedstaaten, in denen der Tourismus einen erheblichen Beitrag zur nationalen Wirtschaft leistet.

Mobilisierung des EU-Haushalts

Welche Liquiditätsmaßnahmen ergreifen Sie gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank-Gruppe?

Die Kommission wird über ihre bestehenden Programme COSME und Innovfin aus dem EU-Haushalt eine Garantie für den Europäischen Investitionsfonds in Höhe von 1 Mrd. EUR bereitstellen. Mit der Unterstützung durch diese zusätzliche EU-Garantie wird der Europäische Investitionsfonds Anreize für die Banken schaffen, KMU und Midcap-Unternehmen mit Liquidität zu versorgen. Damit sollen Betriebskapitalfinanzierungen in Höhe von 8 Mrd. EUR mobilisiert und mindestens 100 000 kleine und mittlere Unternehmen sowie kleine Midcap-Unternehmen in der EU unterstützt werden.

Wie viel frisches Geld steckt in diesen 1 Mrd. EUR?

1 Mrd. EUR werden aus Teilen der EU-Haushaltsgarantie (EFSI) umgeschichtet, die für längerfristige Projekte und andere Ziele vorgesehen war. Diese Mittel werden nun zur Finanzierung des dringenderen Liquiditätsbedarfs betroffener KMU verwendet.

Wie schnell können Sie diese Liquiditätsmaßnahmen bereitstellen? Müssen Sie die EFSI-Verordnung ändern?

Die Aufstockung der Haushaltsgarantie für den EIF kann in den kommenden Wochen erfolgen. Die Banken können die zusätzliche Liquidität ab April 2020 erhalten und damit die KMU stärker unterstützen. Dies erfordert keine Änderung der EFSI-Verordnung, sondern lediglich eine Änderung der EFSI-Vereinbarung zwischen der EIB und der Kommission, die rasch erfolgen kann.

Abmilderung der Folgen für die Beschäftigung

Was unternimmt die EU, um die vom Coronavirus betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen?

Wir müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Möglichkeit vor Arbeitslosigkeit und Einkommenseinbußen schützen. Die EU ist bereit, die Mitgliedstaaten so gut wie möglich dabei zu unterstützen, die Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzumildern.

Der EU-Haushalt unterstützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verhinderung von Arbeitsplatzverlust und bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, beispielsweise durch die Strukturfonds. Insbesondere der Europäische Sozialfonds kann durch die neue Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise Maßnahmen zur Bekämpfung des Ausbruchs von COVID-19 entscheidend fördern. Mit seinen Mitteln kann die Gesundheitsversorgung unterstützt werden, z. B. durch die Finanzierung von Schutzausrüstungen, Medizinprodukten, Krankheitspräventionsmaßnahmen oder Maßnahmen zur Gewährleistung des Zugangs der am stärksten gefährdeten Gruppen zur Gesundheitsversorgung. Darüber hinaus kann er nationale Programme unterstützen, die dazu beitragen, die Auswirkungen des Ausbruchs während des Programmplanungszeitraums in Kombination mit Weiterqualifizierung und Umschulung abzufedern.

Die Kommission wird ihre Arbeit an dem Legislativvorschlag für ein europäisches Arbeitslosenversicherungssystem beschleunigen. Ziel dieser Initiative ist es, die zu unterstützen, die einen Arbeitsplatz haben, und diejenigen zu schützen, die durch schwere Erschütterungen auf dem Arbeitsmarkt ihren Arbeitsplatz verloren haben, sowie den Druck auf die öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten zu verringern und so die soziale Dimension Europas zu stärken. Dieses System wäre insbesondere darauf ausgerichtet, nationale Maßnahmen zu unterstützen, die darauf abzielen, Arbeitsplätze und Qualifikationen zu erhalten, z. B. durch Kurzarbeitsprogramme, und/oder den Wechsel von einem Arbeitsplatz zu einem anderen für Arbeitslose zu erleichtern.

Der [Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung](#) könnte auch in Anspruch genommen werden, um entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige unter den Bedingungen der geltenden und künftigen Verordnung zu unterstützen. 2020 stehen bis zu 179 Mio. EUR zur Verfügung.

Einige Mitgliedstaaten haben bereits befristete Maßnahmen eingeführt, etwa die Verringerung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Einkommensstützung, die Ausweitung der Bedingungen für Krankengeld und die Förderung der Telearbeit. Diese Maßnahmen fallen nicht unter das EU-Recht. Die Kommission ist zuversichtlich, dass die nationalen Behörden Erwägungen der öffentlichen Gesundheit Vorrang einräumen.

Welches Ziel verfolgt die EU-Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise?

Mit der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise (CRII - Coronavirus Response Investment

Initiative) sollen alle vorhandenen EU-Haushaltsmittel mobilisiert werden, um die Mitgliedstaaten bei ihrer unmittelbaren Reaktion auf die Coronakrise und deren langfristige Auswirkungen finanziell zu unterstützen. Dazu gehören Vorschusszahlungen, die Umlenkung der Kohäsionsfondsmittel und die Unterstützung der Mitgliedstaaten dabei, die Gelder schnellstmöglich dorthin zu leiten, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Für die Beschaffung der zur Bekämpfung der Krise erforderlichen Gelder schlägt die Kommission vor, rasch Liquiditätsreserven aus den europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) – den Kohäsionsmitteln der EU – zu mobilisieren. Auf diese Weise erhalten die Staatshaushalte der Mitgliedstaaten sofortige Liquidität. So können jene Mittel der Kohäsionspolitik in Höhe von 37 Mrd. EUR, die im Rahmen der kohäsionspolitischen Programme 2014-2020 noch nicht zugewiesen wurden, vorgezogen werden, um damit dringend benötigte wirtschaftliche Investitionen anzukurbeln.

Darüber hinaus macht die Kommission alle mit der Coronakrise verbundenen Ausgaben im Rahmen der Vorschriften der Kohäsionspolitik förderfähig. Sie wird auch die Regeln für Kohäsionsausgaben mit größtmöglicher Flexibilität anwenden und so die Mitgliedstaaten in die Lage versetzen, diese Mittel zur Finanzierung krisenbedingter Maßnahmen zu verwenden. Dies bedeutet auch, den Ländern mehr Flexibilität bei der Umschichtung von Finanzmitteln einzuräumen, wobei sichergestellt wird, dass die Gelder in den Bereichen ausgegeben werden, in denen man sie am dringendsten benötigt: im Gesundheitssektor, zur Unterstützung von KMU und auf dem Arbeitsmarkt.

Schließlich schlägt die Kommission vor, den Anwendungsbereich des Solidaritätsfonds der EU – dem EU-Instrument zur Unterstützung von Ländern, die von Naturkatastrophen betroffen sind – zu erweitern, um den Mitgliedstaaten in dieser außergewöhnlichen Situation beizustehen.

Übergeordnetes Ziel ist es, das gesamte Portfolio der Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des EU-Haushalts zu nutzen, um die EU-Mitgliedstaaten zu unterstützen – mit größtmöglicher Flexibilität, minimalem zusätzlichem Verwaltungsaufwand und so rasch wie irgend möglich.

Worin besteht die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise?

Mit der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise wird sichergestellt, dass die Mitgliedstaaten die EU-Mittel optimal nutzen können, um die Folgen der Coronakrise zu überwinden. Alle im Rahmen des bestehenden EU-Haushalts verfügbaren Mittel werden genutzt, um die EU-Länder bei der Bewältigung dieser beispiellosen Situation zu unterstützen.

Die Initiative umfasst drei Hauptkomponenten:

1) 37 Mrd. EUR europäische öffentliche Investitionen

Damit die europäischen öffentlichen Investitionen in Höhe von 37 Mrd. EUR zielgerichtet für die Bewältigung der Auswirkungen der Coronakrise eingesetzt werden können, schlägt die Kommission vor, davon abzusehen, von den Mitgliedstaaten nicht in Anspruch genommene Mittel aus Vorfinanzierungen im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds 2019 zurückzufordern. Die Mitgliedstaaten hätten normalerweise bis Ende Juni 2020 ungenutzte Vorfinanzierungen in Höhe von insgesamt etwa 8 Mrd. EUR, die sie für 2019 erhalten haben, zurückzahlen müssen. Sie dürfen nun diese Gelder einbehalten, die ihnen einen Liquiditätspuffer von rund 8 Mrd. EUR bieten, mit dem sie den Investitionsbedarf im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch rascher decken können.

Angesichts der durchschnittlichen Kofinanzierungssätze in den Mitgliedstaaten schaffen diese 8 Mrd. EUR in Kombination mit einer Kofinanzierung aus dem EU-Haushalt in Höhe von rund 29 Mrd. EUR Gesamtmittel aus dem EU-Haushalt in Höhe von 37 Mrd. EUR. Dafür werden keine Mittel aus den nationalen Haushalten benötigt, und es wird die dringend benötigte Liquidität bereitgestellt, um Leben zu retten, Unternehmen und vieles mehr zu erhalten. Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, Mittel unkompliziert umzuschichten, um weitere nicht zugewiesene Gelder im Rahmen der Kohäsionspolitik bestmöglich zur Überwindung der Coronakrise genau dort zu nutzen, wo die gravierendsten Folgen auftreten.

Neben der Entlastung der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten und der Unterstützung ihrer Gesundheitssysteme in Notsituationen wird die Initiative auch dazu beitragen, dass die nicht zugeordneten Mittel im Rahmen der Kohäsionspolitik beschleunigt ausgezahlt werden. Dies wird sich allumfassend positiv auf die Wirtschaft auswirken.

2) Maximale Flexibilität bei der Anwendung der EU-Ausgabenvorschriften

Damit sich die Mitgliedstaaten voll und ganz darauf verlassen können, dass sie bei der Bekämpfung der Krise aus dem EU-Haushalt unterstützt werden, schlägt die Kommission vor, durch das Coronavirus verursachte Ausgaben aus den Strukturfonds förderfähig zu machen. Damit werden im Gesundheitswesen anfallende Kosten erstattungsfähig. Die Mitgliedstaaten haben also die Möglichkeit:

- Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds für Investitionen in ihr Gesundheitssystem einzusetzen: Kauf von Gesundheits- und

Schutzausrüstungen, Krankheitsprävention, elektronische Gesundheitsdienste, medizinische Geräte (einschließlich Atemschutzgeräte, Masken u. ä.), Sicherung der Arbeitsumgebung im Gesundheitswesen und Gewährleistung des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für gefährdete Personengruppen;

- den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung dafür einzusetzen, Unternehmen bei der Bewältigung kurzfristiger finanzieller Engpässe im Zusammenhang mit der Coronakrise zu unterstützen. Darunter fällt beispielsweise das Betriebskapital von KMU, wobei den von der Krise am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen Branchen besonderes Augenmerk gilt;
- den Europäischen Sozialfonds für eine vorübergehende Unterstützung nationaler Kurzarbeitsregelungen einzusetzen, die dazu beitragen sollen, die Folgen des Schocks abzufedern;
- den Europäischen Meeres- und Fischereifonds einzusetzen, um das Einkommen der von der Krise betroffenen Fischer und Aquakulturbetriebe zu sichern.

Da die Mitgliedstaaten noch über Strukturfondsmittel in Höhe von bis zu 28 Mrd. EUR aus ihren nationalen Finanzrahmen 2014-2020 verfügen, die noch nicht für Projekte vorgesehen sind, werden sie dank der oben genannten zusätzlichen Flexibilität diese ungenutzten Mittel für die Bekämpfung der Krise umwidmen können.

Zudem wird die Kommission die Vorschriften für die EU-Kohäsionsausgaben mit größtmöglicher Flexibilität anwenden, um die Umsetzung vor Ort zu beschleunigen. Mit diesen Maßnahmen wird die Kommission sicherstellen, dass die EU-Länder das gesamte Spektrum der Finanzierungsmöglichkeiten aus dem EU-Haushalt zur Deckung ihres akuten Bedarfs nutzen können.

3) Zugang zum Solidaritätsfonds der Europäischen Union

Im Zuge dieser Initiative schlägt die Kommission auch vor, Krisen der öffentlichen Gesundheit unter die vom EU-Solidaritätsfonds finanzierten Notsituationen aufzunehmen. Derzeit dient der Fonds dazu, den Mitgliedstaaten bei der Bewältigung unterschiedlichster Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, Waldbrände, Erdbeben, Stürme und Dürren zu helfen.

Mit der heute beschlossenen Maßnahme erhalten die am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten Zugang zu einer zusätzlichen Unterstützung in Höhe von bis zu 800 Mio. EUR.

Die Kommission wird bereit stehen, um den Mitgliedstaaten bei Bedarf administrative Unterstützung zu leisten.

Handelt es sich um frisches Geld? *

Mit der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise schlägt die Europäische Kommission vor, alle im Bereich der Kohäsionspolitik vorhandenen EU-Haushaltsmittel zu mobilisieren, um die Mitgliedstaaten bei ihrem Kampf gegen die COVID-19-Pandemie zu unterstützen.

Die erwähnten rund 8 Mrd. EUR wurden bereits an die Mitgliedstaaten ausgezahlt. Die EU-Länder können diese Gelder nun einbehalten, um die Kosten im Zusammenhang mit der Coronakrise zu decken. Indem sie diese Gelder mit Mitteln aus den EU-Kohäsionsfonds kombinieren, erhalten die Mitgliedstaaten einen mehr als dreimal so hohen Betrag, den sie dorthin lenken können, wo er am dringendsten benötigt wird, nämlich in die Unterstützung des Gesundheitssektors und als Hilfe für diejenigen, die am stärksten von der Krise betroffen sind.

Wird dies zu Lasten der Kohäsionspolitik gehen?

Ganz und gar nicht. Indem die Kommission diese Mittel jetzt und flexibel zur Verfügung stellt, sorgt sie dafür, dass die Finanzmittel dorthin gelenkt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden.

Überdies schafft der Vorschlag die Voraussetzungen für eine raschere Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik, weil die Mittel dorthin fließen, wo man sie am dringendsten benötigt. Die EU-Mitgliedstaaten könnten mit den vorgeschlagenen Mitteln die nationale Kofinanzierung für Projekte tragen, die sie normalerweise aus ihren nationalen Haushalten hätten finanzieren müssen. Auf diese Weise würde die Belastung der Staatshaushalte verringert.

In welchem Zeitrahmen werden die Gelder ausgegeben?

Die Europäische Union steht vor einer beispiellosen Krise, die einer beispiellosen Reaktion bedarf.

Die Kommission legt heute ihren Legislativvorschlag vor. In Anbetracht der Umstände fordert die Kommission das Europäische Parlament und den Rat auf, diesen Vorschlag rasch zu billigen, damit er innerhalb der nächsten zwei Wochen angenommen werden kann. Unsere Antwort muss der Tragweite der Krise angemessen sein und kann nur eine gemeinsame sein.

Die Kommission hat bereits eine Taskforce eingesetzt, die die Arbeit mit den Mitgliedstaaten koordinieren, deren genauen Erfordernisse ermitteln und sie unterstützen soll. Diese Taskforce und die anderen Dienststellen der Kommission werden unverzüglich Kontakt mit den am stärksten betroffenen

Mitgliedstaaten aufnehmen und mit ihnen zusammenarbeiten, um die Maßnahmen im Rahmen der Initiative umzusetzen.

Die Gelder sollen so rasch wie möglich, spätestens jedoch in den kommenden Wochen, wirkungsvoll eingesetzt werden. Dafür wird sich die Kommission mit allen Kräften einsetzen.

Werden die Standardvorschriften für die Kohäsionspolitik weiter gelten oder soll man stattdessen Notfallregelungen in Kraft setzen?

Dieser Vorschlag wird mittels einer Änderung der Vorschriften umgesetzt, nach denen die Kohäsionsmittel der EU ausgezahlt werden (Verordnung mit gemeinsamen Bestimmungen, Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds).

Falls die Mitgliedstaaten ihre nationalen operationellen Programme ändern müssen, wird die Kommission diese Arbeit unterstützen. Ziel ist es, die Gelder rasch freizugeben und auszuzahlen.

Wie verteilen sich die Mittel auf die Mitgliedstaaten?

Die nationalen Zuweisungen richten sich nach den Beträgen, die die Mitgliedstaaten der Kommission in diesem Jahr zu erstatten hatten. Sie hängen von der Höhe der Kohäsionsmittel und der Geschwindigkeit der Umsetzung ab.

Indikative Aufschlüsselung des Investitionsvolumens im Rahmen der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise* nach Mitgliedstaaten				Mio. EUR
MS	Als Liquidität freigesetzte Beträge (1)	Entsprechende EU-Mittel (2)	Gesamtinvestitionen im Zusammenhang mit freigesetzter Liquidität (3)=(1)+(2)	Restbetrag der ESI-Fonds *** nach CRII (einschließlich der nationalen Kofinanzierung)
Bulgarien	122	690	812	546
Belgique-België	37	29	66	373
Ceska Republika	294	869	1 163	3 956
Danmark	18	20	38	47
Deutschland	328	498	826	1 906
Eesti	73	222	295	397
Ellada	355	1 421	1 776	0
España	1 161	2 984	4 145	7 086
France	312	338	650	1 311
Hrvatska	174	984	1 158	0
Ireland	1	1	3	0
Italia	853	1 465	2 318	8 945
Kypros	7	39	45	0
Latvija	118	674	792	0
Lietuva	222	1 264	1 487	0
Luxembourg (Grand-Duche)	1	1	2	0

Magyarország	855	4 748	5 603	0
Malta	9	39	48	0
Nederland	14	11	25	0
Österreich	13	6	19	25
Polska	1 125	6 310	7 435	0
Portugal	405	1 407	1 813	0
România	491	2 588	3 079	0
Slovenija	115	471	586	0
Slovenska Republika	527	1 948	2 475	146
Suomi/Finland	24	24	48	349
Sverige	23	23	46	460
Zwischensumme EU-27:	7 678	29 073	36 751	25 546
Vereinigtes Königreich**	244	311	555	2 408
INSGESAMT:	7 922	29 384	37 306	27 954

* ohne INTERREG. Erfasste ESI-Fonds: EFRE, KF, ESF, YEI, EMFF

** Gemäß dem Austrittsabkommen gilt die Dachverordnung für das Vereinigte Königreich bis zum Abschluss des Programms.

*** Bei Mitgliedstaaten ohne Restbeträge ist dies auf eine Projektauswahlquote von annähernd 100 % oder mehr vor der CRII zurückzuführen.

Über die Unterstützung aus dem EU-Solidaritätsfonds wird von Fall zu Fall entschieden.

Was bedeuten die Zahlen in den verschiedenen Spalten? *

Die Tabelle besteht aus vier Spalten:

- In der **ersten Spalte** sind die Beträge der nicht ausgegebenen Vorfinanzierungen aus den EU-Kohäsionsfonds aufgeführt, die die Mitgliedstaaten normalerweise bis Ende Juni 2020 an den EU-Haushalt zurückzahlen müssten.
- Die **zweite Spalte** enthält die Angaben zur Kofinanzierung aus dem EU-Haushalt, die zur Verfügung stünde, wenn – wie von der Kommission empfohlen – die Beträge der ersten Spalte zur Finanzierung der Reaktion auf das Coronavirus eingesetzt würden. Die Relation zwischen den Beträgen aus der ersten und der zweiten Spalte ist von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich, da sich auch die Kofinanzierungssätze von einem EU-Land zum anderen unterscheiden. Sie hängen nämlich vom relativen Wohlstand der EU-Mitgliedstaaten ab.
- In der **dritten Spalte** wird ganz einfach die Summe der ersten beiden Spalten dargestellt. Sie spiegelt den Gesamtbetrag der EU-Haushaltsmittel wider, den die Mitgliedstaaten ohne zusätzliche, neue Mittel aus ihren nationalen Kassen für die Bekämpfung des Coronavirus verwenden können.
- Die **letzte Spalte** weist alle nicht abgerufenen Kohäsionszuweisungen pro Mitgliedstaat aus, die über die Beträge in der dritten Spalte hinausgehen. Da dies das letzte Jahr des laufenden langfristigen EU-Haushalts (2014-2020) ist, sind die Beträge von Land zu Land sehr unterschiedlich. Wie aus der Tabelle ersichtlich, verfügen einige Mitgliedstaaten – zum Beispiel Italien und Spanien, die derzeit beiden am stärksten vom Coronavirus betroffenen EU-Länder – nach wie vor über erhebliche nicht gebundene Beträge, auf die sie unter diesen außergewöhnlichen Umständen zurückgreifen können.

Alles in allem sind die den EU-Ländern zur Verfügung stehenden Beträge beträchtlich und dürften in Zeiten der Coronakrise eine Hilfsleistung darstellen, die dringend benötigt wird.

Bedeutet dies, dass die Beträge nicht dem tatsächlichen Bedarf der Mitgliedstaaten entsprechen?

Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise ist so konzipiert, dass sie angesichts der Dringlichkeit der Lage eine sofortige Reaktion ermöglicht.

Zu diesem Zweck sollen die vorhandenen Ressourcen, die derzeit im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik zur Verfügung stehen, optimal genutzt werden. Die Beträge der Initiative entsprechen daher den EU-Kohäsionsgeldern, die die Mitgliedstaaten nicht ausgegeben haben. Die Konzeption und Einführung eines speziellen und gezielteren Instruments wäre zeitaufwändiger, was unter den derzeitigen Umständen keinen zusätzlichen Nutzen böte. Angesichts des erheblichen Finanzierungsbedarfs in allen Mitgliedstaaten und der sich rasch entwickelnden Situation mit einer in allen Mitgliedstaaten rasant steigenden Zahl von Coronafällen ist die Kommission überzeugt, dass diese Ressourcen in allen Mitgliedstaaten von hoher Bedeutung sein werden.

Warum war anfänglich von 25 Mrd. EUR die Rede, und nun spricht man von 37 Mrd. EUR?

Erfreulicherweise stehen den Mitgliedstaaten im Rahmen der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise mehr Mittel zur Verfügung als ursprünglich angekündigt.

Bei den zum Zeitpunkt der ursprünglichen Ankündigung genannten Beträgen handelte es sich um konservative Erstschätzungen für die EU insgesamt. Sie beruhten zum Teil auf einer Berechnung des durchschnittlichen Kofinanzierungssatzes für die Kohäsionspolitik in der gesamten EU.

Die endgültigen Zahlen basieren auf validierten Daten für die einzelnen Mitgliedstaaten. Darin wurde beispielsweise der tatsächliche Kofinanzierungssatz eines jeden Mitgliedstaats berücksichtigt.

Anhand der genauen und validierten Zahlen konnte ein deutlich höherer Gesamtbetrag als ursprünglich veranschlagt ermittelt werden.

Werden die Mitgliedstaaten die rund 8 Mrd. EUR im nächsten Jahr zurückzahlen müssen? Wie soll dabei vorgegangen werden?

Bei den rund 8 Mrd. EUR handelt es sich um Mittel, die die Mitgliedstaaten normalerweise bis Ende Juni 2020 an den EU-Haushalt zurückzahlen müssten. Die Kommission schlägt nun vor, dass die EU-Länder diese Mittel bis mindestens 2025 einbehalten, d. h. solange, bis die Kommission mit dem Abschluss der Programme im Rahmen des langfristigen EU-Haushalts 2014-2020 beginnt. Sofern die Mittel vollständig im Einklang mit den einschlägigen Vorschriften ausgegeben werden, müssen die Mitgliedstaaten sie nicht zurückzahlen.

Mit diesen Mitteln wird die Kommission den Mitgliedstaaten in einer beispiellosen Notlage mit einer enormen Liquiditätszuführung unter die Arme greifen. Die Gelder werden es den EU-Ländern erleichtern, die EU-Kohäsionsfonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus einzusetzen. Dadurch wird auch sichergestellt, dass die Mitgliedstaaten die ihnen zur Verfügung stehenden Kohäsionsmittel in maximalem Umfang abrufen können.

Staatliche Beihilfen

Wie können die Mitgliedstaaten Unternehmen, die von dem COVID-19-Ausbruch betroffen sind, im Einklang mit den EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen unterstützen?

- Die finanzielle Unterstützung aus EU- oder nationalen Mitteln für Gesundheitsdienste oder andere öffentliche Dienste zur Bewältigung der COVID-19-Situation fällt nicht unter die Kontrolle staatlicher Beihilfen. Dasselbe gilt für jegliche öffentliche finanzielle Unterstützung, die Bürgern direkt gewährt wird. Gleichmaßen fallen staatliche Fördermaßnahmen, die allen Unternehmen zur Verfügung stehen, wie z. B. Lohnsubventionen und die Stundung von Unternehmens- und Mehrwertsteuern oder Sozialbeiträgen, nicht unter die Beihilfenkontrolle und bedürfen keiner Genehmigung der Kommission nach den EU-Beihilfenvorschriften. In all diesen Fällen können die Mitgliedstaaten sofort handeln.

Wenn allerdings die Vorschriften über staatliche Beihilfen gelten, können die Mitgliedstaaten im Einklang mit dem bestehenden EU-Rahmen für staatliche Beihilfen umfangreiche Beihilfemaßnahmen zur Unterstützung bestimmter Unternehmen oder Sektoren konzipieren, die von den Folgen des COVID-19-Ausbruchs betroffen sind. Dabei gilt:

- Die auf Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV gestützten EU-Beihilfenvorschriften ermöglichen es den Mitgliedstaaten, den akuten Liquiditätsbedarf zu decken und Unternehmen zu unterstützen, die infolge des COVID-19-Ausbruchs in Konkurs geraten sind.
- Nach Artikel 107 Absatz 2 Buchstabe b AEUV können die Mitgliedstaaten bestimmte Unternehmen oder Sektoren (in Form von Programmen) entschädigen, wenn ihnen durch außergewöhnliche Ereignisse, wie etwa durch den COVID-19-Ausbruch, direkte Schäden entstanden sind.
- Dies kann durch eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen flankiert werden, z. B. im Rahmen der [De-minimis-Verordnung](#) und der [allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung](#), die von den

Mitgliedstaaten ebenfalls unverzüglich und ohne Beteiligung der Kommission eingeführt werden können.

Wie lange dauert es, bis die Kommission die von den Mitgliedstaaten geplanten Unterstützungsmaßnahmen genehmigt?

Die Kommission hat alle erforderlichen Verfahrenserleichterungen eingeführt, um nach der Anmeldung der nationalen Stützungsmaßnahmen durch die Mitgliedstaaten ein rasches Kommissionsgenehmigungsverfahren zu ermöglichen. Insbesondere gilt:

Entscheidungen werden erforderlichenfalls innerhalb von Tagen nach Eingang der vollständigen Anmeldung staatlicher Beihilfen durch die Mitgliedstaaten getroffen.

Die Kommission hat eigens eine Mailbox und Telefonnummer eingerichtet, um die Mitgliedstaaten bei allen Fragen zu unterstützen.

Die Kommission hält Mustervorlagen bereit, die auf früheren Entscheidungen über die Gewährung von Unternehmensbeihilfen im Einklang mit den geltenden EU-Beihilfavorschriften beruhen.

Gibt es besondere Vorschriften für besonders kritische Situationen, wie sie derzeit in Italien herrschen?

In besonders schwierigen wirtschaftlichen Situationen, wie derzeit in Italien, können die Mitgliedstaaten nach den EU-Beihilfavorschriften Beihilfen zur Behebung einer beträchtlichen Störung in ihrem Wirtschaftsleben gewähren. Dies ist in Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b AEUV vorgesehen. Die Kommission hält sich bereit, mit Italien an zusätzlichen Maßnahmen zu arbeiten, die auf dieser Grundlage erforderlich sein könnten.

Die Kommission arbeitet bereits an der Bewertung der Frage, ob andere Mitgliedstaaten von ebenso schwerwiegenden wirtschaftlichen Auswirkungen betroffen sind. Die Kommission beobachtet fortlaufend die Lage in der gesamten EU und steht in engem Kontakt mit den Mitgliedstaaten.

Die Kommission bereitet einen besonderen Rechtsrahmen vor, in dem ein konkretes Bündel flexibler Fördermaßnahmen festgelegt ist, die im Bedarfsfall auf der Grundlage von Artikel 107 Absatz 3 Buchstabe b AEUV angewandt werden könnten. Ein ähnlicher Rahmen wurde in der Vergangenheit zur Bewältigung der Finanzkrise von 2008 angenommen.

Der Bankensektor

Welche Rolle spielt der Bankensektor angesichts der Erklärungen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA)?

Die Kapitalausstattung der Banken in der EU ist solide und sie verfügen über Liquiditätspuffer, die genutzt werden können, um die Auswirkungen des COVID-19-Ausbruchs zu bewältigen. Da Banken bei der Finanzierung von Privathaushalten und Unternehmen in der EU eine wesentliche Rolle spielen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sie die Wirtschaft weiterhin mit Liquidität versorgen können.

Die Kommission begrüßt die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bereitstellung von Garantien zur Unterstützung von Unternehmen. Ferner begrüßt die Kommission die Erklärungen der EBA und des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) sowie die Forderungen nach Flexibilität bei der Anwendung des Aufsichtsrahmens (d. h. Kapital- und Liquiditätspuffer, einschließlich Leitlinien der Säule 2) sowie eine Lockerung bei der Zusammensetzung der Anforderungen der Säule 2. Wir fordern die Aufsichtsbehörden auf, einen koordinierten Ansatz zu verfolgen und die Flexibilität des EU-Aufsichtsrahmens in vollem Umfang zu nutzen.

Die gesamten Spielräume des europäischen haushaltspolitischen Rahmens nutzen

Auf welche Weise will die Kommission den Mitgliedstaaten ermöglichen, die gesamten Spielräume des europäischen haushaltspolitischen Rahmens zu nutzen?

Die Kommission wird die Flexibilität des haushaltspolitischen Rahmens der EU voll ausschöpfen, um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Krise zu unterstützen.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt sieht vor, dass die negativen Auswirkungen eines außergewöhnlichen Ereignisses wie dieser Pandemie auf den Haushalt berücksichtigt werden. Dies betrifft sowohl die Auswirkungen aufgrund eines langsameren Wirtschaftswachstums als auch die zusätzlichen Ausgaben zur Bekämpfung des Ausbruchs.

Schließlich ist die Kommission bereit, dem Rat vorzuschlagen, die allgemeine Ausweichklausel zu aktivieren, um eine allgemeinere finanzpolitische Unterstützung zu ermöglichen. Diese Klausel würde – in Zusammenarbeit mit dem Rat – die vom Rat empfohlene Haushaltsanpassung im Falle eines schweren Wirtschaftsabschwungs im Euro-Währungsgebiet oder in der EU insgesamt aussetzen.

Wie wird dies in der Praxis umgesetzt? Was sind die nächsten Schritte?

Die Kommission ist der Auffassung, dass die Flexibilität zur Bewältigung „außergewöhnlicher Ereignisse, die sich der Kontrolle des Staates entziehen“, auf die derzeitige Situation anwendbar ist, was es den Mitgliedstaaten gestattet, vorübergehend von den erforderlichen Haushaltsanpassungen abzuweichen.

Die Mitgliedstaaten können im Rahmen der Stabilitätsprogramme, in denen ihre Haushaltspläne für die nächsten drei Jahre dargelegt werden, einen Antrag auf Flexibilität stellen. Die Stabilitätsprogramme werden im April 2020 vorgelegt. Die Kommission wird eine vorläufige Bewertung dieser Anträge im Rahmen der „Klausel über außergewöhnliche Ereignisse“ vornehmen, sobald sie eingereicht wurden. Bei ihrer Bewertung wird die Kommission berücksichtigen, dass die Mitgliedstaaten dringend Maßnahmen ergreifen müssen, um die Epidemie einzudämmen, die Gesundheitssysteme zu entlasten und die negativen sozioökonomischen Folgen des Ausbruchs zu bekämpfen.

Die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission, die im Frühjahr veröffentlicht werden sollen, werden auch die jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen berücksichtigen und die haushaltspolitischen Anstrengungen der Mitgliedstaaten erforderlichenfalls anpassen, um der Wirtschaftslage Rechnung zu tragen.

Die empfohlenen Konsolidierungsanstrengungen werden daher den länderspezifischen Gegebenheiten Rechnung tragen, einschließlich der Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit, der Sonderausgaben und gezielter Entlastungsmaßnahmen.

Die länderspezifischen Empfehlungen müssen vom Rat gebilligt werden.

Welche Ausgaben könnten durch diese Flexibilität erleichtert werden?

Die Kommission ist sich der beträchtlichen Kosten bewusst, die den Mitgliedstaaten durch die Maßnahmen entstehen, die sie ergreifen müssen, um die Epidemie einzudämmen, die Gesundheitssysteme zu unterstützen und die negativen sozioökonomischen Folgen des Ausbruchs zu bekämpfen.

Die Ausgaben für sofortige Eindämmungsmaßnahmen können sich beispielsweise auf die Bereitstellung medizinischer Ausrüstung, den Ausbau der Krankenhauskapazitäten, Katastrophenschutzmaßnahmen und Informationskampagnen beziehen.

Die Ausgaben könnten auch in die Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fließen, insbesondere von Selbstständigen und Unternehmen in bestimmten Sektoren und Gebieten, in denen Produktions- oder Absatzstörungen auftreten und die daher von Liquiditätsengpässen betroffen sind, insbesondere KMU.

Sorgt sich die Kommission, dass die Gewährung von Spielräumen die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gefährden wird?

Die oberste Priorität der Kommission besteht darin, alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente einzusetzen, um das Wohlergehen der Menschen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass auf den Ausbruch des Coronavirus überall wirksam und unverzüglich reagiert wird. Aus diesem Grund wird sie die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, die im haushaltspolitischen Rahmen vorgesehene Flexibilität voll auszuschöpfen, um die dringenden Maßnahmen durchzuführen, die erforderlich sind, um den Ausbruch des Coronavirus einzudämmen und seine negativen sozioökonomischen Auswirkungen abzumildern. Dies dürfte wiederum zu einer rascheren wirtschaftlichen Erholung führen, wodurch die Risiken für die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen begrenzt werden.

Unsere Haushaltsregeln und unser Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung sind gut gerüstet, um die Auswirkungen der Pandemie zu bewältigen, ohne die mittelfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gefährden.

Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas ist seit der Wirtschafts- und Finanzkrise grundlegend reformiert worden. Daher sind wir in der Lage, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um wirksam auf diese Krise zu reagieren und gleichzeitig die makroökonomische Stabilität zu wahren.

Die Kommission wird die Entwicklungen weiterhin aufmerksam verfolgen und ist bereit, in enger Abstimmung mit den Mitgliedstaaten und der EZB weitere Maßnahmen zu ergreifen.

* Am 18.3.2020 aktualisiert.

QANDA/20/458

Kontakt für die Medien:

[Eric MAMER](#) (+32 2 299 40 73)

[Dana SPINANT](#) (+32 2 299 01 50)

[Vivian LOONELA](#) (+32 2 296 67 12)

[Marta WIECZOREK](#) (+32 2 295 81 97)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)

**Brüssel, 26. März 2020
(OR. en)**

Gemeinsame Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates

Die COVID-19-Pandemie stellt eine beispiellose Herausforderung für Europa und die ganze Welt dar. Sie erfordert dringendes, entschlossenes und umfassendes Handeln auf EU-Ebene sowie auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Wir werden alles Notwendige unternehmen, um unsere Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Krise zu überwinden und zugleich unsere europäischen Werte und unsere Lebensweise zu wahren.

Wir sind uns der Belastungen bewusst, die diese Maßnahmen für alle unsere Bürgerinnen und Bürger mit sich bringen, und würdigen deren Verantwortungsbewusstsein. Wir bekunden unser tief empfundenes Mitgefühl mit den Opfern der Pandemie und ihren Familien. Wir würdigen das Engagement und den unermüdlichen Einsatz der Angehörigen der Gesundheitsberufe, die an vorderster Front gegen den Krankheitsausbruch kämpfen, und den Beitrag derjenigen, die grundlegende Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen.

Wir werden mit der internationalen Gemeinschaft und unseren externen Partnern zusammenarbeiten, um diese weltweite Pandemie zu bekämpfen.

Wir werden die Arbeiten in den während unserer Videokonferenzen vom 10. und 17. März 2020 festgelegten fünf Bereichen fortführen und das Notwendige tun, um die Krise zu bewältigen.

Eindämmung der Ausbreitung des Virus

1. Alle Mitgliedstaaten haben auf Anraten ihrer nationalen Gesundheitsbehörden entschlossene Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen und zu verlangsamen. Diese Anstrengungen werden durch die Leitlinien des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Empfehlungen des Beraterstabs zu COVID-19 der Kommission untermauert und unterstützt. Bei Bedarf werden weitere Leitlinien herausgegeben, und wir werden die Entwicklungen im Rahmen der vom kroatischen Vorsitz aktivierten Integrierten EU-Regelung für die politische Reaktion auf Krisen (IPCR) weiterhin verfolgen.
2. Wir haben die Kontrolle unserer Außengrenzen durch eine koordinierte vorübergehende Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU verstärkt. Wir werden die Lage zu gegebener Zeit bewerten und entscheiden, ob diese Maßnahmen verlängert werden müssen oder nicht.
3. In den Fällen, in denen vorübergehende Kontrollen an den Binnengrenzen eingeführt wurden, werden wir ein reibungsloses Grenzmanagement für den Personen- und Güterverkehr und das weitere Funktionieren des Binnenmarktes auf der Grundlage der Leitlinien der Kommission vom 16. März 2020 und im Einklang mit dem Schengener Grenzkodex sowie den Anleitungen der Kommission zur Umsetzung sogenannter Green Lanes (Sonderfahrspuren) sicherstellen. Wir werden mit Unterstützung der Kommission umgehend die Probleme angehen, die noch in Bezug auf Bürgerinnen und Bürger der EU, die aufgrund geschlossener EU-Binnengrenzen nicht in ihre Heimatländer zurückreisen können, sowie in Bezug auf Grenzgänger und Saisonarbeitskräfte bestehen, denen es möglich sein muss, wesentliche Tätigkeiten weiterhin auszuüben, ohne dass das Virus weiter verbreitet wird. Das Gleiche gilt für die Lieferung von Gütern und die Erbringung grundlegender Dienstleistungen, sei es auf dem Land-, See- oder Luftweg. Wir ersuchen die Kommission, vor unserer nächsten Videokonferenz über die Lage Bericht zu erstatten.
4. Wir werden mit einer transparenten, zeitnahen und faktengestützten Kommunikation über unser Vorgehen entschieden gegen Desinformation vorgehen und so die Resilienz unserer Gesellschaften stärken. Die Kommission und der Hohe Vertreter werden in vollem Umfang einbezogen werden, und sie werden dem Rat über unsere gemeinsamen Anstrengungen Bericht erstatten.

Bereitstellung von medizinischer Ausrüstung

5. Wir rufen die Kommission auf, ihre Anstrengungen fortzusetzen und zu beschleunigen, um so dazu beizutragen, dass umgehend eine angemessene Bereitstellung von medizinischer Ausrüstung in der gesamten EU gewährleistet wird, da dies die dringlichste Priorität darstellt. Die Mitgliedstaaten sollten in dieser Hinsicht eng zusammenarbeiten und der Kommission aktuelle und verlässliche Daten zur Verfügung stellen.
6. Die Kommission wird in Zusammenarbeit mit der Industrie eine Übersicht über die Bestände, die Produktion und die Einfuhren erstellen und Maßnahmen zur Verbesserung der Lage ergreifen. Sie wird ihre Initiativen zur gemeinsamen Vergabe von Aufträgen für persönliche Schutzausrüstungen, Beatmungsgeräte und Testmaterial aktiv voranbringen. Wir ersuchen die Kommission, Möglichkeiten für eine Beschleunigung der einschlägigen Verfahren zu prüfen. Die Kommission wird bei Bedarf die im Rahmen von rescEU vorgesehene ursprüngliche Mittelausstattung für die Einrichtung eines strategischen Vorrats an medizinischen Ausrüstungen, einschließlich für die Intensivpflege, sowie an Impfstoffen und Therapeutika aufstocken.
7. Die Annahme des Beschlusses über die Genehmigung der Ausfuhr persönlicher Schutzausrüstungen sollte die vollständige und effektive Aufhebung interner Verbote oder Beschränkungen jeglicher Art ermöglichen.
8. Angesichts der Empfehlungen der WHO müssen die Testkapazitäten dringend erhöht werden, und die Mitgliedstaaten werden der Kommission über die Lage Bericht erstatten.

Förderung der Forschung

9. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um die Forschung zu unterstützen, die Anstrengungen zu koordinieren und Synergien innerhalb der europäischen Wissenschafts- und Forschungsgemeinschaft anzustreben, damit das Potenzial der Forschung in der Union in vollem Umfang ausgeschöpft werden kann. Es wurden bereits 140 Mio. EUR für 17 Projekte, einschließlich zu Impfstoffen, mobilisiert. Wir werden auch mit unseren wichtigsten Partnern zusammenarbeiten, wie in den jüngsten Erklärungen der G7 und der G20 dargelegt.
10. Es ist dringend notwendig, wissenschaftliche Informationen auszutauschen und sowohl innerhalb der EU als auch weltweit zusammenzuarbeiten, um so schnell wie möglich einen Impfstoff zu entwickeln und ihn allen, die ihn benötigen, ohne geografische Hindernisse zur Verfügung zu stellen. Wir werden in dieser Hinsicht unsere Unterstützung für europäische Forschungsteams und Unternehmen verstärken und beschleunigen.

11. Wir begrüßen die Initiativen der Kommission, des Europäischen Innovationsrats und der EIB-Gruppe zur finanziellen Unterstützung der klinischen Reaktion und der Reaktion des Gesundheitswesens auf die COVID-19-Krankheit.

Bewältigung der sozioökonomischen Folgen

12. Wir sind uns der schwerwiegenden sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Krise vollkommen bewusst und werden alles Erforderliche tun, um diese Herausforderung im Geiste der Solidarität zu bewältigen.
13. Wir unterstützen die entschlossenen Maßnahmen, die die Europäische Zentralbank getroffen hat, um günstige Finanzierungsbedingungen in allen Ländern des Euro-Währungsgebiets sicherzustellen.
14. Wir nehmen die Fortschritte zur Kenntnis, die die Euro-Gruppe erzielt hat. In dieser Phase ersuchen wir die Euro-Gruppe, uns innerhalb von zwei Wochen Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge sollten der beispiellosen Natur des COVID-19-Schocks, der alle unsere Länder betrifft, Rechnung tragen, und unsere Reaktion wird erforderlichenfalls verstärkt; dabei werden vor dem Hintergrund der Entwicklungen weitere Maßnahmen inklusiv getroffen, damit eine umfassende Reaktion erfolgen kann.
15. Unsere Mitgliedstaaten haben umfangreiche Maßnahmen getroffen, um ihre Wirtschaft zu unterstützen und die sozialen Probleme und Beschäftigungsprobleme abzufedern. Wir werden die EU-Instrumente nutzen, um die Maßnahmen der Mitgliedstaaten im erforderlichen Maße zu unterstützen.
16. Die Mitgliedstaaten benötigen Flexibilität, um alles Notwendige zu tun. Der befristete Rahmen der Kommission für staatliche Beihilfen zur Stützung der Wirtschaft angesichts des derzeitigen Ausbruchs von COVID-19 ist ein wichtiger Schritt nach vorn. Das Gleiche gilt für die noch nie da gewesene Nutzung der allgemeinen Ausweichklausel im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

17. Mit dem Vorschlag der Kommission für eine Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise werden im Rahmen der Kohäsionspolitik 37 Milliarden EUR für Investitionen zur Bewältigung der Folgen der Krise bereitgestellt. Mit der vorgeschlagenen Änderung des EU-Solidaritätsfonds kann dieser Fonds auch für Notsituationen im öffentlichen Gesundheitswesen wie den COVID-19-Ausbruch genutzt werden. Wir sehen der raschen Annahme dieser Vorschläge erwartungsvoll entgegen. Wir begrüßen die Bereitschaft der Kommission, die Flexibilität und die Hebelwirkung bei der Nutzung der EU-Instrumente weiter zu erhöhen.
18. Wir würdigen ferner den Beitrag der EIB-Gruppe zur Mobilisierung von Ressourcen - einschließlich durch die Nutzung des EU-Haushalts - für Bankgarantien und Investitionen, die für europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, bestimmt sind. Wir ersuchen die Finanzministerinnen und -minister, unverzüglich zu sondieren, wie die Reaktion der EIB-Gruppe auf die Coronavirus-Krise insgesamt verstärkt werden kann.
19. Wir begrüßen die Leitlinien der Kommission zur Prüfung ausländischer Direktinvestitionen und rufen die Mitgliedstaaten auf, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um strategische Wirtschaftsgüter und Technologie vor ausländischen Investitionen, die legitime Ziele der öffentlichen Ordnung gefährden könnten, zu schützen. Dies wird dazu beitragen, die strategische Autonomie der EU während und nach der Krise sicherzustellen.
20. Die COVID-19-Pandemie betrifft Menschen und Gesellschaften in der ganzen Welt und wird sich langfristig auf die Weltwirtschaft und den Welthandel auswirken. Die EU bekennt sich zu internationaler Zusammenarbeit und multilateralen Lösungen, um die Pandemie und ihre Auswirkungen zu bewältigen. Sie wird ihr Möglichstes tun, um Länder und Gemeinschaften bei der Bekämpfung der COVID-19-Krise zu unterstützen. Sie wird ferner ihr Möglichstes tun, um die Tragfähigkeit der globalen integrierten Wertschöpfungs- und Lieferketten zu stärken, sie erforderlichenfalls anzupassen und die negativen sozioökonomischen Folgen der Krise abzumildern.

In Drittländern festsitzende Bürgerinnen und Bürger

21. Wir werden unsere Anstrengungen weiter intensivieren, um mit aktiver Unterstützung durch den Hohen Vertreter und die Kommission die Rückreise von Bürgerinnen und Bürgern der EU, die in Drittländern festsitzen und heimreisen wollen, sicherzustellen. Die Kommission wird ein Addendum zu den Leitlinien für das Grenzmanagement vorlegen, um die Transitregelungen für rückreisende Bürgerinnen und Bürger der EU zu erleichtern.

22. Der EAD hat eine konsularische Task Force eingerichtet. Eine enge Abstimmung mit der Kommission und mit den Mitgliedstaaten ist sichergestellt. Das von der Kommission verwaltete Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (ERCC) unterstützt die laufenden Rückholmaßnahmen im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens der Union, für das die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden sollten.

Gegenwärtig geht es vordringlich darum, die durch das Coronavirus ausgelöste Pandemie und ihre unmittelbaren Folgen zu bekämpfen. Wir sollten jedoch damit beginnen, die Maßnahmen vorzubereiten, die erforderlich sind, um zu einem normalen Funktionieren unserer Gesellschaften und Volkswirtschaften und zu nachhaltigem Wachstum zurückzukehren, unter anderem unter Einbeziehung des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft und des digitalen Wandels, und dabei die Lehren aus der Krise ziehen. Dafür bedarf es einer koordinierten Strategie für die Zeit nach der Krise, eines umfassenden Erholungsplans und beispielloser Investitionen. Wir ersuchen die Präsidentin der Kommission und den Präsidenten des Europäischen Rates, in Absprache mit anderen Organen, insbesondere mit der EZB, mit der Arbeit an einem Fahrplan, begleitet von einem Aktionsplan, zu beginnen.

Wir müssen ferner die Lehren aus der gegenwärtigen Krise ziehen und anfangen, über die Resilienz unserer Gesellschaften angesichts derartiger Ereignisse nachzudenken. In dieser Hinsicht ist es an der Zeit, ein ehrgeizigeres und breiter gefächertes Krisenmanagementsystem in der EU einzurichten. Wir ersuchen die Kommission, diesbezüglich Vorschläge zu unterbreiten.

*

Erweiterung

Wir begrüßen die Schlussfolgerungen des Rates vom 25. März 2020 zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess.

Erdbeben in Kroatien

Wir sprechen dem kroatischen Vorsitz und der kroatischen Bevölkerung unser tiefes Mitgefühl aus und stehen bereit, um sie bei der Bewältigung der Folgen des jüngsten Erdbebens zu unterstützen.

Die Lage an den Außengrenzen der EU

Wir bekunden unsere Besorgnis über die Lage an der griechisch-türkischen Grenze und unsere uneingeschränkte Solidarität mit Griechenland wie auch mit Bulgarien, Zypern und anderen Mitgliedstaaten, die in ähnlicher Weise – einschließlich der Bemühungen um das Management der Außengrenzen der EU – betroffen sind.

Amtsblatt der Europäischen Union

C 86 I



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

63. Jahrgang

16. März 2020

Inhalt

II *Mitteilungen*

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2020/C 86 I/01

Covid-19 Leitlinien für Grenzmanagementmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit und zur Sicherstellung der Verfügbarkeit von Waren und wesentlichen Dienstleistungen 1

DE

II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN
DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

COVID-19

Leitlinien für Grenzmanagementmaßnahmen zum Schutz der Gesundheit und zur Sicherstellung der Verfügbarkeit von Waren und wesentlichen Dienstleistungen

(2020/C 86 I/01)

Durch die Coronakrise ist deutlich geworden, dass wir vor der Herausforderung stehen, sowohl die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen als auch Beeinträchtigungen des freien Personenverkehrs sowie der Versorgung mit Waren und wesentlichen Dienstleistungen in ganz Europa zu vermeiden. Die Umsetzung der Unionspolitik im Bereich der Personen- und Warenkontrollen sollte sich am Grundsatz der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten orientieren.

Um Engpässe zu vermeiden und zu verhindern, dass sich die sozialen und wirtschaftlichen Probleme, mit denen alle europäischen Länder bereits zu kämpfen haben, weiter verschlimmern, ist die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Binnenmarkts ganz entscheidend. Daher sollten die Mitgliedstaaten keine Maßnahmen ergreifen, die die Integrität des Binnenmarkts für Waren, insbesondere die Integrität von Lieferketten, gefährden, und auch keine unlauteren Praktiken anwenden.

Die Mitgliedstaaten müssen ihre eigenen Staatsbürger und Einwohner stets einreisen lassen und Bürgern und Einwohnern anderer EU-Länder, die nach Hause zurückkehren, die Durchreise ermöglichen.

Bei Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Grenzmanagement ist ein koordiniertes Handeln auf EU-Ebene von entscheidender Bedeutung.

Daher enthalten diese Leitlinien Grundsätze für ein integriertes Vorgehen beim Grenzmanagement, durch das der Gesundheitsschutz und die Wahrung der Integrität des Binnenmarkts wirksam gewährleistet werden sollen.

I. Güterverkehr und Dienstleistungen

1. Verkehr und Mobilität sind wesentliche Bereiche, um wirtschaftliche Kontinuität zu gewährleisten. Ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen ist unerlässlich. Notfalltransporte sollten innerhalb des Verkehrssystems Vorrang haben (z. B. durch die Einrichtung von Sonderfahrspuren, sogenannten „green lanes“).
2. Kontrollmaßnahmen sollten weder die Kontinuität der Wirtschaftstätigkeit noch das Funktionieren der Lieferketten beeinträchtigen. Ein ungehinderter Güterverkehr ist entscheidend, um die Verfügbarkeit von Gütern, insbesondere von lebensnotwendigen Gütern wie Nahrungsmitteln (einschließlich Tieren) sowie lebenswichtiger medizinischer Ausstattung, Schutzausrüstung und Arzneimitteln, zu gewährleisten. Generell sollten solche Maßnahmen nicht zu schwerwiegenden Störungen in Lieferketten, bei der Bereitstellung wesentlicher Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie in den Volkswirtschaften und der EU-Wirtschaft insgesamt führen.
3. Beruflich bedingte Reisen zur Sicherstellung des Güterverkehrs und zur Bereitstellung von Dienstleistungen sollten ermöglicht werden. In diesem Zusammenhang ist ein entscheidender Faktor, dass sich Beschäftigte im Verkehrssektor, also unter anderem Lkw-Fahrer, Zugführer, Piloten und Flugzeugbesatzungen, sicher über Binnen- wie auch Außengrenzen hinwegbewegen können. Nur so können ein angemessener Güterverkehr und eine angemessene Bewegungsfreiheit wesentlicher Mitarbeiter gewährleistet werden.

4. Setzen Mitgliedstaaten aus Gründen der öffentlichen Gesundheit Beschränkungen des Güter- und Personenverkehrs durch, ist dies nur zulässig, wenn diese Beschränkungen
 - a. transparent sind, d. h. in öffentlichen Erklärungen/Dokumenten verankert sind;
 - b. hinreichend begründet sind, d. h. die Gründe und der Zusammenhang mit Covid-19 dargelegt werden. Die Begründungen müssen wissenschaftlich fundiert sein und sich auf die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) stützen;
 - c. verhältnismäßig sind, d. h. nicht über das unbedingt notwendige Maß hinausgehen;
 - d. relevant und verkehrsträgerspezifisch sind, d. h., dass Beschränkungen für die einzelnen Verkehrsträger gezielt auf diesen Verkehrsträger ausgerichtet sein müssen, und
 - e. nichtdiskriminierend sind.

5. Alle geplanten verkehrsbezogenen Beschränkungen sollten der Kommission und allen anderen Mitgliedstaaten – unbeschadet der besonderen Vorschriften für Notfallmaßnahmen im Luftfahrtsektor – rechtzeitig und in jedem Fall vor ihrer Einführung **mitgeteilt werden**.

II. Lieferung von Waren

6. Die Mitgliedstaaten sollten den freien Verkehr für alle Waren aufrechterhalten. Insbesondere sollten sie die Lieferkette für wesentliche Erzeugnisse wie Arzneimittel, medizinische Ausrüstung, verderbliche Grundnahrungsmittel und Tiere gewährleisten. Der Warenverkehr im Binnenmarkt – insbesondere (aber nicht nur) wichtige, gesundheitsrelevante und verderbliche Waren, vor allem Lebensmittel – sollte keinen Beschränkungen unterliegen, es sei denn, diese sind hinreichend begründet. Die Mitgliedstaaten sollten vorrangige Fahrspuren für den Gütertransport (z. B. in Form von sogenannten „green lanes“) ausweisen und die Aufhebung bestehender Wochenendfahrverbote erwägen.

7. Für Waren, die im EU-Binnenmarkt rechtmäßig im Verkehr sind, sollten keine zusätzlichen Bescheinigungen vorgeschrieben werden. Hier sei darauf verwiesen, dass es der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit zufolge keine Belege dafür gibt, dass Lebensmittel eine Quelle oder ein Übertragungsweg von Covid-19 sind. ⁽¹⁾

8. Beschäftigte im Verkehrssektor, insbesondere, aber nicht nur diejenigen, die lebensnotwendige Güter liefern, sollten bei Bedarf Grenzen passieren können, und ihre Sicherheit sollte in keiner Weise gefährdet werden.

9. Die Mitgliedstaaten sollten für eine kontinuierliche Belieferung sorgen, um den gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht zu werden und Hamsterkäufe sowie eine gefährliche Überfüllung von Geschäften zu vermeiden, was proaktives Handeln in der gesamten Lieferkette erfordert.

10. Spezifische Verkehrsknotenpunkte (z. B. Häfen, Flughäfen, Logistikzentren) sollten bei Bedarf entsprechend verstärkt werden.

III. Gesundheitsbezogene Maßnahmen

11. Für Personen, die aufgrund von Covid-19 als Risiko für die öffentliche Gesundheit eingestuft werden, müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Sie sollten Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung haben, wobei die Priorisierung der unterschiedlichen Fälle nach den Vorgaben des jeweiligen nationalen Gesundheitssystems erfolgt.

⁽¹⁾ <https://efsa.europa.eu/en/news/coronavirus-no-evidence-food-source-or-transmission-route>

12. Auf der Grundlage bewährter Verfahren der Gesundheitsbehörden der Mitgliedstaaten werden an den Außengrenzen gegebenenfalls folgende Maßnahmen empfohlen:
- Einführung von Einreisekontrollen (Erst-^(?) und Zweitkontrollen^(?)), durch die festgestellt werden soll, ob Reisende, die aus betroffenen Gebieten oder Ländern kommen, Symptome aufweisen und/oder ob sie mit Covid-19 in Kontakt gekommen sein könnten; Ausfüllen einer Aussteigerkarte an Bord von Flugzeugen, Fähren, Zügen und Bussen, die auf direktem oder indirektem Weg aus einem betroffenen Gebiet oder einem betroffenen Land kommen; Ausfüllen einer Seegesundheitserklärung für alle ankommenden Schiffe mit Angabe aller angelaufenen Häfen;
 - Bereitstellung von Informationsmaterial (Faltblätter, Banner, Plakate, elektronische Anzeigen usw.) für Reisende, die aus betroffenen Gebieten einreisen oder in diese ausreisen;
 - Einführung von Ausreisekontrollen, durch die festgestellt werden soll, ob Reisende, die in betroffene Länder ausreisen, Symptome aufweisen und/oder ob sie mit Covid-19 in Kontakt gekommen sein könnten. Reisende, bei denen festgestellt wurde, dass sie mit Covid-19 in Kontakt gekommen sind, oder die damit infiziert sind, sollten nicht ausreisen dürfen;
 - Isolation von Verdachtsfällen und im Krankheitsfall Transport in eine medizinische Einrichtung. Die Behörden auf beiden Seiten der Grenze sollten sich auf einen angemessenen Umgang mit Personen verständigen, die als Risiko für die öffentliche Gesundheit eingestuft werden. Dazu zählen z. B. weitere Tests, Isolation oder Quarantäne und Gesundheitsversorgung – entweder im Einreiseland oder aufgrund einer Vereinbarung im Ausreiseland.
13. Damit diese Kontrollen wirksam sind, gelten folgende Maßnahmen als bewährte Verfahren:
- Festlegung von Standardarbeitsanweisungen und Bereitstellung von entsprechend ausgebildetem Personal in ausreichender Zahl;
 - Bereitstellung von Schutzausrüstungen sowohl für medizinisches als auch für nicht-medizinisches Personal und
 - Bereitstellung aktueller Informationen für Beschäftigte im Gesundheitswesen und anderes einschlägiges Personal an Einreiseorten, wie Sicherheitskräfte, Beschäftigte bei Polizei, Zoll und Hafenstaatkontrollenrichtungen, Lotsen und Reinigungskräfte.

Die meisten dieser Maßnahmen sind von den Gesundheitsbehörden oder unter deren Federführung zu ergreifen. Die Grenzbehörden spielen eine wichtige unterstützende Rolle, indem sie unter anderem Fahrgäste informieren und Verdachtsfälle unverzüglich an die entsprechenden Gesundheitsdienste verweisen.

IV. Außengrenzen

14. Alle Personen – sowohl EU- als auch Nicht-EU-Bürger –, die über eine Außengrenze in den Schengen-Raum einreisen, werden an den Grenzübergangsstellen systematisch kontrolliert. Die Grenzkontrollen können auch Gesundheitskontrollen gemäß Abschnitt III umfassen.
15. Die Mitgliedstaaten können Drittstaatsangehörigen ohne Wohnsitz in dem Mitgliedstaat die Einreise verweigern, wenn sie entsprechende Symptome aufweisen oder einem besonderen Infektionsrisiko ausgesetzt waren und als Gefahr für die öffentliche Gesundheit gelten.
16. Alternativ zur Verweigerung der Einreise können Maßnahmen wie Isolation oder Quarantäne zur Anwendung kommen, wenn diese als wirksamer erachtet werden.
17. Jede Entscheidung über die Einreiseverweigerung muss verhältnismäßig und nichtdiskriminierend sein. Eine Maßnahme gilt als verhältnismäßig, wenn sie nach Konsultation der Gesundheitsbehörden ergriffen wurde und von diesen als geeignet und erforderlich angesehen wird, um das die öffentliche Gesundheit betreffende Ziel zu erreichen.

(?) Erstkontrollen umfassen eine erste Bewertung durch Personal, das nicht unbedingt medizinisch geschult sein muss. Dazu zählt die Inaugenscheinnahme von Reisenden auf Anzeichen der Infektionskrankheit, die Messung der Körpertemperatur von Reisenden und das Ausfüllen eines Fragebogens durch die Reisenden, in dem Symptome und/oder ein möglicher Kontakt mit dem Erreger abgefragt werden.

(?) Zweitkontrollen sollten nur von medizinisch geschultem Personal durchgeführt werden. Sie umfassen eine eingehende Befragung, eine gezielte medizinische Untersuchung und eine Laboruntersuchung sowie eine zweite Temperaturmessung.

V. Binnengrenzen

18. Die Mitgliedstaaten können vorübergehende Kontrollen an den Binnengrenzen einführen, wenn dies aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit gerechtfertigt ist. Es ist zulässig, dass ein Mitgliedstaat in einer äußerst kritischen Situation beschließt, als Reaktion auf das Risiko einer ansteckenden Krankheit wieder Grenzkontrollen einzuführen. Die Mitgliedstaaten müssen die Wiedereinführung von Grenzkontrollen gemäß dem Schengener Grenzkodex melden.
 19. Solche Kontrollen sollten in angemessener Weise und unter gebührender Berücksichtigung der Gesundheit der betroffenen Personen durchgeführt werden. Personen, die eindeutig krank sind, sollte die Einreise nicht verweigert werden, doch es sollten geeignete Maßnahmen gemäß Nummer 11 ergriffen werden.
 20. Die Durchführung von Gesundheitskontrollen bei allen Personen, die in das Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten einreisen, erfordert keine formelle Einführung von Kontrollen an den Binnengrenzen.
 21. Für EU-Bürgerinnen und -Bürger müssen die in der Freizügigkeitsrichtlinie vorgesehenen Garantien gewährleistet sein. Insbesondere muss die Gleichbehandlung von Staatsangehörigen des betreffenden Mitgliedstaats und EU-Bürgern mit Wohnsitz in dem Land sichergestellt werden. Ein Mitgliedstaat darf EU-Bürgern oder Drittstaatsangehörigen mit Wohnsitz in seinem Hoheitsgebiet die Einreise nicht verweigern und muss Bürgern und Einwohnern anderer EU-Länder, die nach Hause zurückkehren, die Durchreise ermöglichen. Die Mitgliedstaaten können jedoch geeignete Maßnahmen ergreifen, indem sie beispielsweise verlangen, dass Personen, die in ihr Hoheitsgebiet einreisen, sich bei ihrer Rückkehr aus einem von Covid-19 betroffenen Gebiet einer Selbstisolation oder ähnlichen Maßnahmen unterziehen, sofern diese Anforderungen auch für ihre eigenen Staatsangehörigen gelten.
 22. Werden Kontrollen an Binnengrenzen eingeführt, sollten sie so organisiert werden, dass sich keine größeren Menschenansammlungen (z. B. Warteschlangen) bilden, durch die sich das Virus weiterverbreiten könnte.
 23. Die Mitgliedstaaten sollten Grenzpendlern den Grenzübertritt gestatten und erleichtern, insbesondere, aber nicht nur denjenigen, die im Gesundheits- und Lebensmittelsektor sowie anderen wesentlichen Dienstleistungsbereichen tätig sind (z. B. Kinderbetreuung, Altenpflege, unerlässliches Personal in Versorgungsunternehmen), damit sie ihrer beruflichen Tätigkeit weiter nachgehen können.
 24. Die Mitgliedstaaten sollten sich so abstimmen, dass nur auf einer Seite der Grenze Gesundheitskontrollen vorgenommen werden, um Dopplungen und Wartezeiten zu vermeiden.
 25. Die Mitgliedstaaten, insbesondere benachbarte Mitgliedstaaten, sollten auf EU-Ebene eng zusammenarbeiten und sich abstimmen, um zu gewährleisten, dass die ergriffenen Maßnahmen wirksam und verhältnismäßig sind.
-

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)
ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE



Brussels, 23.3.2020
C(2020) 1897 final

COMMUNICATION FROM THE COMMISSION

on the implementation of the Green Lanes under the Guidelines for border management measures to protect health and ensure the availability of goods and essential services

COMMUNICATION FROM THE COMMISSION

on the implementation of the Green Lanes under the Guidelines for border management measures to protect health and ensure the availability of goods and essential services

Summary

- *The Guidelines for border management measures to protect health and ensure the availability of goods and essential services¹ adopted by the European Commission on 16 March 2020, stress the principle that all EU internal borders should stay open to freight and that the supply chains for essential products must be guaranteed. The free flow of goods, especially in times of emergency and in the interest of all, requires that Member States respect and fully implement the Guidelines at all border-crossings at internal borders. This document is designed to help Member States implement the Guidelines as regards the green lanes. It is intended to engender a cooperative process across the EU to ensure all freight, including but not limited to essential goods such as food and medical supplies, gets quickly to its destination without any delays.*
- *In order to preserve the EU-wide operation of supply chains and ensure the functioning of the Single Market for goods, wherever internal border controls exist or have been introduced Member States are requested to designate immediately all the relevant internal border-crossing points of the trans-European transport network (TEN-T) and additional ones to the extent deemed necessary, as “green lane” border crossings – for land (road and rail), sea and air transport.*
- *Going through these “green lane” border crossings, including any checks and health screening of transport workers, should not exceed 15 minutes on internal land borders. The “green lane” border crossings should be open to all freight vehicles carrying any type of goods.*
- *Member States should act immediately to temporarily suspend all types of road access restrictions in place in their territory (week-end bans, night bans, sectoral bans, etc.) for road freight transport and for the necessary free movement of transport workers.*
- *Transport workers, irrespective of their nationality and place of residence, should be allowed to cross internal borders. Restrictions such as travel restrictions and mandatory quarantine of transport workers, should be waived, without prejudice for competent authorities to take proportionate and specifically adapted measures to minimise the risk of contagion.*

¹ https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/european-agenda-migration/20200316_covid-19-guidelines-for-border-management.pdf

1. The COVID-19 outbreak is having a major disruptive impact on European transport and mobility. The European supply chain is maintained through an extensive network of freight transport services, including all modes of transport. Continued and uninterrupted land, maritime and air cargo services are of key strategic importance for the whole EU. Land-based supply chains, particularly road, which today accounts for 75% of freight transport, have been particularly severely affected by the introduction of entry bans at internal land borders, and/or restrictions on professional drivers accessing certain Member States. Waiting times on some recent days, at certain internal EU borders, went beyond 24 hours, even for medical supplies.
2. The present Communication urges Member States to implement the Guidelines for border management in full on all intra-EU freight transports², and provides specific additional guidance to Member States on how to implement paragraphs 1 to 6, 8, 10, 11, 19 and 22 of those guidelines. It invites Member States to put in place the necessary operational and organisational measures, with the understanding that these exceptional measures will be temporary for the duration of the containment of the Coronavirus.

1 – Ensuring continuous flows along the TEN-T Network

3. The **trans-European transport network**³, which consists of the most important arteries for road, rail, and inland waterways, and which integrates ports, airports and multimodal terminals, plays an essential role to ensure the circulation of goods. Ensuring the smooth flow of all goods along this network is crucial in order to ensure an efficient sanitary response to the pandemic, to reassure the population that supplies will be safeguarded, and to mitigate the impact of the virus on the economy.
4. **Member States should implement immediately the following measures to ensure unobstructed transport of goods along the entire TEN-T Network.**
5. **All freight vehicles and drivers should be treated in a non-discriminatory manner**, irrespective of the origin, destination, or country of registration of the vehicle, or of the nationality of the driver. Member States should not distinguish between vehicles carrying goods for use in their territory and those merely transiting.
6. Wherever internal border controls exist or have been introduced, Member States are invited to designate the relevant internal border-crossing points of the TEN-T⁴ as well as additional major border-crossing points to the extent necessary, as **“green lane” border crossings**.
7. Passing through these “green lane” border crossings, including any checks and screenings, **should not exceed 15 minutes**. Additional border crossings should be opened, focused exclusively on goods passage, if those on the TEN-T Network are saturated. They should be located as near as possible to the TEN-T Network border crossings.
8. **The “green lane” border crossings should be open to all freight vehicles**, incl. all heavy and light duty vehicles and where applicable trains and vessels.

² The principles relating to transport of goods in this Communication apply mutatis mutandis to shipments of waste under Regulation (EC) No 1013/2006 of the European Parliament and the Council of 14 June 2006 on shipments of waste, OJ L 190, 1.7.2006, p. 1.

³ <https://ec.europa.eu/transport/infrastructure/tentec/tentec-portal/site/en/maps.html>

⁴ See for reference in Annex 1 and online: [TEN-T Network road internal border crossings](#)

9. The Commission recognises that some Member States wish to prioritise certain types of freight in this crisis. However, given the complex nature of supply chains and the need to ensure the free circulation of all goods, **vehicles carrying any type of goods should be able to use “green lane” border crossings**. The Commission is ready to explore if needed whether further measures are necessary to prioritize particular categories of goods, building also on best practices at national level, but underlines that Member States should do their utmost to keep *all* goods moving. Emergency transport services should be given priority at all times.
10. At “green lane” border crossings, **procedures should be minimised and streamlined** to what is strictly necessary. Drivers of freight vehicles should not be asked to produce any document other than their identification and driving licence and if necessary a standard template letter from the employer (Annex 3). The electronic submission/display of documents should be deemed sufficient.
11. **Health screening can be carried out before or after the internal border**, depending on the available infrastructure, to ensure traffic remains fluid. Member States should coordinate to carry out health screening on one side of the border only to avoid overlaps and waiting times. Health screening should in principle be based on electronic body temperature measurement, unless equally speedy but more effective methods become available.
12. **Other checks on documents and cargo** – such as road-side checks – should be minimised, and not exceed normal levels, to ensure the free flow of goods and avoid additional delays.
13. **Checks and health screening** should be undertaken in a way that minimizes delay and therefore should not necessitate the drivers to leave the vehicles.
14. The **national contact points** established following the teleconference of the Transport Ministers on 18 March should work together to ensure the effective functioning of the “green lane” border crossing points. A platform to provide information on the relevant crisis transport measures taken by Member States has been set up by the Commission⁵.
15. As regards the United Kingdom, being treated as a member of the EU until the end of the transition period, as well as neighbouring non-EU countries, EEA members, Switzerland, the Western Balkans countries and economies, as well as cooperation with countries participating in the Union Civil Protection Mechanism, in particular those on the extended TEN-T network, the respective national authorities are invited to closely work with the EU contact point network. This is essential to fully align all the necessary procedures to ensure flow of all goods, both destined for these countries and in transit from one part of the EU (or of this wider group of countries) to another. The Commission will also work closely with the Permanent Secretariat of the Transport Community to facilitate the coordination and implementation of measures between the EU and the Western Balkans Six countries. Without prejudice to specific controls on goods or transport workers inherently and habitually linked to crossing external borders of the single market, the customs union or the Schengen area, respectively, Member States should apply to the greatest extent possible at such external borders the implementation guidance set out in this Communication.

⁵ https://ec.europa.eu/transport/coronavirus-response_en; contact: EU-COVID-TRANSPORT@ec.europa.eu

16. On all their territories, Member States should temporarily **suspend all types of driving restrictions** in place (week-end bans, night bans, sectoral bans, etc.) for freight transport. The suspension of these driving bans will contribute to increase the fluidity of traffic.
17. Member States should ensure the availability of adequate sanitary facilities and food supplies / catering for transport workers on the main transport routes. As accommodation facilities along routes are likely to be unavailable, and in order to limit exposure to contagion, Member States should consider urgent suspension of the ban on transport workers spending rest periods in vehicle cabins, in accordance with Article 14 of Regulation 561/2006⁶. For periods exceeding 30 days, in light of persisting problems, the Commission will consider favourably Member State requests for authorisation for extension of such exceptions.
18. The Commission urges Member States to set up safe passage **transit corridors** to allow private drivers and their passengers, such as health and transport workers, as well as all EU citizens being repatriated, regardless of their nationality, to directly pass with priority through the country in each necessary direction along the TEN-T Network, while respecting the need to stay strictly on the designated route and to take the necessary minimum rest breaks. Member States should also ensure that they have at least one airport functional for repatriation and international relief flights.

2 - Better tailored application of rules for transport workers

19. As part of the overall effort to keep essential transport flows moving, Member States should also take action to ensure the free movement within the EU of all workers involved in international transport in all transport modes, such as drivers, seafarers, pilots, crew, wagon inspectors, maintenance workers, etc.
20. In particular, **rules such as travel restrictions and mandatory quarantine of transport workers not displaying symptoms, should be waived**, without prejudice for competent authorities to take proportionate and specifically adapted measures to minimise the risk of contagion. For example, Member States should abandon requirements to oblige asymptomatic transport workers to produce for inspection a doctor's certificate to demonstrate that they are in good health. Such requests would be disproportionate and of limited value, given the possibility of asymptomatic infection after such a certificate is issued, and as access to doctors is already restricted by the COVID-19 outbreak.
21. Workers should not be prevented from crossing an internal border in order to carry out their transport functions: **internationally recognised certificates of professional competence should be considered sufficient to prove that a worker is active in international transport**. These certificates should temporarily be deemed valid for a reasonable period beyond their date of expiry during the Covid19 outbreak.
22. If necessary, for example in the absence of an internationally recognised professional certificate (e.g. van drivers) or in case the certificate expired, Member States may require a letter from the worker's employer to establish their *bona fides* together with the

⁶ Regulation (EC) No 561/2006 of the European Parliament and of the Council of 15 March 2006 on the harmonisation of certain social legislation relating to road transport and amending Council Regulations (EEC) No 3821/85 and (EC) No 2135/98 and repealing Council Regulation (EEC) No 3820/85, OJ L 102, 11.4.2006, p. 1.

appropriate identification papers in order to enable them to cross the internal border in the exercise of their profession. The Commission is assisting this process by providing a standard template letter (Annex 3).

23. Where deemed necessary by national authorities, health screening of transport workers should in principle be based on electronic body temperature measurement. Temperature checks on drivers should normally not be done more than three times within the same day. In case the worker has fever and the border authorities deem that s/he should not be allowed to continue with the journey, the transport worker should have access to appropriate health care. The Member State in question should provide appropriate facilities for the temporary storage of the vehicles, until replacement drivers arrive.
24. The Commission also recommends the use of measures to deliver enhanced hygiene in airports, ports, railway stations and other land transport hubs. Designation of priority staff should also be considered in transport hubs as well as measures to ensure disinfection, etc. Recommendations to ensure the safety of transport workers such as those referred to in Annex 2 should be followed.
25. To ensure the continuation of the flow of goods and materials, particularly fresh food and essential food products, live animals and feed, agricultural production inputs, medicines including veterinary medicines, personal protection equipment (PPE), and substances of human origin, and industrial inputs for production and maintenance of these processes, transport workers and operators of critical and essential supply chain services in all modes of transport should be considered as one of the priority groups – after strictly medical needs are addressed - in the distribution and allocation of personal protection equipment (PPE) such as disinfection products and gloves.
26. Member States should cooperate to facilitate the repatriation of transport workers whose contracts have terminated and provide them with any necessary assistance to get home.
27. All of the above principles should also apply to 3rd country nationals if they are essential to provide free movement of cargo in and to the EU.



Brussels, 23.3.2020
C(2020) 1897 final

ANNEXES 1 to 3

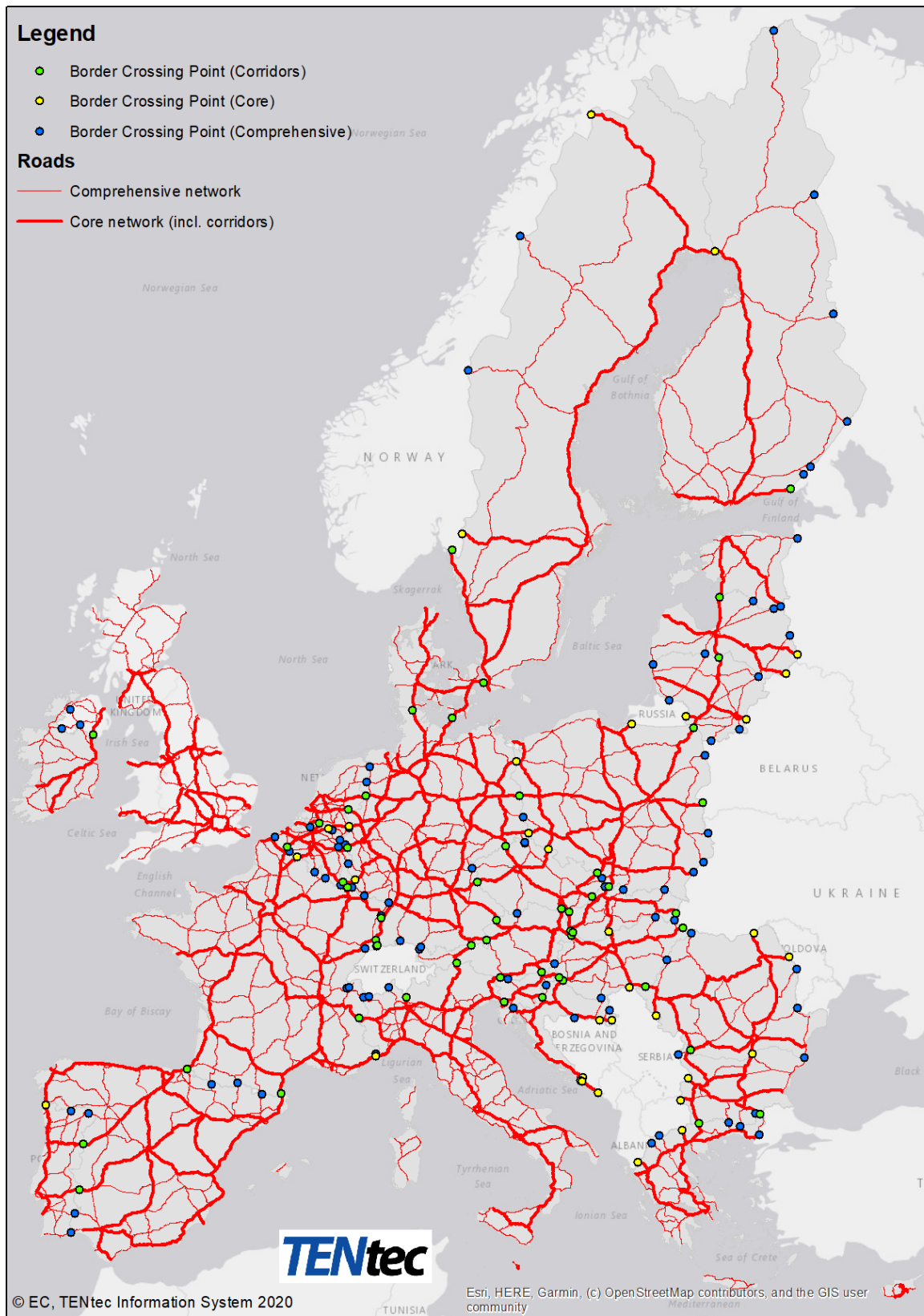
ANNEXES

to the

Communication from the Commission

on the implementation of the Green Lanes under the *Guidelines for border management measures to protect health and ensure the availability of goods and essential services*

Annex 1 TEN-T Network road border crossings*



*Legend: Green for Border Crossing Point (Corridors); Yellow for Border Crossing Point (Core); Blue for Border Crossing Point (Comprehensive); Thin red line for Comprehensive network; Thick red line for Core network (incl. corridors)

Annex 2 Recommendations for drivers and relevant transport-related undertakings and competent public authorities involved in freight transport following the COVID-19 outbreak

These recommendations are without prejudice to the need to respect specific hygiene, social distancing or other rules imposed by national authorities in their respective territories.

- Social distancing should be the rule and drivers should avoid leaving the cabin of the truck for social interactions, as far as possible.
- Employers should provide drivers with sanitising/disinfecting gel and soap.
- Employers should inform drivers of the recommendations of this Annex.
- The use of digital documents should be encouraged and employers should do the utmost to send documents in advance to companies when they know these documents may be required at loading/unloading points.
- When social interactions cannot be avoided, drivers should wear adequate relevant protective gear such as gloves.
- The cabin of truck should be disinfected between each new use (e.g. when another driver or hub staff drive the vehicle).

At loading and unloading locations:

- Drivers should remain, as far as possible, in the cabin on the truck at loading and unloading points.
- The activities of loading and unloading should be performed, as much as possible, by the local staff of the company receiving/sending the goods. When drivers are required to supervise these activities, they should stay at a minimum safe distance from other staff and wear available protective material such as gloves.
- All documents related to the transport operation should be sent electronically by the company beforehand when possible. If physical documents are exchanged at un/loading points, it is recommended that the drivers/staff use gloves, anti-bacteria hand gel or wash hands with soap and water immediately after.

Breaks and rest times:

- Drivers should practise social distancing during breaks and rest periods on the road. During those, it is recommended to avoid close contacts with other people (drivers, parkings staff etc).
- Meals should be taken, as much as possible, in open air away from other people or in the cabin of the truck. When catering is available at their stopping places, it is advised not to eat at the restaurant/cafeteria but to rather order take-away food in order to eat away from other people.

During controls and waiting lines at borders:

- As a general rule, drivers should not be required to leave the cabin of their truck for checks.

- During checks of documents, paper documents should be exchanged respecting a minimum safe distance. When drivers are required to fill-in documents, national control officers should let drivers fill them in the cabin of the truck.
- If physical documents are exchanged, or controlled, it is recommended to use an antibacterial hand gel or wash hands with water and soap when possible. It is recommended that the drivers/staff use gloves, anti-bacteria hand gel or wash hands with soap and water immediately after.

Annex 3 Template of Certificate for International Transport Workers



Certificate for International Transport Workers

It is hereby confirmed that the person:

Name and surname:

Birthdate:

Residence:

carries out activities in international transport as *

- a driver of a heavy goods vehicle (HGV)
- a bus driver
- a public transport aircraft crew
- a train driver
- a train crew
- a carriage inspector
- a ship's captain/a boatmaster
- a vessel crew member
- a road administration crew
- a driver of a vehicle of up to 9 persons carrying one of the above categories of persons, who is an employee of the same employer and transports them to or from the workplace, and empty journeys connected with such transports

** Mark with a cross*

Place, date:

For the company/office/organization *(Name and signature):*



Mr Charles Michel
 President of the European Council
 European Council
 Rue de la Loi 175
 BE – 1048 Brussels
 BELGIUM

24 March 2020

Dear President,

Message to the video conference of the Members of the European Council on 26 March 2020
Overcoming the COVID-19 crisis and focussing on the essential

Ahead of the video conference of the members of the European Council to be held in a context of an unprecedented sanitary crisis with dramatic economic and social consequences, BusinessEurope and its member federations want to assure the European Council of their determination to help overcoming the COVID-19 crisis and urge the European Council, the European Commission and the European Parliament to focus on the essential in order to avoid diverting resources away from this vital battle.

1. Overcoming the COVID-19 crisis

The European business community fully supports the measures taken so far to tackle the COVID-19 crisis and calls on the European Commission, the Council and the European Central Bank to do whatever it takes to preserve our Economic and Monetary Union, make sure that as many businesses as possible survive this crisis and can help rebuild our economy, ensure that our social systems are working and deliver our European way of life once the health crisis caused by COVID-19 is overcome.

Public health is the first priority. Our sympathies are with the families already affected. We are extremely grateful that workers and businesses are showing exceptional courage and resilience to treat the sick and maintain the production of vital goods and services we all depend upon.

This crisis is not only a major challenge for public health but will also have substantial negative impact on EU growth in 2020, with the likelihood of a large number of EU member states experiencing a massive downturn. Workers and companies, especially SMEs and mid-caps, are already suffering dramatically from the necessary restrictive measures which have been put in place.

Protecting our society will require extraordinary **responsibility, action and solidarity** from all parties:

- **Responsibility**, as businesses, workers and citizens, to ensure everything we do helps address and overcome this crisis;
- **Action**, both to maintain the essential functioning of our economy in the immediate future, and ensure that once the spread of the virus is addressed, we have maintained the business ecosystem vital to fully restoring our treasured European way of life;

- **Solidarity**, between businesses of all size, between businesses and governments and between all EU member states.

Member states have acted quickly to put in place measures to ensure liquidity to firms across the economy. However, it is clear that support will have to extend beyond this to provide grants or subsidies to help support companies with viable business models and jobs, which experience significant falls in revenue through this crisis.

The Commission has acted swiftly too and adopted a new temporary state aid framework. This was necessary to provide essential clarity to member states, and allow them to put in place measures to safeguard our business eco-system, which will be essential to swiftly returning the full functioning of our economy once the virus crisis subsides. In particular, the proposal to allow direct grants of up to €800,000 to all businesses is very welcome. But more flexibility and clarity is also required regarding the support beyond €800,000 that will be required for many of the larger companies affected. Their survival is crucial for the survival of SMEs and mid-caps working with them and for the future of the EU. We believe such a scheme can be rapidly developed in a way that continues to safeguard the level playing field in our Single market.

The ECB has acted decisively to support financial stability, including that of our common currency. We also support the steps to temporarily use the maximum flexibility built into the Stability and Growth Pact (SGP), including its temporary suspension by use of the general escape clause.

All necessary temporary monetary, fiscal and other specific steps need to be taken to protect the economic and social basis of our society in order to overcome this unprecedented crisis.

2. Focussing on the essential, maintaining the Single Market and keeping industry going

In the current emergency situation, where there is extreme pressure on markets and governments, we must maintain the cross-European supply chains and preserve the Single Market. Both are vital to delivering the goods and services we depend upon in the coming weeks. And we must not forget that trade and investment flows with the rest of the world are equally critical to maintain economic resilience and avoid supply shortages in Europe.

Maintaining industrial activity as such is critical to minimize disruptions, job losses and the need for financial aid from governments in Europe. We call for a coordinated approach on what constitutes critical infrastructure and essential goods and services. And to allow companies to re-orient their production towards essential goods or minimize job losses, we urge the Member States and the Commission to show flexibility and allow for temporary derogations from normal regulatory requirements and speed up authorisation and certification procedures.

In line with the 20 March discussions of the EU ministers responsible for internal market and industry which acknowledged the urgency of increasing and diversifying our production capacities to meet the needs of all Member States, especially regarding the protective and medical equipment, we call for a large EU industrial reconversion plan aimed at:

- activating production lines for goods and services experiencing a high increase of the demand (e.g. the entire health supply chain);
- whenever possible, reconverting specific productions and exploiting temporarily unused production capacities, to fulfil urgent needs for goods in short supply.

We very much welcome the bold action taken under the green lanes initiative and ask member States to implement it rapidly and in a coherent and coordinated way.

While authorities must do everything in their power to stop COVID-19 from spreading, transportation of goods across borders within the EU single market must not be blocked:

- harmonised solutions for crossings of borders for truck drivers must be found,
- cross-border access for critical infrastructure (including digital IT equipment and services), manufacturing and medical equipment maintenance services must be ensured,
- export bans recently introduced by member states on personal protective equipment, medical equipment and medical devices must be urgently removed,
- the mobility of workers' providing essential services has to be maintained as much as possible, and
- the waiting time at intra-EU borders should be reduced as much as possible.

Furthermore, it is critical to ensure that international trade flows are maintained. We are particularly concerned that export bans on medical supplies essential to fight this pandemic are also rising around the world creating additional supply shortages.

The crisis comes at a moment where the European institutions are working out a series of important new initiatives in a wide range of policy fields. Overcoming the COVID-19 crisis will require the mobilisation of all energies and resources in a dramatic effort. It is unavoidable that the scope and timeframe of some of the new initiatives will be substantially affected by the unprecedented challenges our societies and businesses are facing. Therefore, we urge you not to press on with these initiatives as if nothing has happened. A more comprehensive picture of the newly emerging situation and its consequences is required to determine how the new initiatives can be implemented. Avoiding additional burdens on enterprises is absolutely essential to make sure that as many businesses as possible survive and to allow our economy and society as a whole to recover more rapidly once the health crisis is overcome.

Several member states have already clearly announced that they will focus on the essential and put other important initiatives on hold. For example, in France, President Macron announced that he would suspend ongoing discussions on pending reforms such as the pension reform. In Spain, the government decided to postpone a range of on-going initiatives which were subject to public consultations.

BusinessEurope calls on the European institutions to follow a similar approach and to concentrate all efforts on essential actions to mitigate the health and economic impacts of the COVID-19 crisis, putting on hold EU initiatives that could increase costs for companies or divert resources away from the fight against COVID-19 and postpone non-essential public consultations at EU level. Stakeholders face many practical difficulties to respond for practical reasons. Furthermore, the impact of the crisis means that there will be eventually a need for additional reflection on some proposals.

Once the COVID-19 crisis will be overcome, it will be extremely important to draw the necessary lessons and significantly improve the capacity of the European Union to implement reforms that strengthen our economy and fast-track implementation of the European industrial strategy as this will determine our capacity to shoulder all the other crucial challenges facing us and be better equipped to face future shocks.

3. Improving digital capacity in the short term and for the longer-term

BusinessEurope's Reform Barometer 2020 is not meant to evaluate the impact from the current COVID crisis but it reveals a real lack of implementation of reforms. Only 13% of the country specific recommendations were fully implemented by member states, according to our members, down from around 20% in the previous editions. Furthermore, it points to a number of remaining structural weaknesses that require Europe's full attention. For example, while we have many global leaders in clean tech, we are lagging behind in the global digital race.

Improving our digital capacity is undoubtedly essential as this technology is indispensable both to continue to live, work, learn, shop and provide goods and services in present circumstances and for our future prosperity.

BusinessEurope therefore calls on the European Council to make sure that the European Union:

- bridges its digital infrastructure investment gap (estimated at around 65 billion EUR a year) to ensure broader high-quality connectivity,
- accelerates the next phase of digitising European industry by ensuring the full digitisation of the businesses, especially the manufacturing sector,
- implements a strong coordinated EU strategy against cyberespionage, cyber-attacks, malware and phishing,
- provides more detailed guidance on how to apply our data protection framework to health data, location data and data processing on the basis of public interest grounds to improve legal certainty for companies using technologies in their battle against COVID-19.
- proposes a new European e-health plan.

We look forward to working with you and all the members of the European Council to overcome the COVID-19 crisis and focus on the essential to ensure that Europe bounces as rapidly as possible out of the COVID-19 crisis and can return to addressing all the other vital challenges facing our European Union.

Yours Sincerely,


Pierre Gattaz
President


Markus J. Beyrer
Director General

enclosures:

- *BusinessEurope statement on measures to tackle COVID 19*
- *BusinessEurope Reform Barometer 2020*



Brussels, 24 March 2020

To the Video Conference of the Members of the European Council

Statement of the European Social Partners ETUC, BusinessEurope, CEEP, SMEUnited on the COVID-19 emergency

The European employer and trade union organisations' sympathies are with the families of those who have already lost loved ones to COVID-19, and our gratitude is to the workers and enterprises who are already showing exceptional courage and resilience, both to treat the sick, and to maintain the vital goods and services upon which we all depend. We are closely following the developments of the dramatic emergency of the COVID-19 epidemic across Europe and are at the forefront, particularly within member states, of the design and implementation of the extraordinary measures to help enterprises and workers in facing this emergency.

The European social partners support the set of measures announced by the European Commission and the European Central Bank over the last days, and are in close contact with the Commission to help ensuring a swift and effective implementation, which shall come on top, and in support of, the national measures that have been, and are going to be discussed between national social partners and national governments.

The European social partners urge the European Council of Heads of State and Government to approve all the measures proposed by the European Commission so far, without any delay, nor with changes that could weaken their impact.

The social partners urge the governments to approve in particular measures envisaging:

- the temporary full use of the built-in flexibility in the Stability and Growth Pact targets, including its temporary suspension by using the general escape clause;
- avoiding single market distortions, including bans and export restrictions and especially for export of medical equipment and medicines, and stopping closing borders for goods; safeguarding all freight transport modes is a priority within the EU, also having an essential role to coordinate and inform regarding actions taken in Member States;

- encouraging Member States' spending and investment particularly to reinforce staff, equipment and means for national health services, social protection systems and other services of general interest;
- mobilising unused structural funds and any other available EU funding to support Member States in ensuring financial and income support for workers affected by unemployment or suspension from work, including non-standard workers and self-employed;
- ensuring credit access and financial support for enterprises, especially all types of SMEs, affected by lockdown and emergency measures, with a coordinated intervention from the EU budget, the ECB, the EIB, and national promotional banks;
- activating the solidarity fund for natural disasters and any other available funding at EU level;
- the efforts by the European Commission to deploy full flexibility within State Aid rules should also be acknowledged.

Member States should involve national Social Partners in the designing and implementation of national measures.

All efforts need to be undertaken to help workers, enterprises, economic activities and public services to survive the crisis, so they will be able to come back to their activities when the crisis ends, to keep workers in their jobs meanwhile, to protect from unemployment and loss of income, and to alleviate financial losses.

The Commission and Member States must ensure that financial support reaches enterprises, especially all types of SMEs, and all workers, including the self-employed and those with precarious jobs who are most vulnerable.

The Commission's plan to apply flexibility regarding the application of its fiscal and State Aid rules is essential to supporting public services, which are stretched to the limit, as well as companies and workers hit by the crisis.

EU funding invested in protecting workers and enterprises from the worst effects of the crisis should be additional to member states' spending.

Europe must show responsibility, solidarity and efficiency in facing this emergency, by protecting all its affected citizens, workers and enterprises.



ETUC
Luca Visentini
General Secretary



BUSINESSEUROPE
Markus J. Beyrer
Director General



CEEP
Valeria Ronzitti
General Secretary



SMEunited
Véronique Willems
General Secretary



Brüssel, den 13.3.2020
COM(2020) 113 final

2020/0043 (COD)

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1301/2013 und (EU) Nr. 508/2014 im Hinblick auf spezifische Maßnahmen zur Mobilisierung von Investitionen in die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten und in andere Sektoren von deren Volkswirtschaften zur Bewältigung des COVID-19-Ausbruchs

[Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise]

BEGRÜNDUNG

1. KONTEXT DES VORSCHLAGS

Die Coronavirus-Krise (COVID-19-Ausbruch) hat die Mitgliedstaaten auf unvermittelte und dramatische Art und Weise getroffen und kann erhebliche Auswirkungen auf ihre Gesellschaften und Volkswirtschaften haben. Sie hemmt das Wachstum in den Mitgliedstaaten, da die Wirtschaftstätigkeit abrupt zurückgeht. Liquiditätsengpässe können die Lage weiter verschärfen, wenn Unternehmen Schwierigkeiten haben, ihre Lieferanten und Mitarbeiter zu bezahlen. Gleichzeitig werden zusätzliche öffentliche Mittel für die Gesundheitsversorgungssysteme und andere unmittelbar mit dem Ausbruch der Krankheit verbundene Tätigkeiten benötigt.

Dies hat zu einer außergewöhnlichen Situation geführt, der mit spezifischen Maßnahmen zur Unterstützung und zum Schutz der Volkswirtschaften, Unternehmen und Arbeitskräfte der Mitgliedstaaten zu begegnen ist. Es bedarf umfangreicher und rascher Maßnahmen für die Gesundheitsversorgungssysteme, damit diese unter erheblichem Druck funktionieren können, sowie für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die häufig geringere Gewinnspannen haben, damit die negativen Folgen für die Arbeitsmärkte und für andere gefährdete Teile ihrer Volkswirtschaft abgeschwächt werden können. Die Krise betrifft die gesamte Europäische Union und erfordert, dass alle verfügbaren Ressourcen auf Ebene der Union und der Mitgliedstaaten mobilisiert werden, um die beispiellosen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch bewältigen zu können.

Die Kommission schlägt daher zur unmittelbaren Bekämpfung der Krise eine „Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronakrise“ vor, die darauf abzielt, Investitionen durch die Bereitstellung verfügbarer Liquiditätsreserven im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds zu fördern. Die Investitionen werden umfangreich sein und sich rasch auf mehr als 37 Mrd. EUR belaufen. Um dies zu erreichen, schlägt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat vor, etwa 8 Mrd. EUR an Liquidität bereitzustellen.

Damit diese 37 Mrd. EUR an europäischen öffentlichen Investitionen schnell und zielgerichtet für die Bewältigung der Folgen der Coronavirus-Krise eingesetzt werden können, schlägt die Kommission vor, in diesem Jahr davon abzusehen, nicht in Anspruch genommene Mittel für Vorschusszahlungen im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF), des Kohäsionsfonds sowie des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) bis zum Programmabschluss zurückzufordern.

Die Mitgliedstaaten verwenden die 2020 nicht wiedereinzuziehenden Beträge zur Ankurbelung von Investitionen im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch im Rahmen des EFRE, des ESF, des Kohäsionsfonds sowie des EMFF. Angesichts der durchschnittlichen Kofinanzierungssätze in den Mitgliedstaaten werden die 8 Mrd. EUR an Liquidität die Freigabe und Nutzung von Strukturmitteln in der gesamten Union in Höhe von rund 29 Mrd. EUR ermöglichen.

Es wird vorgeschlagen, dass der EFRE die Finanzierung von Betriebskapital für KMU erforderlichenfalls als vorübergehende Maßnahme zur wirksamen Reaktion auf eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit fördern kann. Auch von den Fonds finanzierte Finanzinstrumente sollten erforderlichenfalls als vorübergehende Maßnahme KMU durch

Betriebskapital unterstützen können. Die EFRE-Investitionspriorität zur Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation wird angepasst, damit Investitionen in Produkte und Dienstleistungen eingeschlossen sind, die zur Stärkung der Krisenreaktionskapazitäten im öffentlichen Gesundheitswesen erforderlich sind. Ausgaben für Vorhaben zur Stärkung der Krisenreaktionskapazitäten sollten ab dem 1. Februar 2020 förderfähig sein.

Sollten hierzu Änderungen der Programme erforderlich sein, werden im Vorschlag nicht substantielle Änderungen aufgezeigt, die nicht erst durch einen Beschluss der Kommission genehmigt werden müssen. Aus dem Vorschlag geht zudem klar hervor, dass Ausgaben für die Stärkung der Krisenreaktionskapazitäten in jedem Fall ab dem 1. Februar 2020 förderfähig sind. Die Möglichkeiten, Ausgabenerklärungen durch die Nutzung neuer, 2018 eingeführter Unterstützungsarten gemäß Artikel 67 der Dachverordnung, z. B. vereinfachte Kostenoptionen, schneller zu erstellen, sollten im größtmöglichen Umfang genutzt werden.

Damit sichergestellt ist, dass die Mittel so bald wie möglich fließen können, wurde eine Taskforce zur Unterstützung der Mitgliedstaaten eingerichtet, die auch die Arbeit mit ihnen koordinieren und deren genauen Bedarf ermitteln soll.

2. RECHTSGRUNDLAGE, SUBSIDIARITÄT UND VERHÄLTNISMÄßIGKEIT

Folgendes wird vorgeschlagen:

Die Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 (EFRE-Verordnung) wird wie folgt geändert:

- (1) In Artikel 3 Absatz 1 wird ein Unterabsatz angefügt, der darlegt, dass der EFRE die Finanzierung von Betriebskapital für KMU erforderlichenfalls als vorübergehende Maßnahme zur wirksamen Reaktion auf eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit unterstützen kann.
- (2) Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b derselben Verordnung wird dahin gehend geändert, dass die EFRE-Investitionspriorität zur Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation Investitionen in Produkte und Dienstleistungen umfassen kann, die zur Stärkung der Krisenreaktionskapazitäten im öffentlichen Gesundheitswesen erforderlich sind.

Die Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 (Dachverordnung) wird wie folgt geändert:

- (3) In Artikel 30 über die Änderung der Programme wird ein neuer Absatz 5 angefügt, in dem bestimmte Änderungen dargelegt sind, die nicht durch einen Beschluss der Kommission genehmigt werden müssen. Artikel 96 Absatz 10 wird geändert, um diesem Umstand Rechnung zu tragen.
- (4) In Artikel 37 Absatz 4 über Finanzinstrumente wird angefügt, dass Finanzinstrumente erforderlichenfalls als vorübergehende Maßnahme Unterstützung in Form von Betriebskapital für KMU zur wirksamen Reaktion auf eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit leisten können.
- (5) In Artikel 65 Absatz 10 wird ein Unterabsatz angefügt, um zu verdeutlichen, dass Ausgaben für Vorhaben zur Stärkung der Krisenreaktionskapazitäten ab dem 1. Februar 2020 förderfähig sind.
- (6) In Artikel 139 Absatz 7 wird ein zusätzlicher Unterabsatz angefügt, um für die operationellen Programme der Kohäsionspolitik 2014-2020 im Rahmen des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und die aus dem EMFF finanzierten

Programme die Nichtwiedereinziehung der normalerweise im Jahr 2020 fälligen Beträge vorzusehen.

Die Verordnung (EU) Nr. 508/2014 (EMFF-Verordnung) wird wie folgt geändert:

- (7) Artikel 35 wird dahin gehend geändert, dass für den EMFF die Möglichkeit geschaffen wird, zu Fonds auf Gegenseitigkeit beizutragen, die Fischern eine Entschädigung für wirtschaftliche Verluste durch eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit zahlen.
- (8) Artikel 57 wird dahin gehend geändert, dass der EMFF die Möglichkeit erhält, die Erzeugereinkommen in der Aquakultur durch Beiträge für Aquakulturbestandsversicherungen zu sichern, die wirtschaftliche Verluste aufgrund einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit decken.

3. ERGEBNISSE DER EX-POST-BEWERTUNG, DER KONSULTATION DER INTERESSENTRÄGER UND DER FOLGENABSCHÄTZUNG

Es wurden keine externen Interessenträger konsultiert.

4. AUSWIRKUNGEN AUF DEN HAUSHALT

Die vorgeschlagene Änderung zieht keinerlei Änderungen an den jährlichen Obergrenzen des mehrjährigen Finanzrahmens für Mittel für Verpflichtungen und Mittel für Zahlungen gemäß Anlage I der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1311/2013 nach sich. Die jährliche Aufteilung der Mittel für Verpflichtungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds bleibt unberührt.

Der Vorschlag wird eine beschleunigte Programmdurchführung erleichtern, was zu einer vorgezogenen Bereitstellung von Mitteln für Zahlungen führen wird.

Die Kommission wird die Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderung auf die Mittel für Zahlungen im Jahr 2020 eingehend beobachten und dabei sowohl die Ausführung des Haushaltsplans als auch die überarbeiteten Vorausschätzungen der Mitgliedstaaten berücksichtigen.

Die im Jahr 2020 nicht wiedereingezogenen Beträge werden bei Abschluss des Programms abgerechnet.

Vorschlag für eine

VERORDNUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1301/2013 und (EU) Nr. 508/2014 im Hinblick auf spezifische Maßnahmen zur Mobilisierung von Investitionen in die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten und in andere Sektoren von deren Volkswirtschaften zur Bewältigung des COVID-19-Ausbruchs

[Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise]

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 43 Absatz 2 sowie die Artikel 177 und 178,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses¹,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen²,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Mitgliedstaaten sind von den Folgen der durch den COVID-19-Ausbruch entstandenen Krise auf beispiellose Weise betroffen. Die Krise behindert das Wachstum in den Mitgliedstaaten, was wiederum die gravierenden Liquiditätsengpässe verschärft, die auf den plötzlichen und erheblichen Anstieg des Bedarfs an öffentlichen Investitionen in die Gesundheitssysteme der Mitgliedstaaten und andere Sektoren von deren Volkswirtschaften zurückzuführen sind. Dadurch ist eine Ausnahmesituation entstanden, die spezifische Maßnahmen erfordert.
- (2) Es ist von entscheidender Bedeutung, dass der Mangel an Liquidität und öffentlichen Mitteln in den Mitgliedstaaten Investitionen im Rahmen von Programmen, die durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (im Folgenden „EFRE“), den Europäischen Sozialfonds (im Folgenden „ESF“) und den Kohäsionsfonds (im Folgenden „KF“) (im Folgenden zusammengefasst die „Fonds“) sowie den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (im Folgenden „EMFF“) unterstützt werden und die zur Bekämpfung des COVID-19-Ausbruchs erforderlich sind, nicht behindert.
- (3) In Reaktion auf die Auswirkungen der Krise sollte der EFRE erforderlichenfalls als vorübergehende Maßnahme die Finanzierung von Betriebskapital in KMU unterstützen, um wirksam auf eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit reagieren zu können.

¹ ABl. C vom , , S. .

² ABl. C vom , , S. .

- (4) In Reaktion auf die Auswirkungen der Krise sollte die EFRE-Investitionspriorität zur Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation Investitionen in Produkte und Dienstleistungen umfassen, die zur Stärkung der Krisenreaktionskapazitäten im öffentlichen Gesundheitswesen erforderlich sind.
- (5) Um mehr Flexibilität bei der Bekämpfung des COVID-19-Ausbruchs zu bieten, sollte den Mitgliedstaaten bei der Programmdurchführung mehr Flexibilität eingeräumt werden, und für Änderungen der operationellen Programme sollte ein vereinfachtes Verfahren vorgesehen werden, das keinen Beschluss der Kommission erfordert. Welche Informationen der Kommission über solche Änderungen zu übermitteln sind, sollte festgelegt werden.
- (6) In Reaktion auf die Auswirkungen der Krise sollten von den Fonds finanzierte Finanzinstrumente erforderlichenfalls als vorübergehende Maßnahme auch Unterstützung in Form von Betriebskapital für KMU leisten, um wirksam auf eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit reagieren zu können.
- (7) Als unmittelbare Reaktion auf die Auswirkungen der Krise sollten Ausgaben für Vorhaben zur Stärkung der Krisenreaktionskapazitäten ab dem 1. Februar 2020 förderfähig sein.
- (8) Damit sichergestellt wird, dass die Mitgliedstaaten über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um die erforderlichen Investitionen unverzüglich tätigen zu können, sollte die Kommission für die im Jahr 2020 jeweils vorgelegte jährliche Rechnungslegung keine Einziehungsanordnungen über von den Mitgliedstaaten wiedereinzuziehende Beträge ausstellen. Die Mitgliedstaaten sollten die nicht wiedereingezogenen Beträge zur Beschleunigung von Investitionen im Zusammenhang mit der Krise infolge des COVID-19-Ausbruchs verwenden, die gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013³ und den fondsspezifischen Vorschriften förderfähig sind.
- (9) In Reaktion auf die Auswirkungen der Krise sollten Fonds auf Gegenseitigkeit und Bestandsversicherungen aus dem EMFF unterstützt werden, damit das Einkommen von Fischern und Aquakulturbetreibern, die von einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit betroffen sind, gesichert wird.
- (10) Die 2020 nicht wiedereingezogenen Beträge sollten beim Abschluss der Programme abgerechnet werden oder Gegenstand von Einziehungsanordnungen sein.
- (11) Angesichts der Dringlichkeit der erforderlichen Unterstützung sollte diese Verordnung so schnell wie möglich in Kraft treten.
- (12) Die Verordnungen (EU) Nr. 1301/2013⁴, (EU) Nr. 1303/2013 und (EU) Nr. 508/2014⁵ sollten daher entsprechend geändert werden —

³ Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 320).

⁴ Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 289).

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Änderungen der Verordnung (EU) Nr. 1301/2013

Die Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 wird wie folgt geändert:

- (1) In Artikel 3 Absatz 1 wird folgender Unterabsatz hinzugefügt:

„Darüber hinaus kann aus dem EFRE erforderlichenfalls als vorübergehende Maßnahme die Finanzierung von Betriebskapital für KMU unterstützt werden, um wirksam auf eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit reagieren zu können.“

- (2) Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe b erhält folgende Fassung:

„b) Förderung von Investitionen der Unternehmen in F&I, Aufbau von Verbindungen und Synergien zwischen Unternehmen, Forschungs- und Entwicklungszentren und dem Hochschulsektor, insbesondere Förderung von Investitionen in Produkt- und Dienstleistungsentwicklung, Technologietransfer, soziale Innovation, Öko-Innovationen, öffentliche Dienstleistungsanwendungen, Nachfragestimulierung, Vernetzung, Cluster und offene Innovation durch intelligente Spezialisierung, sowie Unterstützung von technologischer und angewandter Forschung, Pilotlinien, Maßnahmen zur frühzeitigen Produktvalidierung, fortschrittlichen Fertigungskapazitäten und Erstproduktion, insbesondere in Schlüsseltechnologien sowie der Verbreitung von Allzwecktechnologien; ferner Förderung von Investitionen, die zur Stärkung der Krisenreaktionskapazitäten im öffentlichen Gesundheitswesen erforderlich sind;“

Artikel 2

Änderungen der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013

Die Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 wird wie folgt geändert:

- (1) Dem Artikel 30 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 kann der Mitgliedstaat für aus dem EFRE, dem Kohäsionsfonds und dem ESF unterstützte Programme während des Programmplanungszeitraums bis zu 8 % der ab dem 1. Februar 2020 für eine Priorität zugewiesenen Mittel, höchstens jedoch 4 % des Programmbudgets, auf eine andere Priorität desselben Fonds desselben Programms übertragen.

Solche Übertragungen wirken sich nicht auf die Vorjahre aus. Sie gelten als nicht substanziell und erfordern keinen Kommissionsbeschluss zur Änderung des Programms. Sie müssen jedoch allen regulatorischen Anforderungen entsprechen und im Voraus vom Begleitausschuss genehmigt werden. Der Mitgliedstaat übermittelt der Kommission die überarbeiteten Finanztabellen.“

⁵ Verordnung (EU) Nr. 508/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2328/2003, (EG) Nr. 861/2006, (EG) Nr. 1198/2006 und (EG) Nr. 791/2007 des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 1255/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates.

- (2) In Artikel 37 Absatz 4 wird folgender Unterabsatz angefügt:
„Finanzinstrumente können erforderlichenfalls als vorübergehende Maßnahme auch Unterstützung in Form von Betriebskapital für KMU leisten, um wirksam auf eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit reagieren zu können.“
- (3) In Artikel 65 Absatz 10 wird folgender Unterabsatz angefügt:
„Abweichend von Absatz 9 sind Ausgaben für Vorhaben zur Stärkung der Krisenreaktionskapazitäten im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch ab dem 1. Februar 2020 förderfähig.“
- (4) Artikel 96 Absatz 10 erhält folgende Fassung:
„(10) Unbeschadet des Artikels 30 Absatz 5 erlässt die Kommission mit Durchführungsrechtsakten einen Beschluss zur Genehmigung aller unter diesen Artikel fallenden Elemente – einschließlich aller künftigen Änderungen derselben – des operationellen Programms, mit Ausnahme derjenigen Elemente, die unter Absatz 2 Unterabsatz 1 Buchstabe b Ziffer vi, Buchstabe c Ziffer v und Buchstabe e, Absätze 4 und 5, Absatz 6 Buchstaben a und c sowie Absatz 7 fallen, für die nach wie vor die Mitgliedstaaten zuständig sind.“
- (5) In Artikel 139 Absatz 7 werden folgende Unterabsätze angefügt:
„Abweichend von Unterabsatz 1 erteilt die Kommission keine Einziehungsanordnung für Beträge, die von dem Mitgliedstaat für die im Jahr 2020 vorgelegte Rechnungslegung wieder einzuziehen sind. Nicht wiedereingezogene Beträge werden zur Beschleunigung von Investitionen im Zusammenhang mit dem COVID-19-Ausbruch verwendet, die im Rahmen dieser Verordnung und der fondsspezifischen Vorschriften förderfähig sind.
Die nicht wiedereingezogenen Beträge werden beim Abschluss abgerechnet oder wieder eingezogen.“

Artikel 3

Änderungen der Verordnung (EU) Nr. 508/2014

Die Verordnung (EU) Nr. 508/2014 wird wie folgt geändert:

- (1) In Artikel 35 erhalten die Absätze 1, 5, 6 und 8 folgende Fassung:
„(1) Aus dem EMFF können Fonds auf Gegenseitigkeit gefördert werden, die Fischern eine Entschädigung zahlen für wirtschaftliche Verluste durch eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit, durch widrige Witterungsverhältnisse oder durch Umweltvorfälle oder für die Kosten für die Rettung von Fischern oder Fischereifahrzeugen im Falle eines Unfalls auf See während ihrer Fischereitätigkeiten.“
...
„(5) Die Mitgliedstaaten legen die Regeln für die Errichtung und Verwaltung der Fonds auf Gegenseitigkeit fest, insbesondere für die Gewährung der Entschädigungszahlungen, die Bedingungen für eine solche Entschädigung der Fischer im Falle einer Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit, von widrigen Witterungsverhältnissen, Umweltvorfällen oder eines Unfalls auf See gemäß Absatz 1, sowie für die Verwaltung und für die Überwachung der Einhaltung dieser Regeln. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Fondsregelungen bei Fahrlässigkeit seitens des Fischers Sanktionen vorsehen.“

„(6) Als Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, widrige Witterungsverhältnisse, Umweltvorfälle oder Unfälle auf See nach Absatz 1 kommen nur solche in Frage, die von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats offiziell als solche anerkannt werden.“

...

„(8) Die Finanzbeiträge gemäß Absatz 1 werden nur zur Deckung von Verlusten durch Krisen im Bereich der öffentlichen Gesundheit, widrige Witterungsverhältnisse, Umweltvorfälle oder Unfälle auf See gewährt, die mehr als 30 % des durchschnittlichen Jahresumsatzes des betreffenden Betriebs ausmachen, wobei sich die Berechnung auf den durchschnittlichen Umsatz dieses Betriebs in den vorangehenden drei Kalenderjahren stützt.“

(2) In Artikel 57 Absatz 1 wird der folgende Buchstabe e angefügt:

„e) eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit.“

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am [...]

Im Namen des Europäischen Parlaments
Der Präsident

Im Namen des Rates
Der Präsident



Brussels, 13.3.2020
COM(2020) 114 final

2020/0044 (COD)

Proposal for a

REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL

amending Council Regulation (EC) No 2012/2002 in order to provide financial assistance to Member States and countries negotiating their accession to the Union seriously affected by a major public health emergency

EXPLANATORY MEMORANDUM

1. CONTEXT OF THE PROPOSAL

• **Reasons for and objectives of the proposal**

Since the first cases of COVID-19 contagion, the EU has been working tirelessly to support the Member States and their citizens in addressing the crisis.

The ARGUS crisis coordination mechanism of the Commission has been activated and the Crisis Coordination Committee meets regularly to synergise the action of all the relevant departments and services of the Commission and of the EU agencies. The Commission has also established a coordinating response team at political level, composed of the five commissioners responsible for the most affected policies.

Following the EU leaders' videoconference on the response to the COVID-19 outbreak on 10 March 2020, the Commission will further step up its response to the Coronavirus, or COVID-19 outbreak, on all fronts and coordinate Member State actions. The crisis we face because of Coronavirus has both a very significant human dimension, and a potentially major economic impact. It is therefore essential that the EU and its Member States act decisively and collectively, to contain the spread of the virus and help patients, and to counter the economic fallout.

As part of this joint coordinated response, the EU Solidarity Fund (EUSF) can play an important role in showing EU solidarity to Member States in dealing with the emergency situation.

Responding appropriately at EU level to major public health emergencies such as COVID-19 with the existing instrument is currently impossible.

The objective of the present Regulation is therefore to extend the scope of the EUSF to include major public health emergencies and to define specific operations eligible for financing.

The EUSF was created in 2002 to support EU Member States and accession countries in situations of major disasters caused by natural events such as floods, storms, earthquakes, volcanic eruptions, forest fires or drought. The Fund can be mobilised upon an application from the concerned country if the disaster event has a dimension justifying intervention at European level. Its functioning is a tangible expression of a genuine EU solidarity, whereby Member States agree to support each other by making additional financial resources available through the EU budget. The current EUSF is however strictly limited to natural disasters causing physical damage such as floods, storms, earthquakes and similar. It may award financial assistance to eligible States totalling up to EUR 500 million in 2011 prices per year.

• **Consistency with existing policy provisions in the policy area**

The present proposal aims at modifying Council Regulation (EC) No 2012/2002 of 11 November 2002 establishing the European Union Solidarity Fund (hereafter: "Regulation (EC) No 2012/2002") in order to extend its scope to cover major public health emergencies.

The main features and differences of substance are the following:

The geographical scope remains unchanged: it is limited to Member States of and countries negotiating their accession to the EU. The thematic scope, however, is enlarged to cover major crisis situations resulting from public health threats.

Advance payments were introduced with the revision of the EUSF Regulation in 2014 and became effective from 2015. The main justification for their introduction was that the

procedure necessary to mobilise the EUSF and pay out the full assistance is too lengthy (typically up to one year) and that the serious crisis situation demanded a quicker response. It was also considered that the long delays in providing assistance were bad for the image of the EU.

The level of advances was set at 10% of the expected EUSF contribution, limited to a maximum of EUR 30 million. It turned out that this level was not satisfactory. In case of smaller disasters where the EUSF contribution amounts to a few million euros, the advance is not much more than some hundred thousand euros which hardly make a difference. In the event of very big disasters such as the Abruzzo earthquake with EUR 22 billion in damage and an EUSF contribution of EUR 1.2 billion, an advance of no more than EUR 30 million is totally inadequate. In both scenarios the advance payment is disproportionate to its effects on the ground. The recent ex-post evaluation of the EUSF (2002-2017) confirms this analysis.

The Commission therefore proposes to raise the level of advance payments for individual disasters of all categories to 25% of the expected EUSF contribution, limited to a maximum of EUR 100 million.

The Commission also proposes to increase the total level of appropriations for EUSF advances in the annual budget from EUR 50 million to EUR 100 million.

Mobilisation of the Fund, as under the current procedure, would be possible only upon request of an eligible State. Following the Commission's assessment and proposal to the budget authority of an amount of financial assistance to be awarded, the latter adopts a corresponding supplementary budget. The Commission will then adopt an implementing decision, leading to the payment for the EUSF contribution.

Eligible operations remain limited to public emergency operations. They are extended to include assistance to the population in case of health crises, including medical, and measures to contain the further spreading of an infectious disease.

- **Consistency with other Union policies**

The proposal is part of the measures in response to the current COVID-19 pandemic. It builds on an existing policy instrument. By enlarging the scope of the current EUSF, it closes a gap in current legislation and allows for comprehensive Union action in response to major public health emergencies. Consistency with other Union policies, in particular with cohesion policy, is ensured by a number of legislative provisions which, among others, exclude double financing and require respect for public procurement rules and the principle of sound financial management.

2. LEGAL BASIS, SUBSIDIARITY AND PROPORTIONALITY

- **Legal basis**

As this is a modification of the existing Regulation, it follows the provisions that are the legal basis for Regulation (EC) No 2012/2002, i.e. Article 175 of the Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU) and Article 212 TFEU as regards countries currently negotiating their accession to the EU.

- **Subsidiarity (for non-exclusive competence)**

The proposal aims to extend the scope of the EUSF in order to show European solidarity with the Member States by providing assistance from the Fund to assist the population affected, contribute to a rapid return to normal living conditions in the affected regions and to contain the spreading of infectious diseases.

The EUSF is based on the subsidiarity principle. This means that the EU should intervene only in cases where a Member State is deemed no longer to be able to cope with a crisis alone and requires assistance. The legislator considered that, for natural disasters, such a situation is present when the total direct damage exceeds a certain threshold. Economic follow-on damage is not included as it is considered too complex to determine in a quick, reliable and comparable way. The threshold for natural disasters was therefore set at direct damage exceeding 0.6% of gross national income (GNI) or EUR 3 billion (in 2011 prices), whereby the lower amount applies. This double criterion was chosen because a single fixed amount would not reflect the big differences in economic strength (and therefore budgetary response capacities) of the Member States and lead to great injustices and unequal treatment of Member States. A single percentage rate would lead to either extremely low amounts for the smaller Member States or unattainably high thresholds for the biggest economies.

In the case of major health emergencies, it is hardly possible to estimate the direct damage. The same approach as for natural disasters is therefore not possible. Instead, the Commission proposes to take the financial burden on Member States' budgets in order to face the additional needs. This corresponds largely to the public share of direct damage eligible for funding (such as the cost of recovery of public infrastructure, assistance to the population, rescue services etc.) in the case of natural disasters. This eligible public share of total damage varies greatly depending on the disaster and the country affected. On average, it is around 50% of total damage.

The Commission is therefore proposing to maintain the principles on which access to the EUSF is based. Accordingly, the lower of 0.3% of GNI or EUR 1.5 billion in 2011 prices, i.e. half of that applicable to natural disasters, are defined as the minimum level of public expenditure related to the public financial burden inflicted on the eligible State for emergency response measures.

- **Proportionality principle**

The proposal respects the proportionality principle. It does not go beyond what is necessary to achieve the objectives already laid down in the current instrument.

- **Choice of instruments**

It is proposed to modify the existing Regulation (EC) No 2012/2002 to use the established procedures and practices to prepare and assess the applications for assistance and to implement and report the aid.

3. RESULTS OF EX-POST EVALUATIONS, STAKEHOLDER CONSULTATIONS AND IMPACT ASSESSMENTS

- **Ex-post evaluations/fitness checks of existing legislation**

The Ex Post Evaluation 2002-2017 concluded that the Fund is a valuable instrument in the EU toolkit for interventions in disaster situations, bringing EU added value to the post-disaster response in Member States and accession countries. The evaluation also called for further consideration to be given to policy actions that increase the potential for the Fund to intervene.

- **Stakeholder consultations**

Due to the urgency to prepare the proposal so that it can be adopted on time by the co-legislators, a stakeholder consultation could not be carried out.

- **Impact assessment**

Due to the urgent nature of the proposal, no impact assessment was carried out.

4. BUDGETARY IMPLICATIONS

The proposal remains consistent with the existing Solidarity Fund by providing financial assistance for immediate assistance after a request from a Member State or candidate country.

The Commission therefore proposes to raise the level of advance payments for individual disasters of all categories to 25% of the expected EUSF contribution, limited to a maximum of EUR 100 million.

The Commission also proposes to increase the total level of appropriations for EUSF advances in the annual budget from EUR 50 million to EUR 100 million. In order to ensure the timely availability of resources where necessary, the Commission will propose to enter additional appropriations for a maximum of EUR 50 million in the budget for 2020.

The financial envelope foreseen for the Fund also follows the existing Solidarity Fund, with an annual amount of EUR 500 million (2011 prices). In each case, the amount of assistance considered necessary is mobilised through an amending budget. As at present, on 1 October each year, at least one-quarter of this annual amount will remain available in order to cover needs which could arise until the end of the year.

5. OTHER ELEMENTS

- **Implementation plans and monitoring, evaluation and reporting arrangements**

Maximum transparency and proper monitoring of the use of the EU financial resources are required. Reporting obligations for the Member States and the Commission will apply as set out in Regulation (EC) No 2012/2002.

Proposal for a

REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL

amending Council Regulation (EC) No 2012/2002 in order to provide financial assistance to Member States and countries negotiating their accession to the Union seriously affected by a major public health emergency

THE EUROPEAN PARLIAMENT AND THE COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION,

Having regard to the Treaty on the Functioning of the European Union, and in particular the third paragraph of Article 175 and Article 212(2) thereof,

Having regard to the proposal from the European Commission,

After transmission of the draft legislative act to the national parliaments,

Having regard to the opinion of the European Economic and Social Committee¹,

Having regard to the opinion of the Committee of the Regions²,

Acting in accordance with the ordinary legislative procedure,

Whereas:

- (1) The European Union Solidarity Fund ('the Fund') was established by Council Regulation (EC) No 2012/2002³. The Fund was created to provide financial assistance to Member States following major disasters as a concrete sign of European solidarity in situations of distress.
- (2) In the event of major public health emergencies, the Union should show its solidarity with the Member States and the population concerned by providing financial assistance to assist the population affected, contribute to a rapid return to normal living conditions in the affected regions and to contain the spreading of infectious diseases.
- (3) The Union should also show solidarity in the event of major public health emergencies with the countries negotiating their accession to the European Union.
- (4) A major crisis situation may result from public health emergencies, in particular an officially declared virus pandemic. The Fund enables the Union to help in mobilising emergency services to meet people's immediate needs and contribute to the short-term restoration of damaged key infrastructure so that economic activity can resume in the disaster-stricken regions. That Fund is currently however limited to natural disasters causing physical damage and does not include major disasters due to biological hazards. Provision should be made to allow the Union to intervene in the event of major public health emergencies.
- (5) The objective of the action to be taken is to complement the efforts of the States concerned in such cases where the effects of a crisis situation are of such gravity that those States cannot tackle the situation with their own means alone. Since this

¹ OJ C , , p. .

² OJ C , , p. .

³ OJ L 311, 14.11.2002, p. 3.

objective cannot be sufficiently achieved by the Member States and can therefore, by reason of the scale of the action, be better achieved at Union level, the Union may adopt measures, in accordance with the principle of subsidiarity as set out in Article 5 of the Treaty. In accordance with the principle of proportionality, as set out in that Article, this Regulation does not go beyond what is necessary in order to achieve those objectives.

- (6) In line with the principle of subsidiarity, action under this Regulation should be confined to major public health emergencies. These should be defined depending on the basis of the public expenditure necessary to address them.
- (7) Union assistance should be complementary to the efforts of the States concerned and be used to cover a share of the public expenditure committed to dealing with the most essential emergency operations resulting from the emergency situation.
- (8) In line with the principle of subsidiarity, Union assistance should only be awarded upon application of the affected State. The Commission should ensure equitable treatment of requests presented by the States.
- (9) The Commission should be able to take a rapid decision to commit specific financial resources and to mobilise them as quickly as possible. The existing provisions for making advance payments should therefore be strengthened by increasing their amounts.
- (10) This Regulation should enter into force as a matter of urgency on the day following that of its publication in the *Official Journal of the European Union*.
- (11) Regulation (EC) No 2012/2002 should therefore be amended accordingly,

HAVE ADOPTED THIS REGULATION:

Article 1

Regulation (EC) No 2012/2002 is amended as follows:

1. Article 2 is replaced by the following:

Article 2

1. At the request of a Member State or of a country involved in accession negotiations with the Union, hereinafter referred to as “eligible State”, assistance from the Fund may be mobilised when serious repercussions on living conditions, human health, the natural environment or the economy occur in one or more regions of that eligible State as a consequence of a major or regional natural disaster having taken place on the territory of the same eligible State or a major public health emergency having taken place on the territory of the eligible State.

Direct damage caused as the direct consequence of a natural disaster shall be regarded as part of the damage caused by that natural disaster.

2. For the purposes of this Regulation, a “major natural disaster” means any natural disaster resulting, in an eligible State, in direct damage estimated either at over EUR 3 000 000 000 in 2011 prices, or more than 0.6% of its GNI.
3. For the purposes of this Regulation a “major public health emergency” means any life-threatening or otherwise serious hazard to health of biological origin in an eligible State seriously affecting human health and requiring decisive action

to contain further spreading resulting in a public financial burden inflicted on the eligible State for emergency response measures estimated at over EUR 1 500 000 000 in 2011 prices, or more than 0.3% of its GNI.

4. For the purposes of this Regulation, a “regional natural disaster” means any natural disaster resulting, in a region at NUTS level 2 of an eligible State, in direct damage in excess of 1.5% of that region’s gross domestic product (GDP). By way of derogation from the first subparagraph, where the region concerned, in which a natural disaster has occurred, is an outermost region within the meaning of Article 349 of the Treaty on the Functioning of the European Union, “regional natural disaster” means any natural disaster resulting in direct damage in excess of 1% of that region’s GDP. Where the natural disaster concerns several regions at NUTS level 2, the threshold shall be applied to the average GDP of those regions weighted according to the share of total damage in each region.
 5. Assistance from the Fund may also be mobilised for any natural disaster in an eligible State which is also a major natural disaster in a neighbouring eligible State.
 6. For the purpose of this Article, harmonised statistical data provided by Eurostat shall be used.’.
2. In Article 3, paragraphs 1 and 2 are replaced by the following:
- ‘1. The assistance shall take the form of a financial contribution from the Fund. For each eligible disaster a single financial contribution shall be awarded to an eligible State.
 2. The aim of the Fund is to complement the efforts of the States concerned and to cover part of their public expenditure in order to help the eligible State to carry out, depending on the type of eligible disaster, the following essential emergency and recovery operations:
 - (a) restoring the working order of infrastructure and plant in the fields of energy, water and waste water, telecommunications, transport, health and education;
 - (b) providing temporary accommodation and funding rescue services to meet the needs of the population concerned;
 - (c) securing preventive infrastructure and measures of protection of cultural heritage;
 - (d) cleaning up disaster-stricken areas, including natural zones, in line with, where appropriate, eco-system based approaches, as well as immediate restoration of affected natural zones to avoid immediate effects from soil erosion;
 - (e) measures aiming at rapidly providing assistance, including medical, to the population affected by a major public health emergency and to protect the population from the risk of being affected, including prevention, monitoring or control of the spread of diseases, combating severe risks to public health or mitigating their impact on public health.

For the purposes of point (a), ‘restoring the working order’ means restoring infrastructure and plant to their condition prior to the occurrence of the natural disaster. Where it is not legally possible or economically justified to restore the condition prior to the occurrence of the natural disaster, or where the beneficiary

State decides to relocate or improve the functionality of the infrastructure or plant affected in order to improve its capacity to withstand future natural disasters, the Fund may contribute to the cost of restoration only up to the estimated cost of returning to its status quo ante.

Costs in excess of the level of cost referred to in the second subparagraph shall be financed by the beneficiary State from its own or, where possible, from other Union funds.

For the purposes of point (b), ‘temporary accommodation’ means accommodation that lasts until the population concerned are able to return to their original homes following their repair or reconstruction.’.

3. In Article 4a, paragraph 3 is replaced by the following:

‘3. The amount of the advance shall not exceed 25% of the amount of the financial contribution anticipated and shall in no case exceed EUR 100 000 000. Once the definitive amount of the financial contribution has been determined, the Commission shall take into account the sum of the advance prior to the balance of the financial contribution being paid. The Commission shall recover unduly paid advances.’.

4. In Article 8, paragraph 3 is replaced by the following:

‘3. No later than six months after the expiry of the eighteen months period referred to in paragraph 1, the beneficiary State shall present a report on the implementation of the financial contribution from the Fund with a statement justifying the expenditure, indicating any other source of funding received for the operations concerned, including insurance settlements and compensation from third parties.

The implementation report shall detail, depending on the nature of the eligible disaster:

- (a) the preventive measures, taken or proposed by the beneficiary State to limit future damage and to avoid, to the extent possible, a recurrence of similar natural disasters or public health emergencies, including the use of European Structural and Investment Funds for this purpose;
- (b) the state of implementation of relevant Union legislation on disaster risk prevention and management;
- (c) the experience gained from the disaster and the measures taken or proposed to ensure environmental protection and resilience in relation to climate change, natural disasters and public health emergencies; and
- (d) any other relevant information on prevention and mitigation measures taken related to the nature of the natural disaster or public health emergency.

The implementation report shall be accompanied by an opinion of an independent audit body, drawn up in accordance with internationally accepted audit standards, establishing that the statement justifying the expenditure gives a true and fair view and that the financial contribution from the Fund is legal and regular, in line with Article 59(5) and Article 60(5) of Regulation (EU, Euratom) No 966/2012.

At the end of the procedure referred to in the first subparagraph, the Commission shall carry out a closure of the assistance from the Fund.’.

Article 2

This Regulation shall enter into force on the [...] day following that of its publication in the *Official Journal of the European Union*.

This Regulation shall be binding in its entirety and directly applicable in all Member States.

Done at Brussels,

For the European Parliament
The President

For the Council
The President

LEGISLATIVE FINANCIAL STATEMENT

1. FRAMEWORK OF THE PROPOSAL/INITIATIVE

1.1. Title of the proposal/initiative

Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council amending Council Regulation (EC) No 2012/2002 in order to provide financial assistance to Member States and countries negotiating their accession to the Union seriously affected by a major public health emergency

1.2. Policy area(s) concerned

13. Regional policy; 13 06 01. Assistance to Member States in the event of a major natural disaster with serious repercussions on living conditions, the natural environment or the economy

1.3. Grounds for the proposal/initiative

1.3.1. Requirement(s) to be met in the short or long term including a detailed timeline for roll-out of the implementation of the initiative

This Regulation shall enter into force on the [...] day following that of its publication in the *Official Journal of the European Union*.

1.3.2. Added value of Union involvement (it may result from different factors, e.g. coordination gains, legal certainty, greater effectiveness or complementarities). For the purposes of this point 'added value of Union involvement' is the value resulting from Union intervention which is additional to the value that would have been otherwise created by Member States alone.

The reason for setting up the EU Solidarity Fund (EUSF) was to demonstrate solidarity with Member States affected by a serious crisis induced by the occurrence of a severe natural disaster and deemed to overwhelm the Member State's budgetary response capacity. This proposal extends that logic to the financial burden resulting from a major public health emergency.

1.3.3. Lessons learned from similar experiences in the past

The EUSF has proven to be a very effective instrument in providing assistance to Member States following natural disasters as set out by a major evaluation of the Fund⁴.

1.3.4. Compatibility with the Multiannual Financial Framework and possible synergies with other appropriate instruments

This Regulation remains within the maximum allocations provided for the EUSF in the MFF and is therefore compatible with the MFF.

1.3.5. Assessment of the different available financing options, including scope for redeployment

This Regulation will not increase the maximum allocation to the EUSF. The Union contribution to the interventions will be financed via the general budget of the Union.

⁴ SWD(2019) 187.

1.4. Duration and financial impact of the proposal/initiative

Proposal of unlimited duration.

The ceiling of the maximum allocation of the EUSF for 2020 totalling is respected (EUR 597.546 million plus EUR 552.978 carried forward from 2019).

1.5. Management mode(s) planned⁵

Direct management by the Commission

– by its departments, including by its staff in the Union delegations;

– by the executive agencies

Shared management with the Member States

Indirect management by entrusting budget implementation tasks to:

– third countries or the bodies they have designated;

– international organisations and their agencies (to be specified);

– the EIB and the European Investment Fund;

– bodies referred to in Articles 70 and 71 of the Financial Regulation;

– public law bodies;

– bodies governed by private law with a public service mission to the extent that they provide adequate financial guarantees;

– bodies governed by the private law of a Member State that are entrusted with the implementation of a public-private partnership and that provide adequate financial guarantees;

– persons entrusted with the implementation of specific actions in the CFSP pursuant to Title V of the TEU, and identified in the relevant basic act.

– *If more than one management mode is indicated, please provide details in the 'Comments' section.*

Comments

N/A

⁵ Details of management modes and references to the Financial Regulation may be found on the BudgWeb site: <https://myintracomm.ec.europa.eu/budgweb/EN/man/budgmanag/Pages/budgmanag.aspx>

2. MANAGEMENT MEASURES

2.1. Monitoring and reporting rules

Specify frequency and conditions.

The same as laid down in Council Regulation (EC) No 2012/2002 (for natural disasters)

2.2. Management and control system(s)

2.2.1. Justification of the management mode(s), the funding implementation mechanism(s), the payment modalities and the control strategy proposed

The same as laid down in Council Regulation (EC) No 2012/2002

2.2.2. Information concerning the risks identified and the internal control system(s) set up to mitigate them

The same as laid down in Council Regulation (EC) No 2012/2002

2.2.3. Estimation and justification of the cost-effectiveness of the controls (ratio of "control costs ÷ value of the related funds managed"), and assessment of the expected levels of risk of error (at payment & at closure)

The same as laid down in Council Regulation (EC) No 2012/2002

2.3. Measures to prevent fraud and irregularities

Specify existing or envisaged prevention and protection measures, e.g. from the Anti-Fraud Strategy.

The same as laid down in Council Regulation (EC) No 2012/2002

3. ESTIMATED FINANCIAL IMPACT OF THE PROPOSAL/INITIATIVE

3.1. Heading(s) of the multiannual financial framework and expenditure budget line(s) affected

- Existing budget lines

In order of multiannual financial framework headings and budget lines.

Heading of multiannual financial framework	Budget line	Type of expenditure	Contribution			
	Number	Diff./Non-diff. ⁶	from EFTA countries ⁷	from candidate countries ⁸	from third countries	within the meaning of Article 21(2)(b) of the Financial Regulation
Heading 9: Special Instruments	13 06 01 - Assistance to Member States in the event of a major natural disaster with serious repercussions on living conditions, the natural environment or the economy	Differentiated	NO	NO	NO	NO

3.2. Estimated financial impact of the proposal on appropriations

3.2.1. Summary of estimated impact on operational appropriations

This Regulation has no financial impact.

The proposal/initiative requires the use of operational appropriations, remaining within the maximum allocations provided for the EUSF in the MFF.

EUR

⁶ Diff. = Differentiated appropriations / Non-diff. = Non-differentiated appropriations.

⁷ EFTA: European Free Trade Association.

⁸ Candidate countries and, where applicable, potential candidates from the Western Balkans.

Heading of multiannual financial framework	9	Special Instruments
---------------------------------------------------	---	---------------------

			2019	2020	2021	2022	2023	Subsequent years	TOTAL
• Operational appropriation									
13 06 01 - Assistance to Member States in the event of a major natural disaster with serious repercussions on living conditions, the natural environment or the economy	Commitments	(1a)							
	Payments	(2a)							
TOTAL appropriations	Commitments	=1a+1b +3							
	Payments	=2a+2b +3							

• TOTAL operational appropriations	Commitments	(4)							
	Payments	(5)							
• TOTAL appropriations of an administrative nature financed from the envelope for specific programmes		(6)							
TOTAL appropriations under HEADING 9 of the multiannual financial framework	Commitments	=4+ 6							
	Payments	=5+ 6							

If more than one operational heading is affected by the proposal / initiative, repeat the section above:

Heading of multiannual financial framework		
---------------------------------------------------	--	--

This section should be filled in using the 'budget data of an administrative nature' to be firstly introduced in the [Annex to the Legislative Financial Statement](#) (Annex V to the internal rules), which is uploaded to DECIDE for interservice consultation purposes.

EUR million (to three decimal places)

	Year N	Year N+1	Year N+2	Year N+3	Enter as many years as necessary to show the duration of the impact (see point 1.6)			TOTAL
DG: <.....>								
• Human resources								
• Other administrative expenditure								
TOTAL DG <.....>	Appropriations							

TOTAL appropriations under HEADING 5 of the multiannual financial framework	(Total commitments = Total payments)								
------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------	--	--	--	--	--	--	--	--

EUR million (to three decimal places)

	Year N ⁹	Year N+1	Year N+2	Year N+3	Enter as many years as necessary to show the duration of the impact (see point 1.6)			TOTAL
TOTAL appropriations under HEADINGS 1 to 5 of the multiannual financial framework	Commitments							
TOTAL appropriations under HEADINGS 1 to 5 of the multiannual financial framework	Payments							

⁹ Year N is the year in which implementation of the proposal/initiative starts. Please replace "N" by the expected first year of implementation (for instance: 2021). The same for the following years.

3.2.2. Estimated output funded with operational appropriations

Commitment appropriations in EUR million (to three decimal places)

Indicate objectives and outputs ↓			Year 2020		Year		Year		Enter as many years as necessary to show the duration of the impact (see point 1.6)								TOTAL			
	OUTPUTS																			
	Type ¹⁰	Average cost	No	Cost	No	Cost	No	Cost	No	Cost	No	Cost	No	Cost	No	Cost	No	Cost	Total No	Total cost
SPECIFIC OBJECTIVE No 1 ¹¹ ...																				
- Output																				
- Output																				
- Output																				
Subtotal for specific objective No 1																				
SPECIFIC OBJECTIVE No 2 ...																				
- Output																				
Subtotal for specific objective No 2																				
TOTALS																				

¹⁰ Outputs are products and services to be supplied (e.g.: number of student exchanges financed, number of km of roads built, etc.).

¹¹ As described in point 1.4.2. 'Specific objective(s)'.

3.2.3. Summary of estimated impact on administrative appropriations

- The proposal does not require the use of appropriations of an administrative nature
- The appropriations required for human resources and other expenditure of an administrative nature will be met by appropriations from the DG that are already assigned to management of the action and/or have been redeployed within the DG, together if necessary with any additional allocation which may be granted to the managing DG under the annual allocation procedure and in the light of budgetary constraints.
- The proposal/initiative requires the use of appropriations of an administrative nature, as explained below:

EUR million (to three decimal places)

	Year N ¹²	Year N+1	Year N+2	Year N+3	Enter as many years as necessary to show the duration of the impact (see point 1.6)	TOTAL
--	-------------------------	-------------	-------------	-------------	----------------------------------------------------------------------------------------	-------

HEADING 5 of the multiannual financial framework							
Human resources							
Other administrative expenditure							
Subtotal HEADING 5 of the multiannual financial framework							

Outside HEADING 5¹³ of the multiannual financial framework							
Human resources							
Other expenditure of an administrative nature							
Subtotal outside HEADING 5 of the multiannual financial framework							

TOTAL							
--------------	--	--	--	--	--	--	--

¹² Year N is the year in which implementation of the proposal/initiative starts. Please replace "N" by the expected first year of implementation (for instance: 2021). The same for the following years.

¹³ Technical and/or administrative assistance and expenditure in support of the implementation of EU programmes and/or actions (former 'BA' lines), indirect research, direct research.

3.2.3.1. Estimated requirements of human resources

- The proposal does not require the use of human resources.

The appropriations required for human resources and other expenditure of an administrative nature will be met by appropriations from the DG that are already assigned to management of the action and/or have been redeployed within the DG, together if necessary with any additional allocation which may be granted to the managing DG under the annual allocation procedure and in the light of budgetary constraints.

- The proposal/initiative requires the use of human resources, as explained below:

Estimate to be expressed in full time equivalent units

	Year N	Year N+1	Year N+2	Year N+3	Enter as many years as necessary to show the duration of the impact (see point 1.6)		
• Establishment plan posts (officials and temporary staff)							
XX 01 01 01 (Headquarters and Commission's Representation Offices)							
XX 01 01 02 (Delegations)							
XX 01 05 01/11/21 (Indirect research)							
10 01 05 01/11 (Direct research)							
• External staff (in Full Time Equivalent unit: FTE)¹⁴							
XX 01 02 01 (AC, END, INT from the 'global envelope')							
XX 01 02 02 (AC, AL, END, INT and JPD in the delegations)							
XX 01 04 yy¹⁵	- at Headquarters						
	- in Delegations						
XX 01 05 02/12/22 (AC, END, INT - Indirect research)							
10 01 05 02/12 (AC, END, INT - Direct research)							
Other budget lines (specify)							
TOTAL							

XX is the policy area or budget title concerned.

The human resources required will be met by staff from the DG who are already assigned to management of the action and/or have been redeployed within the DG, together if necessary with any additional allocation which may be granted to the managing DG under the annual allocation procedure and in the light of budgetary constraints.

Description of tasks to be carried out:

Officials and temporary staff	
External staff	

¹⁴ AC= Contract Staff; AL = Local Staff; END= Seconded National Expert; INT = agency staff; JPD= Junior Professionals in Delegations.

¹⁵ Sub-ceiling for external staff covered by operational appropriations (former 'BA' lines).

3.2.4. *Compatibility with the current multiannual financial framework*

The proposal/initiative:

can be fully financed within the relevant heading of the Multiannual Financial Framework (MFF).

requires use of the unallocated margin under the relevant heading of the MFF and/or use of the special instruments as defined in the MFF Regulation.

Explain what is required, specifying the headings and budget lines concerned, the corresponding amounts, and the instruments proposed to be used.

requires a revision of the MFF.

Explain what is required, specifying the headings and budget lines concerned and the corresponding amounts.

3.2.5. *Third-party contributions*

The proposal/initiative:

does not provide for co-financing by third parties

provides for the co-financing by third parties estimated below:

Appropriations in EUR

3.3. Estimated impact on revenue

The proposal has no financial impact on revenue.

The proposal/initiative has the following financial impact:

on own resources

on other revenue

please indicate, if the revenue is assigned to expenditure lines X

EUR

For assigned revenue, specify the budget expenditure line(s) affected.

N/A

Other remarks (e.g. method/formula used for calculating the impact on revenue or any other information).

Overview on national measures taken by governments to react to the economic consequences of the COVID-19 spread in Europe

This is an overview of measures based on input from members and research by BusinessEurope. This is a living document that will be regularly updated on the dedicated Extranet. It is an informal collection of inputs from members and should be used for internal purposes and for information only. As the situation unfolds rapidly we cannot guarantee that all information received and displayed in the document is entirely up-to-date at any given point in time.

For questions, updates and comments please contact Malthe Munkoe, Senior Adviser in the Economics Department (m.munkoe@businesseurope.eu).

EU response

- **EU finance ministers** on 4th March issued a statement regarding their commitment to provide a co-ordinated response and to use all appropriate policy tools to achieve strong, sustainable growth and to safeguard against the further materialisation of downside risks.
- **Commission President von der Leyen** on 10th March, 'to use all the tools at our disposal to make sure the European economy weathers this storm'.
- **The ECB** on 12th March announcing in particular, plans to temporarily relax capital requirements for the financial sector to support lending to the real economy, as well as more accommodative monetary policy through increasing its asset purchases by €120 billion during 2020.
- At a press meeting on EU March 13, **EU leaders** including von der Leyen confirmed that the EU "general escape clause" would come into play (which grants Member States leeway to break with fiscal rules in the face of an emergency that is unusual and outside their control), and that there will be granted maximum flexibility under state aid rules in government efforts to support the economy, while also announcing a 37 billion euro Coronavirus Response Investment Initiative to support the healthcare sector and labour markets generally (drawing from unused structural funds).
- The **Eurogroup** met on March 15 and confirmed the applicability of the "general escape clause" in light of the virus outbreak, while noting that member states had already commenced fiscal stimulus corresponding to 1% of GDP. The Eurogroup issued a statement promising to "do whatever it takes to effectively address the current challenges and to restore confidence and support a rapid recovery".
- On March 16 the **G-7 leaders** issued a statement committing to do "whatever is necessary to ensure a strong global response through closer cooperation and enhanced coordination of our efforts", noting that "while current challenges may require national emergency measures, we remain committed to the stability of the global economy".
On March 17 Commission Vice-President Vestager circulated to member states a **draft Temporary Framework for state aid** designed to ensure full flexibility to use state aid to support companies/sectors
- On the night of March 18 the **ECB** announced additional quantitative easing of 750 bn euro in 2020, and made clear in its statements that if necessary it was prepared to raise the issuer limit (cap on how large a proportion of one member state's sovereign debt it can hold)
- On March 19 the Commission was able to **adopt an approved temporary framework for state aid**, that gave maximum flexibility, and notably allowing grants to businesses up to 800.000 euro.
- On March 20 **the Commission formally activated the general escape clause** (requesting Council to approve its activation), suspending constraints on public debt insofar the debt increase is associated with the virus outbreak

External compilation of responses

- While we have considered these and found them useful, as external sources we cannot guarantee the validity or take any responsibility for their content etc.
- Danske Bank <https://research.danskebank.com/research/#/Research/articlepreview/6bbaf621-3014-4bd4-87bd-3d2b75bbd479/EN>

a. Overview table on various measures on national level

(While we strive to keep it up-to-date, we cannot guarantee all country lists are always fully updated)

Type of measure	Implemented in	Examples or further details (not meant to be exhaustive list)
Tax-related measures		
Deferral of Tax payments (Corporate income tax, social contributions, etc)	Numerous countries	<ul style="list-style-type: none"> Austria has reduced advance payments on corporate and income tax in 2020 to zero France allows postponements of direct tax payments -on individual basis following application
Deferral of VAT payments	Numerous countries	<ul style="list-style-type: none"> Greece has deferred businesses, who are affected by the COVID, their VAT payments by 4 months.
Acceleration of VAT Credit refunds	France, Malta, Luxembourg	<ul style="list-style-type: none"> The Luxembourg VAT Authority will reimburse all VAT credit balances below €10000.
Deferral of Fines/Interest on late tax payments	Numerous countries	<ul style="list-style-type: none"> Belgium allows fines for late tax payments to be remitted Netherlands: Temporarily, no penalties for failure to pay taxes (on time) will be imposed.
Tax returns can be filed later	Numerous countries	<ul style="list-style-type: none"> Finnish businesses can request more time for filing their tax return, if necessary, if they have a justified reason, such as illness,
Temporary reduction in VAT-rate	Cyprus	<ul style="list-style-type: none"> Cyprus: Temporary reduction of VAT from 19% to 17% for a period of two months and from 9% to 7% for a period of three and a half months for tourism activities.
Subsidies		
Subsidy for wages (workers)	Cyprus (Small enterprises only), Denmark, Sweden, Germany, Austria, Estonia, France, Ireland, Lithuania, Poland, Portugal, Sweden	<ul style="list-style-type: none"> Austria to backstop 80-90% of wages for workers that are put on short time work but not terminated (working hours can be reduced by 90%) France: The State will cover 100% of the wages paid under the short time scheme. Germany already had Kurzarbeit-scheme in place, which is being made more flexible for short-term workers. The Federal Employment Agency will cover 60% of the net salary in case of short term working and will reimburse the social contributions for the lost working hours to the employer Firms that need to reduce hours or days worked can avail of the Department of Employment Affairs and Social Protection Short Term Work Support In Sweden employer's salary costs can be reduced by half by the state accounting for a larger cost. The construction is similar to short-term work, but the degree of subsidy is greatly increased. The employee receives more than 90 percent of the salary
Subsidy for wages (self-employed)	Denmark, Italy	<ul style="list-style-type: none"> In Italy compensation of 600 euro, monthly non-taxable, for self-employed workers
Subsidy for other costs (e.g. mortgage)	Denmark, Spain, UK, France, Portugal	<ul style="list-style-type: none"> Denmark offers to cover 25-80% of fixed costs for companies that have seen at least 30% decline in sales due to coronavirus, In Portugal during lay-offs companies are temporarily exempted from social contributions In France there is a suspension of rent and utility bills owed by small companies.
Non-sectoral state aid (grants)	Austria, France, Germany, Italy, Malta	<ul style="list-style-type: none"> France: A €1 billion 'solidarity fund' will get created for the microbusinesses, SMEs and independent workers whose turnover is less than €1 million and who suffered a 70% decline of their turnover between March 2019 and March 2020 (cumulative criteria) : these eligible entities will then get a monthly €1 500 grant Austria to set up "hardship fund" with grants to SMEs Germany to set up 500 bn euro Business Stabilization Fund, which will give 100 bn in grants to recapitalize companies and extend 400 bn euro loans Italy: establishment of a show, cinema and audio-visual emergency fund and provisions for the cultural sector; Malta: A business that was asked to close as part of the Covid-19 measures will get 2 days of assistance per

		week per employee. This is equivalent to €300 per month per employee. A self-employed person will get the same amount
Sectoral state aid (grants)	Croatia, Austria, US, Denmark, Netherlands, UK, Italy	<ul style="list-style-type: none"> • Austria offers direct state aid to industries that are most affected • Croatia gives state aid to tourism and creative industries • US offers direct support to airlines • Denmark has given 1.5 bn DKK to its travel fund which backstops failing travel agents and broadened its scope • In the Netherlands, to support firms that are affected by our government's health measures - for example by the closure of restaurants - an emergency desk will be introduced, through which those firms can receive a one-off lump sum allowance of EUR 4000 • Italy: for commercial rentals, tax credit equal to 60% of the March rent; • UK will offer cash grants for retailers and pubs, increase the Business Rates retail discount to 100% for one year and expand it to the leisure and hospitality sectors, and increase the planned rates discount for pubs to £5,000. Will also provide a one-off grant of £3,000 to around 700,000 business currently eligible for SBRR or Rural Rate Relief, to help meet their ongoing business costs
Direct company state aid	Denmark, Sweden, Finland	<ul style="list-style-type: none"> • Denmark and Sweden each offered 1.5 bn SEK as guarantee to the airline SAS • Finland promises max. EUR 600 million guarantees to airline company Finnair.
Delay tourist tax (fee) payments	Croatia	<ul style="list-style-type: none"> • Croatia offers delay the payment of tourism fee for companies and tourism charges for private renters
Increase in short-time work payments	Belgium	<ul style="list-style-type: none"> • Increase in short-time work payments (65%--> 70%)
Government to assume part/entire cost of sick leave	Denmark, Estonia, (Malta), Sweden	<ul style="list-style-type: none"> • In Denmark government pays the full sick leave of employees (normally would only be after 2 weeks) for Covid-19 related absence • In Malta, Quarantine leave: Government to pay companies €350 per employee on quarantine leave • In Sweden The state takes over the sick pay responsibility for two months
Loans/guarantees/payment suspension		
Additional loans e.g. through state lenders (such as German KfW)	Numerous countries	<ul style="list-style-type: none"> • The French state will guarantee €300 billion of bank loans to companies • Germany to extend loans through its KfW, e.g. a 50 bn hardship fund with loans to SMEs and self-employed • The Estonian KredEx Foundation to Loan collateral amounting to EUR 1 Billion for bank loans already issued in order to allow for repayment schedule adjustments (maximum EUR 600 Million for the surety collection), under certain conditions
State guarantees on loans	Numerous countries	
Export guarantees	Austria, Croatia, Denmark, Finland,	<ul style="list-style-type: none"> • In Austria exporting companies can be granted credits up to 10% (large companies) or 15% (SMEs) of their export revenues by the OeKB (österreichische Kontrollbank). AWS (Austria Wirtschaftsservice) will provide guarantees • The Croatian Bank for Reconstruction and Development will: Guarantees to commercial banks supporting exporters under the Export Guarantee Fund and Increase scope of the Export Guarantee Fund to include tourism • Additional loans targeting SMEs for 1.25 bn DKK specifically for export purposes through the state-run Danish Export Credit Agency
Direct purchase of corporate bonds	Finland	<ul style="list-style-type: none"> • Finland: 1 billion euro fund to invest in corporate bonds. E.g. also about 73 million euros to stave off acute corporate funding pressures.
Rescheduling loan payments with state intervention	France	<ul style="list-style-type: none"> • Support from the State and the Banque de France (credit mediation) to negotiate with its bank a rescheduling of bank credits;
State-backed loans	Numerous countries	<ul style="list-style-type: none"> • France will guarantee €300 billion of bank loans to companies

Moratorium of repaying reimbursable grants	Portugal	<ul style="list-style-type: none"> In Portugal, 12-month moratorium on repayment of reimbursable grants (incentive systems) for the most impacted companies.
Labour market (incl. social policy)		
Make social benefits available to self-employed	(Estonia), Finland, Netherlands,	<ul style="list-style-type: none"> In Finland, Unemployment protection for entrepreneurs and freelancers is ensured. In order to be eligible for unemployment insurance, you don't have to close your business. In the Netherlands self-employed and entrepreneurs will be able to receive social assistance if they meet certain standards, which will be relaxed. This social assistance will include additional benefits to meet livelihood standards and/or a loan for working capital. In Norway Self-employed and freelancers receive sickness benefits from day 3, and care money from day 4.
Help for apprentices	Norway	<ul style="list-style-type: none"> Apprentices now receive an income hedge on par with apprenticeship pay.
Help for students	Denmark	<ul style="list-style-type: none"> Additional state-guaranteed loans made available to students who may lose student-part time jobs
Extra/longer allowance for workers absent to care for sick relatives or take care of small children	Cyprus, Norway, Poland, Italy, Malta	<ul style="list-style-type: none"> Cyprus grants special leave to parents with kids up to the age of 15 that have no support and have to stay at home since the government has closed all schools until April 10th. In Norway the period of care money (for parents staying home with children home from school) is doubled. Italy: parental leave for additional 15 days at 50% of remuneration for working parents or otherwise babysitter bonus 600 euro worth; Government will cover additional two months leave for parent who has to stay at home to take care of the children as a result of school closures with an €800 per month benefit.
Fired workers can retain their full salary	Norway	<ul style="list-style-type: none"> Employees receive a "full salary" for 20 days upon termination. The cost is distributed with two days to the employer, and then 18 days from the state with pay, but limited up to 600.000 NOK/ 60.000 EUR. This will ease the burden on many jobs.
Greater flexibility in laying off workers	Finland	<ul style="list-style-type: none"> Notice period for layoffs is reduced from the current (from 14 days to 6 weeks) to five days. The right to lay-offs is also extended to fixed-term workers.
Increased availability of unemployment benefit	Finland, Norway, (Malta)	<ul style="list-style-type: none"> In Finland Own-risk days in unemployment benefits are cancelled in the event of lay-offs and redundancies. Unemployment insurance is immediately accessible. Working conditions to be eligible for income-related unemployment benefits are shortened. Maltese or EU citizen who becomes redundant will get €800 per month as unemployment benefit In Norway the income limit for receiving unemployment benefit is set at 0.75 G (7.500 EUR). This group also ensures at least 80 per cent of its income up to 3G during the layoff period
Suspension of pension payments	Estonia, Finland,	<ul style="list-style-type: none"> In Estonia Payments into the II pillar of the pension fund are temporarily suspended. In Finland Employers' earnings-related pension contribution shall be reduced by 2,6% of salaries. It will be implemented as soon as possible and will be valid until the end of 2020. It will ease the companies' payments by EUR 910 million. Pension companies refrain from paying customer bonuses for a period when employers' pension contributions are reduced. People in rental property and who lose their job and did not qualify for rent subsidy, will now benefit from the scheme

Regulatory changes		
Moratorium on insolvency	(Croatia), Spain	<ul style="list-style-type: none"> In Spain companies can have insolvency protection, but insolvency proceedings are suspended In Croatia commercial banks to have an accelerated loan rescheduling process without clients being reclassified to being "default"
Relaxation of regulation	Austria, Denmark, Greece	<ul style="list-style-type: none"> Austria to suspend working time provisions to offer greater flexibility (e.g. working overtime in healthcare) A number of regulations of the transport sector to be suspended temporarily in Denmark in order to secure distribution of goods in the country. In Greece certain administrative requirements, such as the obligation to report overtime, are suspended in order to facilitate the gradual access of workers to avoid overcrowding in the workplace and public transport.
Doubled salary for people in isolation or in risk of contagion	Spain	<ul style="list-style-type: none"> With respect to those employees isolated or in risk of contagion, they shall receive a supplement of up to 100% of their salaries.
Extra parental leave		<ul style="list-style-type: none"> In Italy parental leave for additional 15 days at 50% of remuneration for working parents or otherwise babysitter bonus 600 euro worth
Public Sector		
Public authorities to pay contractors up front rather than use entire length of time before deadline	Italy, Denmark (encouraged)	
Force majeure clause for public tenders to be granted to private contractors, and not be invoked by public actor	Belgium, Denmark	<ul style="list-style-type: none"> Companies in Belgium will not be fined (sued) or have contract suspended if they cannot fulfil a contract in time due to coronavirus circumstances In France no penalties for delay in fulfilling contracts.
Financial sector		
Contracyclical capital buffer lowered or suspended	Denmark, Finland, Sweden	<ul style="list-style-type: none"> Other measures of Financial Supervisory Authority (FIN-FSA) decided to lower Finnish credit institutions' capital requirements. The reduction is implemented by removing the systemic risk buffer and by adjusting credit institution-specific requirements so that the structural buffer requirements of all credit institutions will fall by 1 percentage point, all in all. The decision will increase the lending capacity of the Finnish banks by around EUR 52 billion.
Ease capital requirement for insurance sector	Finland	<ul style="list-style-type: none"> Postponement option for pension insurance payments (Tyel and Yel) as well as easing the pension insurance company capital requirements.
Other		
Compensation for events cancelled	Denmark, Estonia	<ul style="list-style-type: none"> Denmark: Following government order to cancel events with 1.000+ attendees the government offered to compensate event organisers for the losses Estonia compensates for the direct costs of cultural and sporting events cancelled due to coronavirus in March-April, up to EUR 3 million.
Helicopter money	US	<ul style="list-style-type: none"> Stimulus package proposed by the White House would give 1.000 USD to every American citizen
Direct money to people in sectors forced to close down	Greece	<ul style="list-style-type: none"> In Greece there will be, inter alia, a compensation of 400-500 euros to approximately 600,000 workers in businesses closed by government decision.
Offer gift certificates and vouchers for shops	South Korea	<ul style="list-style-type: none"> Provide retailers in traditional markets with vouchers designed to support their marketing activities, such as joint promotion Issue vouchers for local products Give a 20 percent raise in wages to seniors in government's elderly job programs if they agree to receive 30 percent of their pay in local gift certificates

Country promotion/marketing campaigns	Iceland, United Kingdom	<ul style="list-style-type: none"> Once the situation returns to normal, a marketing campaign will be launched to promote Iceland as a tourist destination and Icelanders will be encouraged to travel domestically.
Corona - Business task force	Lithuania	<ul style="list-style-type: none"> A state-level task force on business emergency coordination was formed.
Grant for investing in telework equipment	Malta	

b. Country overviews of measures taken by country

Austria

- CoVid-19 Crisis Management Fund

Budget of **up to EUR 38 billion**, with the **main objective of improving liquidity**. Measures include:

- EUR 9 billion state guarantees and state liabilities for loans,
- EUR 15 billion emergency aid for industries most affected,
- EUR 10 billion for tax moratoriums.
- Hardship fund for SMEs (direct cash aid, not to be paid back)

- COVID-19-Short Time Work ("Kurzarbeit")

- Financial means of EUR 400 Mio.
- **Short time work is planned for three months.**
- **Key Points of COVID Short Time Work:**
- **Before starting short time work, the employee has to consume all annual leave and overtime.**
- **Wage guarantee:**
 - Up to EUR 1.700 of gross wage, 90% of the previous net wage.
 - Up to EUR 2.685 of gross wage, 85% of the previous net wage.
 - Beyond EUR 2.686 gross wage, 80% of the previous net wage.
- **The employment contract must not be terminated during the short time work period, and in the first month after short time work**, barring exceptional circumstances that require special negotiations.
- During short time work, working hours can be reduced by an average of up to 90%.
- Normal working hours can be changed in agreement with the employee.

- COVID-19-Law on Special Care

§ 18b Labour contract law: In case of (partial) closure of institutions (e.g. schools) due to official measures, **employers can now grant special care leave even to those employees who would normally have no entitlement to stay at home** to take care of their children (up to 14 years old). This care leave is limited to three weeks. During this time, employees will receive a third of their gross wage, paid for by the government.

- Work Inspections & Working Hours

During the occurrence of COVID-19, **deviations from the working time provisions are possible** (e.g. extensions to the normal working hours). This **applies to all industries with an extraordinary need for work** (e.g. healthcare).

- Measures of the Austrian National Health Insurance Fund:

The Fund has put together a package of measures to relieve the pressure on affected companies, such as **deferral of contributions, payment by instalments, waiving of late-payment fee, suspension of notices of seizure and bankruptcy applications.**

- **Corporate and Income tax**
Corporate and income tax advance payments for 2020 can be **reduced or set to zero.**
- **Guarantees and Financing**
Exporting companies can be granted **credits up to 10%** (large companies) or **15%** (SMEs) of their export revenues by the OeKB (österreichische Kontrollbank). AWS (Austria Wirtschaftsservice) will provide **guarantees with special conditions** for companies who are affected by the COVID-crisis to facilitate financing credits.

Belgium

- Private individuals and businesses can suspend loan payments, including mortgage loan payments, from now until 30 September (dependent on conditions)
- Companies can follow a so-called 'payment plan': In this payment plan, companies can 'spread' payments of VAT, social contributions and fines. They can also delay payments of corporate income tax and regular income tax. The Belgian authorities have confirmed that they will allow companies to delay the filings by over two weeks and payments by two months.
- Fines to companies for late payments can be remitted.
- Increase in short-time work payments (65%--> 70%) + €150
- Federal government will not charge companies with fines if they can't fulfil a public contract in time.
- These measures only apply to companies that can show that they have been directly hit by the coronavirus (e.g. a decrease in turnover, a significant decrease in orders and / or reservations, consequences of a "chain reaction" with partner companies,...). The deadline for getting this 'payment plan' is June 30.
- The government will pay gas, water & electricity bills for technical unemployed-people for one month, worthy of €202.
- Increased tolerance for home office workers to not constitute a Permanent Establishment in view of the Belgium – Luxembourg Tax treaty and Belgium-France Tax treaty.
- Guarantee: The government will guarantee state-backed credit lines for companies for the duration of 12 months (€50bn) to cover losses incurred on future loans. Losses up to 3% of the capital loaned will be fully borne by the financial sector. Losses of between 3% and 5% will be shared – half for the government and half for the financial sector. Losses that are greater still will be borne for 80% by the government and 20% by the financial sector.

Bulgaria

- On 20th of March the National Assembly adopted the Law on Measures and Actions during the State of Emergency. There are listed the specific measures that have important effect on employees and employers:
 - Employees are entitled to 50% of their gross salary in case of work termination in state of emergency;
 - Without the consent of the employee, the employer could provide him up to the half of their annual paid leave;
 - Depending on the nature of work the employers could assign the distance work (telework) or home work for the employees, without their consent;
 - The validity of identity cards which expires from March 13 to October 31, 2020, is extended by six months. In this period the ID is valid only on the territory of Bulgaria;
 - Until the state of emergency is lifted, the effects of late payment on the obligations of individuals, including interest and penalties for late payment, as well as non-monetary consequences such as early payment, contract cancellation and seizure of property, will not apply;

- During the state of emergency, all the announced public sales and holdings announced by the state and private enforcement agents are suspended;
 - From 13 March 2020 until the state of emergency was lifted, would cease to run procedural time limits for judicial, arbitration and enforcement proceedings; limitation periods provided for in statutory acts; the time limits for the implementation of instructions given by an administrative authority to parties or participants in proceedings;
 - By one month from the lifting of the state of emergency are extended the time limits set by law, which expire during a state of emergency and relate to the exercise of rights or the fulfillment of obligations of individuals; the effect of administrative acts, which is limited in time and expires during a state of emergency;
 - During the state of emergency, but for a period not exceeding three months, the National Social Security Institute shall transfer 60 percent of the amount of the insurance income for January 2020 for insured by insurers meeting the criteria determined by an act of the Council of Ministers. The provision implies that the Council of Ministers will have to announce what the criteria are for companies to apply.
- There some other measures that are planned, but still are not adopted:
- Extended deadline for companies to submit annual financial statements, and a rebate on local taxes and fees.
 - The deadline for companies to submit annual tax returns is also extended to June 30.
 - Measures to provide liquidity support to the businesses with support from the Bulgarian Development Bank.

Croatia

The Croatian Bank for Reconstruction and Development will:

- Impose a moratorium on credit obligations for existing clients
- Allow taxpayers to defer payment or to arrange an instalment payment plan for their tax liabilities, social security contributions and certain non-tax levies without being subject to interest being imposed during the period of deferral of payment (payments in installments)
- Introduce a grace period in repayments
- Provide liquidity loans to companies to cover wages, overhead and operating expenses in cooperation with commercial banks
- Guarantees to commercial banks supporting exporters under the Export Guarantee Fund
- Increase scope of the Export Guarantee Fund to include tourism

Support to commercial banks

- Introduction of “standstill” arrangements, i.e. three-month suspension of collection of debts
- Liquidity lines with three-year maturity
- Accelerated loan rescheduling process without clients being reclassified to being “default”

Government will:

- Increase the allocation of “ESIF Micro Loans” supporting micro- and small enterprises, and reduce interest rates whilst increasing maximum guarantee rates for “individual guarantee” scheme (the amount that the state will guarantee)
- 90 extension of repayment obligations for co-funded projects
- Allowing EU aid beneficiaries to suspend/delay project implementation, repayment of reimbursement
- Possibility of state intervention to purchase surpluses in livestock, crop and food and vegetable production
- Implement various loan schemes
- Delay the payment of tourism fee for companies and tourism charges for private renters

- State aid to provide capital and liquidity for endangered tourism businesses, for cultural and creative industries,
- Suspension of universal service obligation for postal services
- Suspension of collection fees for extraordinary transports on public roads and temporary suspension of 10-% increase in tolls for vehicles of certain types during the summer

Czech Republic:

- The deadline for filing tax returns for annual taxable periods shall be automatically extended to four months if tax returns are filed electronically.
- Advances for VAT deduction will allow the tax authority to refund parts of excess deductions not subject to review.
- The deadline for refunding excess deductions (typically relating to VAT) will be extended from 30 to 45 days; under transitory provisions, the new deadline will apply to taxable periods for which the deadline for filing tax statements expires after the amendment's effective date. The system of interest paid by both taxpayers and tax administrators will change in its entirety.
- The Czech Republic will also lift fines for late filing of corporate income tax returns and value-added tax reporting.

Cyprus

- Grant of special leave to parents with kids up to the age of 15 that have no support and have to stay at home since the government has closed all schools until April 10th.
- A Work Suspension Plan that will apply for companies that were forced to shut down by a Ministerial Decree. This plan provides for unemployment benefit during the suspension period with the prerequisite that no dismissals go forth. Note that companies were forced to shut down in the following areas of economic activity:
 - a. All private businesses in the list below will be closed from Monday 16/3 for four weeks.
 - i. The decision covers malls, department stores, cinemas, theatres, libraries, museums, archaeological sites, betting shops, casinos, sports venues and clubs, theme parks, barbershops and hairdresser salons, beauty parlours, cafes, bars, and all food and beverage businesses excluding those that only do delivery, take away and drive through services.
 - b. Hotels must suspend their operations until April 30.
- Supermarkets, pharmacies, private health services, bakeries, kiosks, and petrol stations will remain open under certain conditions (re number of visitors at any given time and health related measures that will have to be taken).
- A Work Suspension Plan for companies that have a turnover decrease of 25% or more. Details are going to be announced.
- A Small Enterprise Support Scheme for companies that employ up to 5 people. A 70% of salaries will be subsidized. Details are going to be announced.
- A scheme to compensate employees/self-employed who work/provide services for the Ministry of Education and who have been impacted by the shut down on schools (note these are not public sector employees). They will be paid their salaries/entitlements in full.
- A special sick leave allowance scheme for vulnerable groups and people who are put in self-isolation.
- An extension of the deadline self-employed people have to submit an objection to the Social Insurance Services for their actual income in order to submit contributions.
- A service to old people/quarantined people/people in self isolation and vulnerable groups to help them with shopping and other needs so they minimize their movements. Full collaboration with the private sector, NGOs, supermarkets etc.
- Suspension of an increase in contributions to the NHS for two months (increase would have been effected end of March).

- Support Scheme for students who remain abroad during the upcoming Easter Holidays and do not travel back. This is a lump sum of 750euros per student. No income criteria.
- Introduction of a legal cap on prices of sanitary products.

The Support Programme that has been formulated is structured and specific, both in range as well as in expenditure, and it is valued at 700 million euros, an amount equal to the 3% of the GDP. Costs may vary with further measures that maybe adopted in the process.

Further measures include the following:

- Temporary reduction of VAT from 19% to 17% for a period of two months and from 9% to 7% for a period of three and a half months.
- temporary suspension for two months of the VAT due for companies with turnover less than €1 m. and businesses whose turnover decreased by more than 25%.
- special arrangements for persons who are included in the scheme of paying overdue tax debts.
- extension of the period for tax submission for two months.
- suspension of the requirement to hold guarantees under public and private contracts for the supply of services or products that will be delayed due to crisis.
- financial support for the recovery of the tourism sector between June-September 2020 in cooperation with airlines and tour operators as well as actions to enhance the attraction of tourists during the period October 2020 - March 2021.
- Setting price ceiling for personal hygiene products (masks, antiseptics, antibacterial liquids, soaps, etc.).

Denmark

Labour market initiatives

- Government has suspended rules on sick leave until January 1, 2021. Thus the government pays sick leave from day 1 (instead of the usual 30 days) when employees are quarantined or sick with Covid-19. Self-employed receive sick leave payment from first day of absence instead of after 2 weeks.
- Greater flexibility awarded to scheme which allows companies to endorse employees to temporarily work part-time, with employees receiving supplementary unemployment benefits during the period.
- Tri-partite agreement on temporary wage compensation to companies in the private sector for employees in danger of being laid off. The agreement will be in force for a period of 3 months (9 March – 9 June 2020) and applies to companies forced to lay off at least 30% of staff or more than 50 employees.
- Similar scheme of compensation paid for by the state for self-employed that suffer large loss of income
- Law under way to ensure economic compensation for companies that will face shortage of labour as a consequence of corona (6-months' period), if the companies keep the employees with pay. The aim is to avoid redundancies and risk of losing valuable part of the companies' work-force.
- Work-share can be used directly after an agreement with the employee instead of a waiting period of one week after the initial registration at the job center. Plus enhanced flexibility in use of scheme. The measure will be applicable for a period of 13 weeks with possibility to apply for an extension.

Other initiatives

- Suspension of company payments of VAT and other taxes.
- Contracyclical capital requirements set to zero which allows banks to provide more liquidity to companies.
- 1 bn DKK set aside to provide guarantees for companies.
- Additional loans targeting SMEs for 1.25 bn DKK specifically for export purposes through the state-run Export Credit Agency
- A number of regulations of the transport sector to be suspended temporarily in order to secure distribution of goods in the country.
- Public authorities are allowed to prolong deadlines for bids for tenders (e.g. if companies are likely not currently in a position to commence work on projects).

- For three months government to compensate 25-80% of fixed costs for companies severely affected by the crisis (across size and industry)
- 1.5 bn SEK guarantees for SAS (along with similar 1.5 bn SEK guarantee from the Swedish state)
- 1.5 bn DKK to additional guarantees for to cover customers' losses from travel operators filing for bankruptcy
- Public procurement: public procurer allowed to pay contractor in advance of up to 1 mil DKK, and refrain from filing lawsuits if companies are delayed or fail to meet their contractual obligations if this inability is due to Covid-19
- Expanded student loans scheme to help students that lose their part-time student jobs

Estonia

State resources are directed to support companies through KredEx Foundation and the Estonian Rural Development Foundation. The package also includes labour market support of the Estonian Unemployment Insurance Fund, sickness benefits, tax incentives. The package allows for deferral of tax debt for 18 months, temporary suspension of second pillar pension scheme payments, as well as partial compensation for direct costs of cancelled events.

KredEx Foundation measures:

- Loan collateral amounting to EUR 1 Billion for bank loans already issued in order to allow for repayment schedule adjustments (maximum EUR 600 Million for the surety collection), under the following conditions:
 - if the bank relaxes the repayment schedule of the existing bank loan which has not been secured by KredEx Foundation, then KredEx foundation will secure the loan;
 - the maximum guaranteed amount is EUR 5 Million per company,
 - if possible, fixed guarantee will be restored or the guarantee rate will be increased to cover more than 80% of the guaranteed liability.
- KredEx Foundation business loan – amounting to EUR 500 Million, subject to the following conditions:
 - KredEx Foundation issues a revolving business loan to a company in order to overcome liquidity problems caused by the coronavirus, including, where necessary, the payment of bank loans,
 - the maximum loan amount is EUR 5 million per company,
 - the interest rate is approximately 4% per year.
- KredEx Foundation investment loan – amounting to EUR 50 million, under the following conditions:
 - KredEx Foundation grants an investment loan to the company so it would be possible to take advantages of the business opportunities created by the coronavirus, and other new business opportunities.
 - the maximum loan amount is EUR 5 Million per company,
 - the interest rate is approximately 4% per year.
- The labour market service provided by the Estonian Unemployment Insurance Fund to cover for wage reduction – amounting to EUR 250 Million, under the following conditions:
 - the benefit can be used by a compliant employer to cover the period of two months from March to May 2020;
 - the benefit of no more than EUR 1000 per month per employee in need of the support is paid as gross amount.
 - the benefit is calculated based on the gross wages of the employee over the period of the previous 12 months, plus remuneration payable by the employer to the employee which is no less than EUR 150 in gross amount. The Unemployment Insurance Fund and the employer will pay all labour taxes on wages and benefits.
- For the period of March to May, the state will compensate the first three days of sick leave for all incapacity leave applications.

- Rural companies can apply to the Rural Development Foundation for guarantees (up to EUR 50 million), business loans (up to EUR 100 million) or land capital financing (up to EUR 50 million).
- Self-employed workers are subject to an advance social tax support measure.
- Payments into the II pillar of the pension fund are temporarily suspended.
- The State compensates for the direct costs of cultural and sporting events cancelled due to coronavirus in March-April, up to EUR 3 million.
- The Members of the Government supported the proposal of the Minister of Finance to suspend the tax interest calculation for a period of two months and to allow tax debt to be rescheduled at lower interest rates than are currently in force.

Finland

Financial measures announced by Finnish government on 17th March:

- 5 bln euro further support to economy.
- The State Pension Fund will buy 1 billion euros worth of commercial papers.
- The government will increase Finnvera Oyj's (Export Credit Agency) capacity to guarantee working capital loans to small and medium-sized companies by 2 billion euros.
- 1 billion euro fund to invest in corporate bonds. E.g. also about 73 million euros to stave off acute corporate funding pressures.
- Companies having difficulties paying taxes due to the coronavirus situation can request a payment arrangement with eased terms starting 25 March 2020. According to the new terms, the first instalment of the payment arrangement will fall due in three months after the arrangement has become active, as opposed to just one month. The Tax Administration will automatically include in the arrangement any new tax debts that form after the payment arrangement has been taken into use until 31 May 2020. In addition, the rate of late-payment interest on taxes included in a payment arrangement will be lowered from 7% to 4%. The lowered interest rate would only apply to taxes that are included in a payment arrangement and that fall due after 1 March 2020. The arrangement is available for businesses/entrepreneurs that do not have taxes in recovery by enforcement and have filed all the required tax returns and reports to the National Incomes Register (earnings payment reports and employer's separate reports).
- Businesses and private individuals can request more time for filing your tax return, if necessary, if you have a justified reason, such as illness, that prevents from filing the tax return by its original deadline. However, the Finnish tax administration does not grant more time for filing VAT returns. However, a request can be made for a fine for late payment to be removed. If you have a justified reason for filing late, such as illness, you may not have to pay a fine.
- Postponement option for pension insurance payments (Tyel and Yel) as well as easing the pension insurance company capital requirements.
- To review further measures based on the negotiations with the social parties (enclosed proposal made by parties 19th March).
- Other measures of Financial Supervisory Authority (FIN-FSA) decided to lower Finnish credit institutions' capital requirements. The reduction is implemented by removing the systemic risk buffer and by adjusting credit institution-specific requirements so that the structural buffer requirements of all credit institutions will fall by 1 percentage point, all in all. The decision will increase the lending capacity of the Finnish banks by around EUR 52 billion.
- The Bank of Finland has decided to restart its activities in the domestic corporate paper markets. The size of the programme is initially EUR 500 million. The decision was announced on 15th March

New package of measures on 20 March:

The first supplementary budget will safeguard the resources of the authorities and increase the appropriations allocated to companies. The scope of the supplementary budget will be around EUR 400 million. Further supplementary budgets will be introduced over the coming weeks.

- The guarantee mandate of the state-owned special financing company Finnvera will be increased by EUR 10 billion to a total of EUR 12 billion. The increase in the mandate will allow additional financing of € 10 billion for businesses.
- Employers' earnings-related pension contribution shall be reduced by 2,6% of salaries. It will be implemented as soon as possible and will be valid until the end of 2020. It will ease the companies' payments by EUR 910 million. Pension companies refrain from paying customer bonuses for a period when employers' pension contributions are reduced.
- An increase of EUR 150 million in Business Finland's mandate to be used for fast-start business support activities. An increase of EUR 50 million is proposed to support business development projects.
- Own-risk days in unemployment benefits are cancelled in the event of lay-offs and redundancies. Unemployment insurance is immediately accessible. Working conditions to be eligible for income-related unemployment benefits are shortened. These measures will cost the state more than EUR 100 million.
- Notice period for layoffs is reduced from the current (from 14 days to 6 weeks) to five days. The right to lay-offs is also extended to fixed-term workers.
- Unemployment protection for entrepreneurs and freelancers is ensured. In order to be eligible for unemployment insurance, you don't have to close your business.
- The Government promises max. EUR 600 million guarantees to airline company Finnair.
- An increase of EUR 26 million is proposed for the control of infectious diseases. An additional budget of EUR 12,8 million is proposed for the operating costs of the Institute for Health and Welfare for coronavirus expenditure.
- An increase of EUR 5,6 million is proposed to the police for additional expenditure due to the coronavirus epidemic.
- An amount of EUR 200 million is proposed for non-specific expenditure linked to exceptional circumstances.

France + see document in extranet

- It is possible to apply for a later payment of tax due if the companies can prove that they are financially affected by Coronavirus. However, only the deferral of direct taxes (including corporate income tax) is currently possible. VAT has not been included in the measures taken. Authorities have also committed to accelerate faster reimbursement of VAT credits.
- In difficult cases tax rebates can be decided on an individual examination of requests
- Support from the State and the Banque de France (credit mediation) to negotiate with its bank a rescheduling of bank credits;
- The State will guarantee €300 billion of bank loans to companies
- A €1 billion 'solidarity fund' will get created for the microbusinesses, SMEs and independent workers whose turnover is less than €1 million and who suffered a 70% decline of their turnover between March 2019 and March 2020 (cumulative criteria) : these eligible entities will then get a monthly €1 500 grant. Practical details will be clarified in the upcoming days.
- Suspension of rent and utility bills owed by small companies. Practical details regarding especially the size of eligible companies will be clarified in the upcoming days.
- The mobilization of Bpifrance to guarantee bank cash lines which companies may need because of the epidemic;
- Maintaining employment in companies through the simplified and reinforced partial unemployment system;
- Support for the treatment of a conflict with customers or suppliers by the Business Mediator;

- Recognition by the State of Coronavirus as a case of force majeure for its public contracts. Consequently, for all State public contracts, the delay penalties will not be applied.
- The State will cover 100% of the wages paid under the short time scheme.

Germany

Making reduced hours compensation benefit (Kurzarbeitergeld) more flexible

- Facilitation for short-time work - the threshold of employees that need to be affected by it was lowered from 1/3 to 10%
- Already in January the possible period for short-time work was extended from 12 to 24 months
- The Federal Employment Agency will cover 60% of the net salary in case of short term working and will reimburse the social contributions for the lost working hours to the employer
- Partial or complete waiver of the need to build up a negative balance in working hours
- Short-time working allowance will also be available to temporary workers

Tax-related liquidity assistance for businesses

- options for deferring tax payments and reducing prepayments will be enhanced, and enforcement rules will be adapted.
- It will be easier to grant tax deferrals. Revenue authorities will be able to defer taxes if their collection would lead to significant hardship. The revenue authorities will be instructed to not impose strict conditions in this respect.
- It will be easier to adapt tax prepayments. As soon as it becomes clear that a taxpayer's income in the current year is expected to be lower than in the previous year, tax prepayments will be reduced in a swift and straightforward manner.
- Enforcement measures (e.g. attachment of bank accounts) and late-payment penalties will be waived until 31 December 2020 if the debtor of a pending tax payment is directly affected by the coronavirus.

A protective shield with unlimited volume

In a first step, existing liquidity assistance programmes will be expanded to make it easier for companies to access cheap loans. This can mobilise a large volume of liquidity-enhancing loans from commercial banks. To this end, our established instruments complementing loans offered by private banks will be extended and made available to a greater number of companies:

- Conditions for the KfW-Unternehmerkredit (business loan for existing companies) and the ERP-Gründerkredit-Universell (start-up loan for companies that are less than 5 years old) will be loosened by raising the level of risk assumptions (indemnity) for operating loans and extending these instruments to large enterprises with a turnover of up to €2 billion (previously, the limit was €500 million). Higher risk assumptions of up to 80% for operating loans of up to €200 million will increase banks' willingness to extend credit.
- In the case of the "KfW Loan for Growth", the programme aimed at larger companies, the current turnover threshold of €2 billion will be raised to €5 billion. In future, these loans will take the form of syndicated loans and will not be restricted to projects in one particular field (in the past, only innovation and digitalisation projects were eligible). Risk assumption will be increased to up to 70% (from 50%). This will improve larger companies' access to syndicated loans.
- For companies with a turnover of more than €5 billion, support will continue to be provided on a case-by-case basis.
- For guarantee banks (Bürgschaftsbanken), the guarantee limit will be doubled, to €2.5 million. The Federation will increase its risk share in guarantee banks by 10% to make it easier to shoulder risks, which are difficult to assess in times of crisis. The upper limit of 35% of operating resources in guarantee banks' total exposure will be increased to 50%. To accelerate liquidity provision, the Federation is giving

guarantee banks the freedom to make guarantee decisions up to €250,000 independently and within a period of three days.

- The large guarantee programme (parallel guarantees from the Federation and the Länder), which was previously limited to companies in structurally weak regions, will be opened up to companies in other regions, as well. In this programme, the Federation covers operating loans and investments with a surety requirement upwards of €50 million and a guarantee rate of up to 80%.

These measures are covered by existing state aid rules. These special programmes are now being submitted to the European Commission for approval. The Commission President has already indicated that, in light of the coronavirus crisis, she will ensure that state aid rules are applied in a flexible way. The EU and Eurogroup finance ministers will advocate the necessary flexibility on the Strengthening European cohesion.

An additional package (March 22)

- Bailout fund (WSF) with 500 bn euro, that will take stakes in rescued companies (100 bn to recapitalize companies, 400 bn to assume debt from companies).
- Suspension of the debt brake initiated (constitutional limit on issuing new debt in excess of 0.35% of GDP)
- 50 bn hardship fund with loans to SMEs and self-employed
- Alongside loans from the German KfW (above), this would increase total borrowing for Germany by around 350 bn euro, or around 10% of GDP)

Greece

- Suspension of payment of VAT, payable at the end of March, for 4 months, in sectors and areas where the business is suspended by government order for more than 10 days. In addition, no interest or surcharge shall be payable on the amounts due when the deadline for payment and suspension of payment is extended.
- Suspension of payment of certified debts to the tax authorities, as well as installments of partial payment arrangements of certified debt, payable at the end of March, for 4 months in sectors and areas where business is suspended by government order for more than 10 months days.
- Establishing a mechanism, based on the available data from the Independent Public Revenue Authority, e-banking transaction and figures from the Ministry of Labour, that will monitor developments in the labour market and social security contributions, so that timely, targeted and effective intervention in the economy and in the regions where there is a significant decline in economic activity.
- Administrative requirements, such as the obligation to report overtime, are suspended in order to facilitate the gradual access of workers to avoid overcrowding in the workplace and public transport. Existing provisions on overtime and minimum rest time are not affected. A facility is provided for teleworking where possible.
- Support measures for businesses and workers affected by the pandemic, amounting to € 2 billion in the first phase. They will include, inter alia, a compensation of 400-500 euros to approximately 600,000 workers in businesses closed by government decision.

Hungary

- The Hungarian government announced a suspension of monthly payments on loans for individuals and businesses, provided that loans were concluded before 18 March 2020.
- Employees working in severely hit industries (tourism, hospitality, entertainment sector) will pay lower social security contributions in 2020.
- Suspension of employer's contributions until 30 June 2020.

Iceland

- Businesses experiencing temporary difficulties due to a fall in revenue will be given flexibility, e.g. extended deadlines for taxes and other public charges.
- Efforts will be made to provide temporary relief to the tourism industry, including temporarily reducing industry-specific tax payments.
- Once the situation returns to normal, a marketing campaign will be launched to promote Iceland as a tourist destination and Icelanders will be encouraged to travel domestically.
- Measures to stimulate private consumption and demand will be enacted, e.g. tax reduction or increased benefits.
- Ongoing and planned infrastructure projects will be accelerated.
- The Government will cooperate with the Icelandic Financial Services Association on their response to foreseeable liquidity and payment difficulties of tourism companies.
- The HF-Fund (former HFF-Fund) will transfer funds from the Central Bank to increase the ability of banks and creditors to provide credit to both companies and individuals.

Measures of 21 March

- Part time workers can claim up to 75% of unemployment benefits to avoid job losses. Those who are under the risk of losing their jobs will be eligible for unemployment benefits which allow them to move to part time hours for their employer (as low as 25% of their previous employment hours or salary) and claim additional support from the government.
- Postponement of taxes until next year, hotel taxes abolished until end of 2021
- Reductions in bank taxes and state guarantees on loans to eligible companies
- Initiation of a special project still this year to increase investment in transport, public construction and technology infrastructure – details to be released later

Ireland

- A €200m Strategic Banking Corporation of Ireland (SBCI) Working Capital scheme for eligible businesses impacted by COVID-19. Loans of up to €1.5m will be available at reduced rates, with up to the first €500,000 unsecured. Applications can be made through the SBCI website.
- Application of interest to late payments of VAT suspended for January/February
- Application of interest to late payments of employer PAYE(income tax)liabilities suspended for February/March
- A €200m Package for Enterprise Supports including a Rescue and Restructuring Scheme available through Enterprise Ireland for vulnerable but viable firms that need to restructure or transform their business.
- The maximum loan available from MicroFinance Ireland will be increased from €25,000 to €50,000 as an immediate measure to specifically deal with exceptional circumstances that micro-enterprises – (sole traders and firms with up to 9 employees) - are facing. Applications can be made through the MFI website or through your local LEO.
- The Credit Guarantee Scheme will be available to COVID-19 impacted firms through the Pillar Banks. Loans of up to €1m will be available at terms of up to 7 years.
- the Department of Employment Affairs and Social Protection and the Department of Business, Enterprise and Innovation will provide a joint First Responder support service through the Intreo Offices and development agencies, Enterprise Ireland and IDA Ireland in each region to provide tailored supports for impacted firms, with objective of avoiding mass lay-offs and buying time for firms to work through the short-term disruptions.
- Firms that need to reduce hours or days worked can avail of the Department of Employment Affairs and Social Protection Short Term Work Support by contacting their local Intreo Office, see gov.ie/en/service/c20e1b-short-time-work-support.

- The full range of Enterprise Ireland, IDA Ireland, Local Enterprise Office and Údarás na Gaeltachta grant supports will be available to firms to help with strategies to innovate, diversify markets and supply chains and to improve competitiveness.

Italy

Legislative Decree n. 18 of 17 March 2020 The main measures related to enterprises focus on 4 main axes:

1) Support for workers and enterprises,

- **redundancy fund** - extended to all national territory, to all employees of all productive sectors, even to companies that already benefit from extraordinary layoffs, for a maximum of 9 weeks;
- compensation of 600 euro, monthly non-taxable, for self-employed workers and those subject to VAT;
- equivalence between disease and quarantine;
- **parental leave** for additional 15 days at 50% of remuneration for working parents or otherwise babysitter bonus 600 euro worth;
- for **air transportation**, enhance of the special fund for sustaining of income and the establishment of a new society fully controlled by Ministry of Finance.

2) Measures to support the liquidity of households and businesses

- **moratorium on loans** to micro, small and medium-sized enterprises (mortgages, leasing, credit openings and short-term expiring loans)
- strengthening of the **SME guarantee fund**:
 - o eligibility for the guarantee of debt renegotiation operations;
 - o automatic extension of the guarantee in the event of a moratorium or loans suspension;
 - o for transactions up to € 100,000, the evaluation procedure is restricted to the economic and financial profiles only;
 - o the chance to combine the guarantee of the fund with other forms of guarantee for the tourism sector;
 - o possibility to set up special sections of the fund in order to support access to credit for certain economic sectors or business chains, on the initiative of the sectorial Administrations, associations and reference bodies.
 - o suspension of the fund's operating terms;
 - o extension of the limit for the granting of the guarantee from 2.5 million to 5 million;
- strengthening of the **Confidi** for micro-enterprises;
- establishment of an Integrated Promotion Fund at MAECI;
- instantaneous entry into force of the volatility adjustment for insurance companies;
- introduction of a counter-guarantee mechanism for banks, by CDP, with which to allow the expansion of credit also to medium-large companies affected by the crisis;
- incentive to sell impaired loans by converting deferred tax assets into tax credits for financial and industrial companies;
- establishment of a show, cinema and audio-visual emergency fund and provisions for the cultural sector;
- rules on the reimbursement of residence contracts and on the termination of contracts for the purchase of tickets for shows, museums;
- Increase in advances from the 2014-2020 Development and Cohesion Fund within the Operational Plans of Central Administrations and Development Pacts.

3) Fiscal measures

- **Suspension of withholding tax, social security and social security contributions and compulsory insurance premiums** during March and April, together with payment of VAT in March. The sectors concerned are tourist-hotel, spa, passenger transport, restaurants and bars, culture (cinema, theatres), sport, education, amusement parks, events (fairs/conferences), games rooms and betting centres;

- **suspension of payment periods and tax and contribution payments** for taxpayers with a turnover of up to EUR 2 million (VAT payments, deductions and contributions for March);
- **deferral of the deadline** for payments due to public authorities from 16 to 20 March for economic operators not subject to suspension;
- **disapplication of withholding tax** for professionals without employees, with revenues not exceeding 400,000 euros, on the invoices of March and April;
- **suspension until 31 May 2020** of time limits for winding-up, control, establishment, collection and litigation activities by the offices of the Revenue Agency;
- **suspension of time limits** for collection of tax records, payment and removal, suspension of new files and suspension of executive acts;
- incentives and contributions for **sanitation and safety at work**;
- **for commercial rentals**, tax credit equal to 60% of the March rent;
- provisions on road transport and public passenger transport;
- the suspension until 31 May 2020 of fees for the award of public sports facilities to sports associations and societies;
- urgent extraordinary measures in support of the press chain.

4) Enhancement of the health System and of civil protection

- appropriations for the recruitment of 20000 health workers for the national health system.
- increase of **national emergency Fund** of 1.65 billion;
- the funding for **increase the hospital beds**;
- requirement for **private facilities** to provide for health workers, buildings and their equipment:
- authorization to Invitalia to provide concessional financing or straight grants **for producers of medical devices** and PPE (personal protective equipment);
- possibility for civil protection of **requisition** of health centres, medical surgical and essential goods. Prefects will have at their disposal the requisition of hotels or other buildings;
- preview of price in public contracts, to expedite the purchase procedures and the payment of materials and health tools.

Latvia

- temporary support to employers to cover sick leave payments and employee salaries in idle time
- possibility to defer tax payments up to three years and the deadline for submitting annual reports has been extended to at least 31 July
- State revenue service will refund approved VAT payments already within 30 days of submission of VAT declarations
- ALTUM (national development finance institution) will provide loan guarantees and loans for crisis solutions to businesses affected by COVID19
- Interest rates on loans for tourism sector businesses will be cut by 50% for SMEs and by 15% for large enterprises

Lithuania

On 16 March 2020 the Lithuanian Government adopted the Economic and Financial Action Plan to address the impacts of the COVID-19 virus on the economy, people and businesses. 10% of the country's gross domestic product (GDP), accounting for 5 billion euros, will be allocated to support the measures.

The action plan focuses on ensuring the health of the population, helping small and medium-sized businesses, boosting employment and economy:

- **Provision of necessary resources for the efficient operation of health and public security systems - 500 million euros**

- **Jobs and income protection - 500 million euros**

The Economic and Financial Action Plan provides 500 million euros for measures aimed at maintaining jobs and income. The state will jointly support businesses with job retention for up to three months, by also covering partial downtime or part of downtime allowance for employees. In the case of quarantine in educational institutions or social care and employment centers, a provision foresees sickness benefits for the specialists who take care of children and the disabled. It also provides for self-employed workers who have paid social security contributions: to receive 257 euros / month for up to 3 months when they are unable to carry out their activities due to quarantine, and to extend the credit payment period (excluding interest) for those who became unemployed – from 3 to 6 months with the state guarantee. Also, to allow the possibility of postponement or settlement of payments for electricity and natural gas to the national energy holding company Ignitis UAB, to recommend municipalities to postpone or arrange schedule for utilities and heat energy payments.

- **Maintaining business liquidity - 500 million euros**

The plan provides for immediate tax loans, with postponed or deferred payment schedule, without interest payment; stopping recovery actions on the basis of reasonableness criteria; exemption of taxpayers from fines and penalties; possibility to defer payment of personal income tax; increase the Guarantee Limit for the Agricultural Loans and INVEGA Guarantee Fund by 500 million euros as well as extend the terms for the guarantees; enable businesses to defer or postpone payments for the electricity and natural gas consumed to the national energy holding Ignitis UAB. It is also recommended that municipalities exempt businesses from commercial real estate and land taxes, and allow to defer or arrange utility bills and payments for heat energy.

- **Boosting the economy - 1 billion euros**

The Economic and Financial Action Plan provides for accelerating investment programs, speeding up payments and increasing the intensity of funding. It also allows reallocation of EU investment funds to health, employment and business fields, accelerates the use of state budget for current expenditure, use all funds from the Climate Change, Road Maintenance and Development programs and accelerate the renovation of apartment buildings. In addition, it is planned to recommend the Bank of Lithuania to take measures to increase the lending potential of banks by 2.5 billion euros: (1) reduction of capital requirements for credit institutions; (2) Reduction of liquidity reserves; (3) Reduction of other supervisory measures.

Moreover, an additional 500 million euros state guarantee ceiling is foreseen to create or supplement the existing financial instruments. Also, to establish a COVID-19 Impacts Reduction Fund open to contributions from legal and natural persons.

A 1 billion euros stimulus package for the economy will encompass 500 million euros additional investments and 500 million euros additional guarantees.

- **Ensuring liquidity of the state treasury**

The Economic and Financial Action Plan provides for the Government to borrow additional 5 billion euros.

- **Task force on business emergency coordination**

A state-level task force on business emergency coordination was formed. LPK is represented by its President Robertas Dargis.

Luxembourg

- Companies directly affected by government orders eligible for a short-time working scheme
- Reimbursements for unemployment caused by government closures at 80% of normal salary
- Commuter certificates for cross-border workers to allow them to cross borders that are otherwise closed
- Companies can apply for cancellation of tax advances for the first 2 quarters of 2020, and can apply for a four-month payment deadline for taxes due after February 29
- All VAT credit balances below 10.000 euros will be reimbursed

Malta

- €1.6 billion in liquidity for companies: €700 million in tax deferrals and €900 million in guarantees. The €900 million in government guarantees to companies are expected to open up the availability of credit and loans to the tune of €4.5 billion that would give companies additional liquidity
- Quarantine leave: Government to pay companies €350 per employee on quarantine leave
- Government will cover additional two months leave for parent who has to stay at home to take care of the children as a result of school closures with an €800 per month benefit.
- A company registering 25% less sales will benefit from 1 day per week per employee. This amounts to around €37 per week, equivalent to around €147 per month per employee. Measure is capped at €800 per month.
- A business that was asked to close as part of the Covid-19 measures will get 2 days of assistance per week per employee. This is equivalent to €300 per month per employee.
- A self-employed person will get the same amount
- A self-employed person who also employs others will get 3 days per week of assistance for himself and 2 days per week for every employee
- A Maltese or EU citizen who becomes redundant will get €800 per month as unemployment benefit
- A third country national who becomes unemployed will get no financial assistance but JobsPlus will help to find alternative work
- People in rental property and who lose their job and did not qualify for rent subsidy, will now benefit from the scheme
- Foreign workers: A company that makes anybody redundant cannot apply for a work permit for a third country national. Malta will stop accepting new third country national work permit applications
- Taxes due in March and April, including provisional tax, VAT and social security contributions, have been postponed to a future date. VAT credit refunds will also be accelerated.
- Incentives/grants for companies to invest in teleworking equipment

Netherlands

On March 17 the Dutch government further announced:

1. A guarantee facility for SME loans (BMKB) is already in place and working – EUR 665 million of an available budget of EUR 765 million, 0.08% of GDP. The Ministry of Economic Affairs and Climate Policy has expanded guarantees to a higher guarantee percentage, up to 90% of the credit risk of banks for SMEs that want to take out a loan of EUR 1.5 mln maximum but that do not have the required collateral. This measure was recently expanded for SMEs coping with risks associated with the nitrogen ruling (adopted) and is further expanded to apply to SMEs affected by COVID-19.
2. The social assistance decree, aimed at self-employed persons, (Bbz, Besluit bijstandverlening zelfstandigen 2004) will be expanded, meaning that the self-employed and entrepreneurs will be able to receive social assistance if they meet certain standards, which will be relaxed. This social assistance will include additional benefits to meet livelihood standards and/or a loan for working capital.

3. A new temporary measure will be introduced to help entrepreneurs paying wages, in order to prevent unemployment. This measure replaces the current working time reduction scheme, which was not designed for handling a pandemic. In the new scheme, employers will be supported more quickly than before. Employers using the scheme must commit to not firing their employees on economic grounds. Employers who expect a decline of at least 20% in revenue can request an allowance for a period of 3 months of maximally 90% of the total wage sum. The Employee Insurance Agency (UWV) will pay a deposit beforehand, and it will be determined afterwards whether a firm has received too much or too little support. The Dutch government will work on the details of the proposal in the coming period and will send a request to the European Commission regarding stateaid rules. The costs will strongly depend on the number of applications. If 25% of all employers apply for an average of 45% of their wage bill, the costs will be around 10 billion euros in the first 3 months. These costs will increase when the number of applications rise.

4. Businesses can request for a special deferral of payment in income tax, corporate tax, VAT, energy tax and wage tax. Temporarily, no penalties for failure to pay taxes (on time) will be imposed. Businesses that already forecast lower profits due to the epidemic can request a reduction of the provisional tax assessment and will be able to pay less initial tax in order to avoid liquidity problems. To avoid immediate liquidity problems, the requirement for a "third expert" will not have to be included in the request immediately (but after two weeks). Moreover, the tax authorities will temporarily decrease the recovery interest rate from 4% to 0.01%.

5. The so-called GO-regulation, through which SMEs can secure a 50% guarantee from the government on their bank loans and bank guarantees, will be expanded. The maximum ceiling guaranteed will be increased from EUR 400 million tot EUR 1.5 billion and the maximum GO-facility per firm will be increased from EUR 50 million to EUR 150 million. This will enable both small and large firms to benefit from this policy.

6. In order to support small firms and start-ups with little financial reserves, we will expand the Qredits-programme. Through this program, we expect to support approximately 3000 to 6000 firms by a deferment of payment for a period of a maximum of six months and by giving those firms a discount on their rent payments for the same period.

7. Agricultural and horticultural SMEs will be supported by temporarily relaxing the guarantee for working capital, which is part of the existing decree Borgstelling MKB-Landbouwkredieten (BL). The decree will ease acute liquidity problems for agricultural and horticultural business who experience those problems due to the COVID-situation. The credit is for a maximum of 2 years.

8. The central government will discuss with local governments on how they can support local entrepreneurs within the current regulatory frameworks. In order to support the liquidity of local firms, the central government will discuss whether it is possible to postpone the collection of local taxes, including tourist taxes.

9. To support firms that are affected by our government's health measures - for example by the closure of restaurants - an emergency desk will be introduced, through which those firms can receive a one-off lump sum allowance of EUR 4000. The conditions for this allowance are currently being drafted.

Norway

The Norwegian government has taken strong measures to fight the Covid-19;

- "closed" the borders and banned foreigners from entering the country/to be put in quarantine for 14 days, goods will still be allowed to enter
- closed all schools and universities,
- closed bars, restaurants etc. but shops are still allowed to be open

- banned sectors treating people from operating (hairdressers, phycists, opticians, dentists etc)
- closed down non essential public offices for public availability.

On March 16 a settlement was presented that includes, among others, the following measures:

- The employer's period of layoff is reduced from 15 to 2 days.
- The employer period for sick pay and care allowance is reduced to 3 days. This will mean a lot to businesses in a very demanding situation. Employers do not receive an extra bill when the workforce disappears. This applies to sick pay related to the coronary pandemic.
- Self-employed and freelancers receive sickness benefits from day 3, and care money from day 4.
- The period of care money (for parents staying home with children home from school) is doubled.
- Deferred VAT payment. Payment of the employer's contribution on May 15 and VAT on April 15 this year is postponed. The 12 percent VAT rate is reduced to 8 percent. Along with deferred payment of other taxes, these are crucial measures in a period when companies have limited revenues. We also have to gradually clarify whether companies can be exempted from any taxes and fees.
- Apprentices now receive an income hedge on par with apprenticeship pay.
- Self-employed persons also receive an income hedge equivalent to 80 per cent of average income for the past three years, limited up to 600.000 NOK/60.000 EUR.
- Employees receive a "full salary" for 20 days upon termination. The cost is distributed with two days to the employer, and then 18 days from the state with pay, but limited up to 600.000 NOK/ 60.000 EUR. This will ease the burden on many jobs.
- The income limit for receiving unemployment benefit is set at 0.75 G (7.500 EUR). This group also ensures at least 80 per cent of its income up to 3G during the layoff period.

In addition there will be more credit available;

- Loan and guarantee schemes for business on a total of NOK 100 billion (EUR 10 billion)(more if needed) to help ensure that the companies get the credit they need. The credit will be handled through the ordinary banks.
- The Norwegian central bank has lowered its interest rate to 1% and reduced the capital demands for banks to free capital for businesses

Poland

Polish Prime Minister Mateusz Morawiecki announced 18th of March package, which will help Polish economy to counteract the consequences of coronavirus epidemic. In addition, our borders stay closed for non-Polish citizens or inhabitants till 3rd of April (with possibility of prolongation).

Value: 221 billion PLN

- **Pillar I: Defence of employees against job losses - protective measures for the labour market.**
 - o For entrepreneurs who meet certain criteria: 40% state and at least 40% covered by employer.
 - o For self-employed, contract agreement and work contract employed: covering up to 80% minimum remuneration.
 - o Extended care allowance: 3-4 billion PLN from the social insurance fund.
 - o Credit installment prolongata.
 - o Anti-Usury Act - the fight against unjustified price increases
- **Pilar II: pillar for entrepreneurs:**
 - o up to 5,000 PLN micro-loans, guarantee and liquidity solutions; loans and credits on preferential terms, among others for industries most affected by the crisis (transport). Increased guarantee from Bank Gospodarstwa Krajowego¹¹ (up to 80% loan) - postponement of loan repayments by banks.
 - o Deferring payments to ZUS, spreading repayments into instalments etc.

- **Pillar III: support for health care: 7.5 billion PLN for infectious hospitals, medical equipment, modernization of the hospital base etc.**
-
- **Pillar IV: ensuring stability of financial system: capital - liquidity package. Deposit protection.**
- **Pillar V: public investments:**
 - o 30 billion PLN: local government roads, digitization, modernization of schools, environmental protection, reconstruction of infrastructure. Resources independent of European funds. The flexibility proposed by the EU in the use of cohesion funds is a good option.
 - o [14](#) A state development bank whose mission is to support the social and economic development of Poland and the public sector in the fulfilment of its tasks.

Portugal

- Credit line, with state guarantee, to support companies' cash flow (200 M €).
- 12-month moratorium on repayment of reimbursable grants (incentive systems) for the most impacted companies.
- Postponement of tax payments.
- Simplified regime of temporary lay off for companies in "emergency crisis" (having their activity suspended for reasons related to the epidemic or with a considerable fall in their turnover). Workers receive 2/3 of their wage, of which 30% is paid by the employer and 70% by social security. During lay off (and one more month), companies are exempt from social security contributions.
- New credit lines with favourable conditions for companies operating specific sectors of activity: restaurants, tourism, events, shoes, textile, extractive industries (3000 M €)
- Postponement of tax and social contributions payments

Slovakia

- Extension of VAT payment date and removal of interest or penalties on late filings due to COVID-19.

Spain

Measures from 12 March Supporting business activity:

- flexibilization allowed for tax payments during a period of six months, which would inject 14 billion euro of liquidity; For all Spanish VAT returns due in the period 13.03.2020 until 30.05.2020, an extension of the deadline for submission may be requested from the Spanish tax authorities using a special form. However, this extension cannot be requested by large companies (annual turnover exceeding EUR 6 million) or if the VAT due on the return exceeds EUR 30,000.
- opening of a specific credit line through the Official Credit Institute for 400 million Euro to cope with liquidity needs of companies and self-employed people in the tourism sector;
- extension of Social Security subsidies for permanent seasonal contracts in tourism, retail and restaurants linked to touristic activity; and
- a request has been sent to the European Commission to introduce an exemption from the slot-use obligations for the next seasons.

Additional measures:

- prohibition of interruption of supply during the alarm state and the suspension of the automatic update of energy prices
- Suspension of the term to apply for insolvency. Courts will not accept the insolvency applications submitted by creditors during the state of alarm or during the two months following its termination.
- The Royal Decree suspends the deadline for tax debt payments assessed by the tax authorities, including deferred or suspended tax debts as well as tax debts within the enforcement period (periodo ejecutivo),

until 30 April. In addition, a general delay in the deadline of tax administrative procedures has been approved until 30 April.

- Employment guarantee: The Royal Decree includes in its final provisions an employment guarantee whereby all extraordinary employment measures carried out by companies in application of the measures approved by the Royal Decree are conditioned to the companies keeping employment within the six months following the restart of business activity
- Working time adaptation or reduction Employees may request an alteration of working hours (including changes in shifts) or the reduction of working hours (up to 100%) to take care of a spouse or partner, or dependent family members up to the second degree of kinship, for COVID-19-related reasons
- Suspension of mortgage payments for businesses, self-employed and persons having lost their job during the epidemic
- Reduction in Social Security contributions: (i) Companies with less than 50 employees will be exempted from paying Social Security contributions (employer quota only) during the term of the measures, and (ii) companies with more than 50 employees will have a 75% discount on the employer quotas.
- Unemployment allowance: All employees affected by the suspension/reduction measures will be entitled to the unemployment allowance irrespective of whether they personally fulfil or not the requirements set by law to access such allowance
- If cases where the business activity needs to be suspended or reduced, the Royal Decree establishes new provisions in relation to the process to follow for the collective suspension of employment relationships or the collective reduction in working hours, which are basically aimed at making such processes more flexible

Spanish Social Partners are asking to:

- Introduce flexibility and easing the legal procedure in relation to temporary lay-offs, due to force majeure reasons.
- Social security coverage must be assured for permanent seasonal employees who may be affected at work;
- With respect to those employees isolated or in risk of contagion, they shall receive a supplement of up to 100% of their salaries. However, the Government must draw up a proceeding to process withdrawals and registrations, in order to provide with legal certainty.
- Precise legal provisions should be considered foreseeing childcare and elderly care, including contributions to social security.
- Teleworking should be allowed in case of extraordinary public health reasons, even in the bosom of companies or sectors where teleworking has not been implemented yet.

Sweden

- The Government intends to submit the proposals to Parliament in the extra amending budget decided by the Government on 19 March.
- Depending on how the situation develops, the crisis package that the government is presenting can include over SEK 300 billion if the entire liquidity enhancement through the tax account is utilized.
- Short term leave is introduced today
- The proposal means that the employer's salary costs can be reduced by half by the state accounting for a larger cost. The construction is similar to short-term work, but the degree of subsidy is greatly increased. The employee receives more than 90 percent of the salary. The purpose is to save Swedish jobs.
- It is proposed that the proposal for short-term permits come into force on 7 April and will apply in 2020, but it will apply from today 16 March.
- The state takes over the sick pay responsibility for two months
- The state is proposed to temporarily take the full cost of all sick pay costs in April and May. Self-employed persons are also compensated by receiving a standardized sickness benefit for days 1-14.
- Liquidity boost through the tax account

- The proposal means that companies can be deferred with payment of employer contributions, preliminary tax on salary and value added tax, which are reported monthly or quarterly.
- Corporate deferral includes three months' tax payments and is submitted for a maximum of 12 months. This replaces the previously presented proposal.
- The new rules are proposed to apply on April 7, 2020, but can be applied retroactively from January 1, 2020. This means that companies that have paid tax in their tax account for January to March can receive tax refund from the Swedish Tax Agency. Deferrals will only be granted to companies that do not neglect their finances or are otherwise rogue. Nor can deferrals be granted to companies that have larger tax liabilities.
- The proposals on deferment and short-term now go to the Law Council for quick handling.
- Overall financial measures in Sweden so far
- The state will compensate municipalities and regions for extraordinary measures and additional costs in health care and care linked to the corona virus.
- In order to reduce the spread of infection in the community, the deduction is cancelled between March 11 and May 31 by paying the sickness benefit for the first day of the illness.
- The public health authority, the National Board of Health and the Swedish Medicines Agency receive additional resources.
- Resources are increased for the so-called infectious carrier allowance as the number of individuals entitled to this allowance is assumed to increase.
- The state temporarily takes over the sick pay responsibility for two months.
- Liquidity enhancement is provided through the tax account for VAT, employer contributions and employees' provisional tax from 1 January.
- Short-term leave is introduced from 16 March.
- In addition to the government's measures, the Swedish Central Bank has announced that they lend up to SEK 500 billion to companies through the banks to secure the credit supply.
- Finansinspektionen (Sweden's financial supervisory authority) has announced that it will reduce the countercyclical capital buffer to zero in order to safeguard a well-functioning credit supply.

Switzerland

- Border controls reimposed
- Schools closed, all public and private events are prohibited in Switzerland. All shops, markets, restaurants, bars and entertainment and leisure facilities, such as museums, libraries, cinemas, concert halls and theatres, sports centres, swimming pools and ski areas are closed. Also affected are businesses at which the recommended distance of 2 m. cannot be maintained, such as hairdressers and cosmetics studios.
- Extend the instrument of compensation for short time work for companies in difficulties.
- economiesuisse urges the Federal Council to rapidly activate the loan guarantee cooperatives, which are supported by the federal government and facilitate SMEs access to bank credits because these organisations can provide the banks with guarantees. These cooperatives guarantee loans of up to 1 million CHF. The Confederation insures up to 65% of the associated risk of loss. The authorities also pay a proportion of their administrative costs. This scheme shall be made available to SMEs who are particularly hit by the effects of the Corona virus. In addition to this, companies should be given the possibility to delay payments to the authorities in order to avoid bankruptcy of otherwise solvent enterprises.
- Goods transports must continue to cross the borders without further hinderance. economiesuisse welcomes the decision of the Swiss government not to foresee any restrictions in this area and to coordinate cross border exchange of goods closely with the EU.

United Kingdom**Measures 20 March:**

- **Coronavirus Job Retention Scheme** accessible for all businesses. The details of the scheme include:
 - The government will pay up to 80% of furlough workers' salary (up to £2,500 per month)
 - This is a grant and the first grants will be paid within weeks; it should all be up and running before the end of April
 - The pay will be backdated to 1 March 2020
 - The scheme will run for a maximum of 3 months and employees cannot work during that period.
- **Coronavirus Business Interruption Scheme**
 - The loans will now be interest free for 12 months, not the previously indicated 6 months.
- **Q1 VAT payments will be deferred**
 - There will be no payments between now and the end of June
 - Businesses will have until April 2021 to pay this back
 - This is a £30bn package.
- **Additional measures**
 - The Chancellor also announced the Universal Credit standard allowance would be increased by 12% over the next 12 months
 - The minimum income floor for Universal Credit will be suspended
 - Self-assessment payments are deferred until January 2021
 - The Chancellor also announced a £1bn support package for renters to cover around 30% of market rents.

Economic measures in third countries**South Korea**

11,7 trillion won supplementary budget plan, among others for measures such as,

- Expand the emergency loans for business operation, and provide facilities investment support for SMEs in the disease-hit areas of Daegu City and North Gyeongsang Province
- Provide loan guarantees through the Korea Credit Guarantee Fund and Korea Technology Finance Corporation
- Invest in accounts receivable insurance funds
- Invest in export financing
- Provide wage support for small merchants
- Promote a rent cut in traditional markets by offering 100 percent support for fire prevention in the entire market in the case of at least 20 percent of shops getting rent cuts
- Support the resuming of business after shut-down due to a visit by the virus-infected
- Promote expanding to online markets
- Provide retailers in traditional markets with vouchers designed to support their marketing activities, such as joint promotion
- Issue vouchers for local products
- Give a 20 percent raise in wages to seniors in government's elderly job programs if they agree to receive 30 percent of their pay in local gift certificates
- Redeem 10 percent of the prices paid for home appliances with a high-energy efficiency rating
- Increase the budget for homecare allowance in the case of childcare shifting from daycare institutions to homecare
- Increase job seekers' allowance for young adults, and reintroduce job seekers' allowance for those from low income households
- Expand the employment support designed to promote employment retention and job training

United States

On March 17 the US government proposed an aid package (to be ratified in the Senate) of a magnitude estimated to be around 1 trillion USD, which will include:

- 500 bn USD "Helicopter money", in the form of a check of 1.000 dollars to every American in April, possibly followed by another check later if the situation requires it
- 3-months tax deferral for businesses as well as individuals (up to 10 million / 1 million max)
- 50 bn USD support for airlines
- Loans for businesses

On Sunday March 15 the US Federal Reserve announced

- Its second rate cut during the coronavirus outbreak, the Fed lowered its interest rate by own 1 percentage point, down to zero (0.25% for some rates).
- It also announced it will purchase 700 billion dollar worth of Treasury bonds and mortgage-backed securities (quantitative easing)
- The existing dollar liquidity swap lines with European countries and Japan will also be strengthened

The US Chamber of Commerce requests government to:

- **enact legislation cancelling the payment of all payroll taxes typically paid by employers for the months of March, April, and May.** Each month, employers remit more than \$100 billion to the federal government in the form of Social Security, Medicare, and unemployment taxes. Collectively, these taxes add just over 15% to the cost of employing the average employee. Temporarily cancelling the collection of these taxes will reduce the cost for employers for continuing to pay employees regardless of whether they are working or on sick leave and increase liquidity for employers to help them respond to losses in revenue. Further, for employers with fewer than 500 employees, cancellation of the taxes combined with the refundability for paid sick and family leave included as part of the Families First Coronavirus Response Act will provide meaningful additional financial support.
- **enact legislation expanding and streamlining loan programs for small businesses with fewer than 500 employees experiencing revenue loss as a result of the Coronavirus.** The Small Business Administration (SBA) disaster loan program for those impacted by the Coronavirus should be immediately made available nation-wide, eliminating the state-by-state and county-by-county certification process. Additionally, we recommend giving SBA the authority to streamline its disaster loan approval process for amounts below \$350,000 in order to provide emergency capital more quickly to small businesses in need. This should include removing the requirement that small businesses demonstrate that they cannot access credit elsewhere before receiving a SBA-disaster loan.
- **enact legislation enabling the creation of credit facilities to provide loans and loan guarantees to employers with more than 500 employees experiencing significant revenue loss as a result of the Coronavirus.** Specifically, legislation should expand the use of the Federal Reserve Discount Window through the liberalization of the restrictions of Section 13-3 of the Federal Reserve Act. Then the U.S. Treasury, Federal Reserve, Office of the Comptroller of the Currency (OCC) and the Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) should work in combination with banks to establish a system of credit facilities, to provide loans and loan guarantees that can be accessed by businesses with more than 500 employees to address disruptions created by the Coronavirus emergency. Banking regulators should temporarily suspend and review requirements such as the Liquidity Coverage Ratio and provide flexibility in their supervisory expectations for banks extending credit to businesses. These actions should allow for an orderly operation of a program of loans and loan guarantees.

Japan**Expanding special measures on the Employment Adjustment Subsidies**

- Due to the impacts of COVID-19, some businesses are forced to curtail their operations in response to the slow-down of the flow of people and goods. The government will significantly expand special measures on the Employment Adjustment Subsidies so as to protect employment and secure the stability of the people's lives even in such a situation. Expand the scope of the special measures to all business owners, clarify eligibility criteria (such as simultaneous closure), and apply retroactively back to January, 2020.
- Increase the subsidy rate for certain areas (SMEs: increase from 2/3 to 4/5; large enterprises: from 1/2 to 2/3)

Robust liquidity supports

- In order to overcome the impacts on local economies, including those from self-restraint from holding events, and bring businesses back on a growth track after the disease is under control, the government will implement financial measures totaling 1.6 trillion yen from the Japan Finance Corporation and other institutions, primarily focusing on micro, small and medium-sized business operators.
- Establish a COVID-19 special loan program (on the scale of 500 billion yen) and reduce the interest rate, as well as provide real interest-free, unsecured financing support to micro, small and medium-sized business operators and others
- Applying safety net guarantee system No. 4 (100%) and No. 5 (80%) of credit guarantee corporations, as well as crisis-related guarantees (100%)
- Support financing and reorganization of domestic supply chains through operations to facilitate crisis response by the Development Bank of Japan (DBJ), and the Shoko Chukin Bank (on the scale of 204 billion yen)
- Call for private financial institutions to actively provide new loans and change terms for existing debt

Responses for the damages to supply chains

- Taking into consideration the burdens on micro, small-, and medium-sized business operators, the government will enable expedited assistance, regarding priority supports on capital investments to respond to the damages, including those on supply chains, and for business owners who work to cultivate new sales channels
- Make use of the Growth Investment Facility and other measures of the Japan Bank for International Cooperation (JBIC) (on the scale of up to 500 billion yen)
- Support reorganization of domestic supply chains through the DBJ, etc (same measure as previous item)

Measures for the tourism industry

- The prevention of the spread of infections is the premise of the recovery of tourism demand. The government will strongly support the tourism industry through the Employment Adjustment Subsidy and liquidity supports for the time being. At the same time, regarding the period in which the government is working on prevention as a forward-looking "run-up" period, the government will develop a foundation to prepare for a turnaround in the future, identifying this infection control period.
- Provide supports in various fields such as diversification of attractions, including the development of attractive tourism content and multilingual signs.
- Consider a post-COVID-19 campaign through the collaboration of the public and private sectors

Strengthening comprehensive supports through promoting the use of the self-reliance support system for people in need

- The government encourages the local governments to provide comprehensive supports tailored to people in need, including those who had to leave their jobs or have decreased incomes due to the impacts of COVID-19.

What labour policy measures are currently implemented or will be introduced to cushion the effects of COVID-19?

- **AT:** initial aid programme worth 4 billion euros (38 billions at 17.3.), 400 million euros of which are earmarked for corona short-time work.
<https://www.etuc.org/sites/default/files/page/file/2020-03/Austrian%20Short%20Time%20Work%20Package%2014-3-2020.pdf>
- **BE:** No scheme in Belgium, only VDAB: temporary unemployment (employers get an unemployment benefit)
- **CY:** Government announced an employment subsidy scheme for the retention of employees in enterprises employing up to 5 employees (specific sectors) and also two schemes for suspension of work which will provide a monthly benefit to all employees who are suspended from work.
- **DE:** making reduced hours compensation benefit (Kurzarbeitergeld) more flexible; Tax-related liquidity assistance for businesses.
<https://www.bmwi.de/Redaktion/EN/Pressemitteilungen/2020/20200313-protective-shield-for-employees-and-companies.html>
- **DK:** Government and the social partners have agreed on a tripartite agreement to provide billions of DKK in aid to companies in Denmark to help prevent laying off; cover percent of an employee's monthly salary.
- **EE:** A new benefit to support employers in sectors who are currently hit the hardest by the crises in order to avoid/postpone redundancies, expenses on salaries are (partially) compensated.
- **ES:** measures under way (news by this week).
- **FI:** preparation of the measures under way. Ministry of Economic Affairs and Employment is preparing a supplementary budget (17 March).
- **FR:** For businesses: longer deadlines to pay social and/or fiscal contributions; in most difficult situations, direct remission of taxes; support options to negotiate a rescheduling of bank loans and guarantee overdraft facilities for companies; maintaining employment through a simplified and reinforced short-time (partial unemployment) scheme
<https://www.pole-emploi.fr/actualites/covid-19-activite-partielle-et-a.html>
<https://www.pole-emploi.fr/employeur/vos-declarations-et-cotisations/le-chomage-partiel-ou-technique/lactivite-partielle.html>
- **HR:** measures focused on the job preservation in activities/sectors mostly at risk, whereas 100% net minimum wage can be financed for estimated 400.000 workplaces, max. duration up to 3 months. Also, measures targeted at employers who work permanently seasonal.
- **IS:** A bill on increased rights to unemployment benefit, extension of payment of partial benefits and a bill on temporary payments for salaries of individuals subject to quarantine under the instructions of the health authorities
- **LU:** various types of short-time work under certain conditions and depending on the nature of the difficulties encountered. Employment Fund (Fonds pour l'Emploi) pays 80% of normal salaries; measures that ensure that SMEs have access to funding; additional aid scheme intended to support SMEs in this time of crisis.
- **NL:** Employers can make use of a new more generous arrangement allowance of labour costs; maximum of 90% of the labour costs depending on the expected loss of revenue for a period of 3 months. Temporary support for self-employed for three month, as support in livelihood

or working capital; other measures: postponing of paying taxes, guarantees given out by government on loans taken by companies, and reduced interest rates on loans for small companies.

- **NO:** Employers do not have to pay wages since the laid-off will sooner pass on to unemployment benefits paid by NAV; faster unemployment benefit for the laid-off; reduced working hours entitle to unemployment benefits during layoffs changes from a minimum of 50 percent to a minimum of 40 percent.
- **SE:** The government's crisis package to be approved 19 March but measures apply retroactively. Short-term lay-offs: the employers' salary costs can be reduced by half with the state taking a bigger share; similar to short-term work, but the subsidy level is increased substantially. The worker get over 90% of the salary; State takes over the responsibility for sick pay for April and May; self-employed will be compensated with a fixed-amount sick pay for day 1-14. Liquidity strengthening via the tax account: Companies can wait to pay social fees, preliminary taxes and VAT. Applies to three months taxes and maximum 12 months.
- **SI:** Companies that have to temporary lay-off 30 percent or more workers or downsize/stop the production, are eligible to 40 percent of wage: up to 3 months.
- **SK:** The state will compensate municipalities and regions for extraordinary measures and extra costs in healthcare and social care; the first day of sickleave which is usually the employee's cost, is removed between 11 March and 31 May and the state pays sick pay from day 1 instead of from day 15 (day 2-14 is usually the employer's

Business continuity and adjustments in service provisions of PES (those 17 who answered above):

- PES personal services (registration, information, counselling, ALMP) mostly online or suspended/terminated; for benefits, rules partly are softened (incl. sanctioning); single appointments in person (respecting security measures); few PES keep physical service counters/restricted opening hours for clients having urgent enquiries
- Telework for most PES staff; partly with building up separated staff groups rotating; a little number of PES still working in the office (information as of last week)
- Minimum services kept; priority to secure the processing and payment of benefits (e.g. shifting tasks/training on benefits for staff)